

Reader zum Bankentribunal von Attac  
vom 9.-11. April 2010

3,00 €

DAS

# BANKEN- TRIBUNAL

... WEIL DIE KRISE  
SYSTEM HAT



*Das Bankentribunal  
...weil die Krise System hat  
9.-11. April 2010, Berlin*

Eine Veranstaltung von Attac



und der Volksbühne

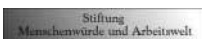


in Medienpartnerschaft  
mit der Frankfurter Rundschau

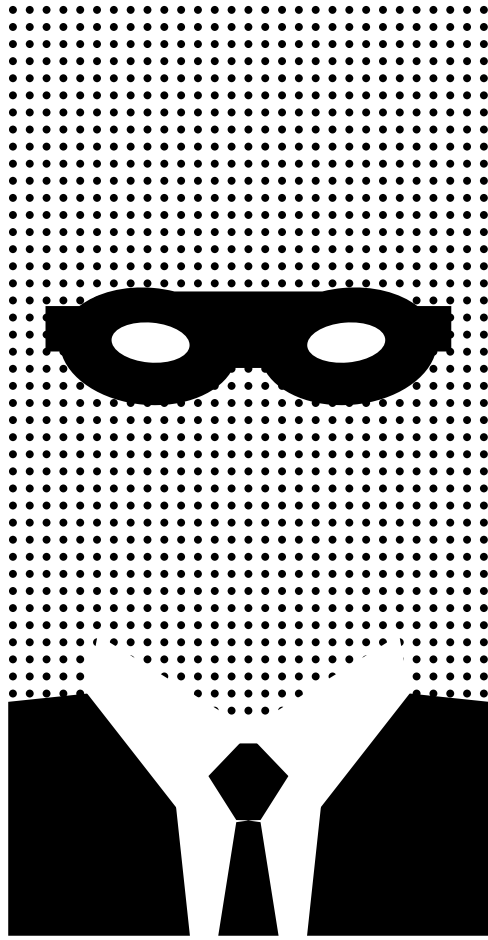
---

**Frankfurter Rundschau**

unterstützt von:



**Solidaritätsfonds der  
Hans-Böckler-Stiftung**



**Impressum**

Herausgeber

Gestaltung

Herstellung

Auflage

Attac Trägerverein e.V.

Herr Müller, [www.183off.com](http://www.183off.com)

Pachnicke Druck, Göttingen, [www.pachnickedruck.de](http://www.pachnickedruck.de)

1500 Exemplare

# INHALTSVERZEICHNIS

- 5 **Vorspann**  
*Das Bankentribunal - ...weil die Krise System hat*  
von Jutta Sundermann
- 7 **Prolog**  
Zusammengestellt von Benedict Ugarte Chacón und Peter Grottian
- 14 **Vorladungen zum Bankentribunal**
- 17 **Anklageschrift**
- Beweisaufnahme I:  
Vorbereitung der Krise und Aushöhlung der Demokratie**
- 43 **Einleitung Beweisaufnahme I**
- 44 **Die Geschichte von der Deregulierung**  
von Philipp Hersel
- 46 **Ein Parlament entmachtet sich selbst**  
von Harald Schumann
- 51 **HRE – eine Geschichte vom Fressen und gefressen werden**  
zusammengestellt von Fabian Scheidler
- Beweisaufnahme II:  
Zerstörung der ökonomischen Lebensgrundlagen in Nord und Süd**
- 55 **Einleitung Beweisaufnahme II**
- 56 **Verstrickung von Politik und Banken**  
von Matthias Schmelzer
- 60 **Bankenkrise und Arbeit**  
von Detlef Hensche
- 61 **Finanzlobby – da kriegen wir die Krise**  
von Heidi Klein
- 63 **Rohstoffe im Visier der Spekulanten**  
von Peter Wahl
- Beweisaufnahme III:  
Verschärfung der Krise**
- 65 **Einleitung Beweisaufnahme III**
- 66 **Erst Geld, dann Hohn**  
von Ulrike Herrmann
- 68 **Geschröpfte Schweine**  
von Elmar Altvater
- 70 **Die Politik ist verantwortlich für die Krise  
– und sie legt gerade das Fundament für den nächsten Crash**  
von Conrad Schuhler
- 71 **Demokratische Bank statt Bad Banks**  
von Christian Felber
- 73 **Nachspann**
- 77 **Glossar**
- 86 **Mitwirkende des Bankentribunals**
- 88 **Programm**



## **DAS BANKENTRIBUNAL ... WEIL DIE KRISE SYSTEM HAT**

---

### **Wir haben uns zusammengetan ...**

- ... weil die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise weltweit Lebensgrundlagen zerstört.
- ... weil wir nicht länger hinnehmen, dass die Regierungen dabei zusehen und sogar Öl ins Feuer gießen.
- ... weil wir wütend und betroffen sind.

### **Wir organisieren ein Bankentribunal...**

- ... weil es niemand anderes tut.
- ... weil das meiste von dem, was uns in die Krise gebracht hat, im Rahmen der Gesetze geschah und die Gerichte die schlimmsten Vergehen, selbst wenn sie wollten, nicht anklagen können.
- ... weil die Regierungen das nicht ändern, sondern im Gegenteil seit vielen Jahren die Weichen stellten, die zur Krise führten.
- ... weil die Bundesregierungen dafür selbst auf die Anklagebank gehören.
- ... weil in der machtvollen Finanzbranche eine Hand die andere wäscht. Das geht weit über die Ausrichtung einer Ackermann-Geburtstagsfeier durch die Bundeskanzlerin hinaus.

### **Das Bankentribunal setzt ein politisches Signal!**

Wir nehmen nicht hin, was sie Banken treiben und wie die Finanzmarktpolitiker sie dabei unterstützen! Wir machen ein verhängnisvolles System zum Thema und bringen trotzdem Schuld und Verantwortung auf den Punkt. Wir legen unsere Kritik deutlich und zeigen Alternativen auf.

Das Bankentribunal bringt WissenschaftlerInnen, Aktive, JournalistInnen und Brancheninterne zusammen, die miteinander aufarbeiten, bezeugen, streiten und zu einem Urteil kommen.

Tribunal und Urteil können eine neue Runde der gesellschaftlichen Diskussion über Finanzmärkte und Bankensystem einläuten.

### **Das Bankentribunal klärt auf!**

Dabei ist es richtig und uns sehr wichtig, dass das Bankentribunal einen Beitrag zur Aufklärung und ökonomischen Alphabetisierung leistet.

Es hilft, sich im Wust der Nachrichten zur Finanzmarktkrise zu orientieren, komplexe Sachverhalte zu durchschauen und eine eigene Meinung zu entwickeln. Das Bankentribunal konzentriert sich auf die Krisengeschichte der Banken und die nachfolgenden Maßnahmen von Politik und Branche. Aber es wird auch deutlich, dass die globale Finanzkrise nicht getrennt betrachtet werden kann von der weltweiten Klimakrise, dem Hungerskandal und vielen großen Fragen, wie wir künftig produzieren, handeln und leben wollen.

### **Das Bankentribunal macht Mut!**

Attac hat schon bei seiner Gründung vor zehn Jahren dazu aufgerufen, den „Sachzwängen“ zu misstrauen, die die Verantwortlichen in der Politik und Wirtschaft so gerne bemühen, wenn Kritik laut wird. Dem globalisierungskritischen Netzwerk gelang es, den Mythos zu knacken, die neoliberale Globalisierung sei Sachzwang, alternativlos und in ihrer Form unabänderlich. Jetzt geht es um nicht mehr und nicht weniger, als die Angst vor dem komplexen Finanzmarkt-Zusammenhang zu nehmen. Es geht darum, das bange Zustimmung zu milliardenschweren Rettungspaketen ohne Gegenleistungen und ohne klare Regeln für die Banken zu beenden und Energie für einen fundierten Protest freizusetzen. Das Zusammenkommen so vieler kompetenter und interessierter Menschen ermöglicht, neue Ideen dafür zu entwickeln und konkrete Verabredungen für die Zukunft zu treffen.

**Das Bankentribunal ist eine Einladung und eine Ermächtigung für mutige Einmischungen! ▶**





Der folgende Text soll weder eine tiefgehende Analyse noch eine Bewertung der angesprochenen Vorgänge darstellen. Es handelt sich lediglich um die Zusammenstellung einiger Abläufe seit ca. 2006, um den Leserinnen und Lesern einen gestrafften Überblick zu verschaffen, um Details, die in der Anklageschrift bzw. dem Tribunal selbst behandelt werden besser einordnen zu können.

## PROLOG

Zusammengestellt von Benedict Ugarte Chacón und Peter Grottian

### 1

Ende des Jahres 2006 kommt es auf dem US-amerikanischen Immobilien- und Hypothekemarkt zu Verwerfungen. Zuvor waren die Preise für Immobilien jahrelang gestiegen und Immobilienkredite waren vergleichsweise günstig zu bekommen. In dieser Phase reichten die Banken Immobilienkredite auch an Kunden mit geringer Bonität aus („Subprime-Kredite“), wobei deren Immobilie als Sicherheit diente. Aus diesem Zusammenwirken (steigende Immobilienpreise und günstige Kredite) entwickelte sich eine Immobilienblase. Die Blase platzt als die Immobilienpreise zu sinken beginnen und immer mehr Kunden aus dem „Subprime-Segment“ ihre Kredite wegen steigender Zinsen nicht mehr bedienen können. Die ersten Banken vermelden Zahlungsausfälle in beträchtlicher Höhe, der Höhepunkt der Welle der Zahlungsausfälle wird in den USA im Frühjahr 2007 erreicht. In den folgenden Monaten beginnt die Krise sich weltweit auszuweiten. Um Eigenkapitalvorschriften zu umgehen, hatten die Banken besondere Zweckgesellschaften installiert. An diese wurden die zu forderungsbesicherten Wertpapieren verbrieften Kredite, auch die aus dem „Subprime-Segment“, weitergereicht. Die Kredite verschwanden so aus den Bilanzen der Banken, was zur Folge hatte, dass die Banken erneut Kredite vergeben konnten – mehr, als sie es nach den Eigenkapitalvorschriften hätten tun dürfen. Die Zweckgesellschaften wiederum gaben die forderungsbesicherten Wertpapiere (*Mortgage Backed Securities* – MBS) an Banken, Hedgefonds oder andere Investoren weiter. In einer zweiten Verbriefungsstufe wurden diese in einzelne Tranchen aufgeteilten MBS wieder mit Hilfe von Zweckgesellschaften erneut verbrieft zu *Collateralized Debt Obligations* (CDO), welche wiederum in Tranchen aufgeteilt und weiterverkauft wurden. Durch diese Technik kreierte die Banken und Investoren intransparente und hochkomplexe Finanzprodukte, die teilweise hohe Renditen versprachen (bei gleichzeitig

hohem Risiko) und die sich heute weltweit in den Büchern von Banken und anderen Investoren finden. Die ursprünglich verbrieften problematischen US-Immobilienkredite aus dem „Subprime-Segment“ haben so Auswirkungen auf alle Banken und Investoren, die in solche Finanzprodukte investierten – vor allem weil bei Banken und Investoren eine große Unsicherheit über die Werthaltigkeit solcher Produkte herrscht.

### 2

Im Sommer 2007 geraten immer mehr Banken und Hedgefonds, die mit o. g. forderungsbesicherten Wertpapieren gehandelt hatten, in Schwierigkeiten. Der Markt für solche Finanzprodukte kommt weitgehend zum Erliegen. Dies hat zur Folge, dass die ursprünglichen Wertpapiere nun als „Schrottpapiere“ die Banken und sonstigen Investoren belasten.

### 3

Als eine der ersten großen Banken ist die New Yorker Investmentbank Bear Stearns von dieser krisenhaften Entwicklung betroffen. Seit 2007 in einer schwierigen Lage gerät sie im März 2008 in Liquiditätsprobleme. Im Mai desselben Jahres wird sie von der US-amerikanischen Bank JPMorgan übernommen. Damit wird die Insolvenz von Bear Stearns verhindert.

### 4

Die IKB Deutsche Industriebank gibt am 30. Juli 2007 bekannt, dass sie sich in einer existenzbedrohenden Lage befände. Diese resultiere aus dem Geschäft einer ihrer Zweckgesellschaften („Rhineland Funding“) mit forderungsbesicherten Wertpapieren (CDOs), welches durch die „Subprime-Krise“ stark tangiert werde. Die Refinanzierung des „Rhineland Funding“ sei gefährdet, was auf die IKB durchzuschlagen drohe, denn die IKB hatte eine Liquiditätsgarantie für den „Rhineland Funding“ abgegeben. Einige Tage vor dieser Bekanntgabe hatte die Deutsche Bank, die als Depotbank des

„Rhineland Funding“ fungierte, ihre Kreditlinien für die IKB gekürzt. Der Hauptaktionär der IKB, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sowie Vertreter der Bankenverbände, der Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) einigen sich kurz darauf auf ein erstes „Rettungspaket“ i. H. v. 3,5 Milliarden Euro, womit eine drohende Zahlungsunfähigkeit der IKB vermieden werden soll. 70 Prozent der Summe trägt die staatliche KfW. Im Anschluss daran werden weitere Stützungsmaßnahmen erforderlich. Ab August 2008 befindet sich die KfW nach einer Kapitalerhöhung für die IKB im Besitz von rund 90 Prozent der IKB-Anteile. Im Oktober 2008 verkauft die KfW ihre gesamten IKB-Anteile an den Finanzinvestor Lone Star. Der Kaufpreis soll 137 Millionen Euro betragen haben. Die Rettung der IKB soll die Öffentliche Hand bislang rund 10 Milliarden Euro gekostet haben. Ende Januar 2010 wird bekannt, dass der ehemalige IKB-Vorstandssprecher Stefan Ortseifen sich gerichtlich wegen Börsenmanipulation und Untreue wird verantworten müssen.

## 5

Die „Subprime-Krise“ wirkt sich auch auf deutsche Landesbanken aus. So kommt es bei zwei Zweckgesellschaften der SachsenLB („Ormond Quay“ und „Georges Quay“) mit Sitz in Dublin im Sommer 2007 zu Refinanzierungsschwierigkeiten. Dies wirkt sich dergestalt auf die SachsenLB aus, dass diese sich einer existenzbedrohenden Lage ausgesetzt sieht. Über die zu diesem Zeitpunkt noch bestehende Gewährträgerhaftung drohen die möglichen Verluste der SachsenLB auf das Bundesland Sachsen durchzuschlagen. Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) übernimmt schließlich die Bank, zum 1. Januar 2008 wird die SachsenLB mit der LBBW verschmolzen. Das Land Sachsen übernimmt eine Bürgschaft i. H. v. 2,75 Milliarden Euro für mögliche Verluste der Bank. Weitere Risiken knapp über 14 Milliarden Euro werden nach Medienberichten von

der LBBW und den anderen Landesbanken übernommen. Auch die WestLB, die BayernLB, die LBBW und die HSH Nordbank sind von der „Subprime-Krise“ betroffen. Im Laufe des Jahres 2008 verbuchen sie hohe Verluste und müssen von den Ländern mit Garantien oder Eigenkapitalzuführungen gestützt werden.

## 6

Im September 2007 gerät die britische Bank Northern Rock in Refinanzierungsschwierigkeiten. Dies soll auf die Entwicklung auf dem Interbankenmarkt zurückzuführen sein, auf den die Northern Rock in einem großen Maß angewiesen ist. Kunden räumen massenhaft ihre Konten, da sie Angst um ihre Einlagen haben. Eine von der britischen Regierung angekündigte Staatsgarantie für die Einlagen und das Eingreifen der britischen Notenbank kann den Run der Kunden auf die Bank nicht stoppen, allerdings tragen diese Maßnahmen zu einer Stabilisierung des Aktienkurses bei. Anfang 2008 wird Northern Rock verstaatlicht.

## 7

Die US-Investmentbank Merrill Lynch muss für das Geschäftsjahr 2007 enorme Wertberichtigungen resultierend aus dem Geschäft mit CDOs vornehmen. Im September 2008 schließt sie sich mit der Bank of America zusammen.

## 8

Im Laufe des Jahres 2008 und zu Beginn des Jahres 2009 reagieren die USA mit umfangreichen Konjunktur- und Bankenrettungsprogrammen auf die Krise. Ein erstes Konjunkturprogramm (Economic Stimulus Act of 2008) tritt im Februar 2008 in Kraft und sieht u. a. Steuernachlässe und Investitionsanreize vor. Sein Volumen beträgt 150 Milliarden US-Dollar. Im Oktober installiert die US-Regierung ein Bankenrettungspaket (*Emergency Economic Stabilization Act of 2008*) mit einem Volumen von 700 Milliarden US-Dollar. U. a. wird der Staat in die Lage

versetzt, Finanzinstituten problematische Vermögenswerte abzukaufen. Bei einer vorgenommenen Bankenrettung soll der Staat u. U. an deren späteren Gewinn beteiligt werden. Ein weiteres Konjunkturprogramm (*American Recovery and Reinvestment Act of 2009*) legen die USA im Februar 2009 auf. Sein Volumen beträgt 787 Milliarden US-Dollar. In Deutschland werden im Dezember 2008 das sog. Konjunkturpaket I und im Februar 2009 das sog. Konjunkturpaket II auf den Weg gebracht. Das Gesamtvolumen der beiden Programme beläuft sich auf 80 Milliarden Euro.

## 9

Im Juli 2008 bricht die US-Hypothekenbank IndyMac zusammen und wird unter Zwangsverwaltung gestellt. Die US-Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac geraten im Sommer 2008 ebenfalls in eine Schieflage und werden von der US-Regierung mit Milliardensummen gestützt.

## 10.

Der US-amerikanische Versicherungskonzern American International Group (AIG) meldet Ende 2007 hohe Verluste, die sich aus seinem Geschäft mit *Credit Default Swaps* ergeben hatten.<sup>1</sup> Im September 2008 gewährt die US-amerikanische Notenbank Fed dem Konzern einen Kredit über 85 Milliarden US-Dollar. Im Gegenzug übernimmt die Öffentliche Hand ca. 80 Prozent der Anteile. Die US-Regierung stützt den Konzern bis November 2008 mit 150 Milliarden US-Dollar. Weitere Kredite und Finanzhilfen werden im Anschluss notwendig. In Deutschland sind von der Schieflage

1: Credit Default Swaps (CDS) sind Finanzprodukte mit denen Kreditrisiken einerseits abgesichert und andererseits gehandelt werden können. Vertragspartei I zahlt an Vertragspartei II eine Prämie. Vertragspartei II verpflichtet sich damit, an Vertragspartei I Ersatz zu leisten, wenn deren Kredit Schuldner (im CDS-Vertrag benannt) ausfallen bzw. sich das Rating dieser Kredite verschlechtert.

der AIG zahlreiche Kommunen betroffen, die sich auf *Cross-Border-Leasing-Geschäfte*<sup>2</sup> (CBL) einließen und sich diese u. a. von der AIG absichern ließen. Dies kann für eine Kommune hohe finanzielle Verluste mit sich bringen, da je nach CBL-Vertrag die Kommune die Risiken aus diesen Geschäften zu tragen hat, sollte der Versicherer in Schwierigkeiten geraten.

## 11

Am 15. September 2008 beantragt die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz, nachdem sie zuvor auf Grund der sog. Subprime-Krise schon mehrere Milliarden Dollar hatte abschreiben müssen. Die US-Regierung, die zuvor die Banken Bear Stearns, Fannie Mae und Freddie Mac mit öffentlichen Geldern gestützt hatte, verweigert eine Stützung von Lehman Brothers, so dass deren Insolvenz nicht mehr abgewendet werden kann. Die Insolvenz von Lehman Brothers und den Verzicht der US-Regierung auf Maßnahmen zur Stützung sehen viele Akteure als Beleg dafür, dass die Devise „too big to fail“ („Zu groß, um Bankrott zu machen“) zumindest zeitweise ihre Gültigkeit verloren hat. Ebenfalls am 15. September 2008 ordnet die BaFin ein Moratorium über den deutschen Zweig von Lehman Brothers, die Lehman Brothers Bankhaus AG in Frankfurt am Main, an. Mit dieser Maßnahme sollen die noch vorhandenen Vermögenswerte gesichert werden. Nach Angaben der BaFin halten sich die Engagements deutscher Institute bei Lehman Brothers „in ei-

2: Cross Border Leasing (CBL): Eine Kommune verleast Teile ihrer Infrastruktur (Kanalnetz, Müllverbrennungsanlagen, U-Bahn-Waggons etc.) über Jahrzehnte an einen US-Investor und least sie sogleich wieder zurück. Durch das US-amerikanische Steuerrecht ergaben sich für den Investor mittlerweile umstrittene Steuervorteile, die er mit der Kommune teilen konnte. Die Kommune konnte diesen „Bargeldvorteil“ in ihren Haushalt einstellen. Im Nachhinein wurde vielen Kommunen klar, dass sie sich durch entsprechende CBL-Verträge auf hohe Risiken eingelassen hatten und es sich bei CBL um ein nachteiliges Geschäft für sie handelt.

nem überschaubaren Rahmen und seien verkraftbar“.<sup>3</sup> Durch die Insolvenz von Lehman Brothers kommt es nach Angaben der deutschen Bankenaufsicht zu einer Verschärfung der Vertrauenskrise unter den Finanzinstituten weltweit. Der Interbankenmarkt, auf dem sich die Kreditinstitute gegenseitig Geld leihen, kommt nahezu zum Erliegen, da die Banken überschüssige Liquidität einbehalten oder bei den Zentralbanken anlegen, anstatt sie auf dem Interbankenmarkt zu verleihen. Dies könnte zur Folge haben, dass einige Banken, die stark auf eine Refinanzierung auf dem Interbankenmarkt angewiesen sind, in Liquiditätsschwierigkeiten geraten.

## 12

Im September 2008 geben die US-Banken Morgan Stanley und Goldman Sachs ihren Status als Investmentbank auf. Im gleichen Monat bricht die Washington Mutual, eines der größten US-amerikanischen Finanzinstitute, zusammen und wird teilweise von JP-Morgan übernommen. Die britische Bank Bradford & Bingley wird verstaatlicht. Der belgisch-niederländische Banken- und Versicherungskonzern Fortis, der sich in Refinanzierungs- Schwierigkeiten befindet, wird Ende September 2008 größtenteils von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden übernommen. Die belgische Bank Dexia muss im Oktober 2008 mit Staatsbeihilfen von Belgien, Frankreich und Luxemburg gestützt werden. Nach Angaben der Dexia resultiert ihre Schieflage aus Kreditgeschäften, die sie mit der in Schwierigkeiten geratenen Hypo Real Estate getätigt hatte.

## 13

Im September 2008 verbietet die BaFin sog. Leerverkäufe<sup>4</sup> von Aktien u. a. der Commerzbank, der Deut-

3: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Pressemitteilung v. 15. 9. 2008

4: Bei Leerverkäufen wird auf das Sinken eines Aktienkurses gewettet. Ein Investor leiht sich Aktien bei anderen Anlegern gegen eine Gebühr, verkauft die Aktien und hofft danach auf das Sinken des Kurses. Dann kauft er die Aktien zum gesunkenen

schen Postbank, der Hypo Real Estate Holding, MLP und der Münchner Rückversicherungsgesellschaft. Zunächst soll das Verbot bis Jahresende dauern, es wird jedoch immer wieder verlängert, bis es Anfang 2010 aufgehoben wird. Die BaFin begründet das Verbot damit, dass diese hochspekulative Praxis („Shortselling“) Unternehmen in den Untergang treiben könnte.

## 14

Am 15. Januar 2008 gibt die Hypo Real Estate (HRE) per Ad-hoc-Mitteilung bekannt, dass sie ein Portfolio (bestehend aus CDOs) von 390 Millionen Euro abschreiben muss. Für das Jahr 2008 rechnet der Konzern jedoch „vor allem in den Geschäftsfeldern Staats- und Infrastrukturfinanzierung mit Wachstumsimpulsen.“<sup>5</sup> In den folgenden Monaten werden weitere Verluste bekannt. Die deutsche Bankenaufsicht in Gestalt von BaFin und Bundesbank leitet im ersten Halbjahr 2008 umfangreiche Prüfungen der HRE-Gruppe ein. Im Juli 2008 stuft die BaFin die HRE-Gruppe als „systemrelevantes Institut“ ein.<sup>6</sup> Die Hypo Real Estate Holding AG war 2003 im Zuge einer Abspaltung von der HypoVereinsbank entstanden. Im Jahr 2007 übernahm sie die DEPFA Deutsche Pfandbrief Bank AG (zum 31. 12. 2007) und im Oktober des gleichen Jahres die DEPFA Bank plc mit Sitz in Dublin/Irland. Die DEPFA Bank plc hatte den Schwer-

Kurs wieder an und gibt sie an die Anleger zurück. Die Differenz zwischen Verkaufspreis und Rückkaufpreis ergibt den Gewinn des Investors.

5: Hypo Real Estate, Ad-hoc-Mitteilung v. 15. 1. 2008

6: In der Richtlinie zur Durchführung und Qualitätssicherung der laufenden Überwachung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute durch die Deutsche Bundesbank heißt es: „Systemrelevante Institute sind Institute, deren Bestandsgefährdung aufgrund ihrer Größe, der Intensität ihrer Interbankbeziehungen und ihrer engen Verflechtung mit dem Ausland erhebliche negative Folgeeffekte bei anderen Kreditinstituten auslösen und zu einer Instabilität des Finanzsystems führen könnte. Die Einstufung als systemrelevantes Institut erfolgt einvernehmlich zwischen BaFin und Bundesbank.“

punkt ihrer Geschäftstätigkeit in der Staats- und Infrastrukturfinanzierung.

### 15

Nachdem er im April 2008 seinen Einstieg bei der HRE angekündigt hatte, erwirbt der US-Finanzinvestor J. C. Flowers im Juni rund ein Viertel der Aktien der HRE.

### 16

Im September 2008 gerät die gesamte HRE-Gruppe in Schwierigkeiten. Zwar verfügen alle zur HRE gehörenden Gesellschaften bis auf die DEPFA Bank plc über ausreichend Eigenkapital. Letzterer droht allerdings die Zahlungsunfähigkeit, da sie ein Geschäftsmodell verfolgt, das auf eine kurzfristige Refinanzierung auf dem Interbankenmarkt setzt. Dieser ist nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers allerdings zu Erliegen gekommen. Die Refinanzierungsprobleme der DEPFA Bank plc drohen sich auf die gesamte HRE-Gruppe auszuwirken.

### 17

Am Wochenende 28./29. September 2008 treffen sich im Frankfurter Dienstsitz der BaFin u. a. deren Präsident Jochen Sanio, die Vorstände der HRE-Gruppe, der Präsident der Bundesbank Axel Weber, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank Josef Ackermann, der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank Martin Blessing, der damalige Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken Hans-Peter Müller und – später hinzugekommen – der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Jörg Asmussen. Neben den Beratungen finden zahlreiche Telefonate u. a. mit dem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück und mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. Die Teilnehmer des Treffens einigen sich auf ein erstes „Rettungspaket“ von Bund und privaten Banken für die HRE-Gruppe: Sie soll Kredite in Höhe von 35 Milliarden Euro er-

halten. Die Haftung dafür liegt zum größten Teil beim Bund, das Risiko des privaten Finanzsektors wird auf 8,5 Milliarden Euro begrenzt.

### 18

Am 4. Oktober scheidet der erste Rettungsversuch. Der Vorstand der HRE hatte zuvor mitgeteilt, dass sich die Liquiditätsschwierigkeiten der DEPFA Bank plc ausgeweitet hätten. Es stellt sich heraus, dass der Liquiditätsbedarf der HRE-Gruppe bei 50 Milliarden Euro liegt. Nach erneuten Verhandlungen wird das Volumen des ersten „Rettungspakets“ um 15 Milliarden Euro auf 50 Milliarden Euro vergrößert. In den folgenden Monaten benötigt die HRE-Gruppe weitere Stützungsmaßnahmen, u. a. vom neu installierten SoFFin (s. u. ). Die Summe der Garantien und Beihilfen für die HRE-Gruppe ergibt bislang einen Betrag über 100 Milliarden Euro.

### 19

Am 17. Oktober 2008 wird in Deutschland das Finanzmarktstabilisierungsgesetz beschlossen. Als sog. Eilgesetz beschließen Bundestag und Bundesrat kurz nacheinander, Bundespräsident Horst Köhler unterzeichnet noch am gleichen Tag und das Gesetz tritt in Kraft. Mit dem Gesetz soll die Zahlungsfähigkeit von Banken und Versicherungen gesichert werden. Dies soll durch die Einrichtung der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FSMA) geschehen, die den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) verwaltet. Der SoFFin hat ein Gesamtvolumen von 100 Milliarden Euro. 70 Milliarden Euro sind für die Rekapitalisierung von Finanzinstituten und die Risikoübernahme vorgesehen. Diese Summe, die der Fonds als Kredit aufnimmt, kann nach Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestags um 10 Milliarden Euro erweitert werden. 20 Milliarden Euro sind als mögliche Leistung aus fällig gewordenen Garantien vorgesehen. Zu diesen 100 Milliarden Gesamtvolumen des Fonds

kommt die Möglichkeit, Garantien in einer Höhe von bis zu 400 Milliarden für Finanz- und Versicherungsunternehmen auszusprechen. FSMA und SoFFin arbeiten unter der Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen, die Entscheidungen werden von einem sog. Lenkungsausschuss getroffen. Das Parlament ist in diesen Prozess weitestgehend nicht eingebunden. Kurz nach der Installation des SoFFin beantragt die BayernLB als erste deutsche Bank, unter den „Rettungsschirm“ des Bundes genommen zu werden (Okt. 2008). Ihr folgen u. a. die HRE-Gruppe (Okt. 2008), die Commerzbank und die HSH Nordbank (beide Nov. 2008), die Volkswagen-Bank und die IKB (beide Dez. 2008) sowie die Aareal Bank (Feb. 2009). Der SoFFin selbst sowie die Bundesregierung veröffentlichen keine Daten zu Banken, die den „Rettungsschirm“ in Anspruch nehmen. Bis Dezember 2009 haben 25 Institute Anträge an den SoFFin gestellt. Das Volumen unterzeichneter Verträge für „Stabilisierungshilfen“ beträgt bislang 148,6 Milliarden Euro (Stand: Dezember 2009), 117 Milliarden Euro davon entfallen auf die Gewährung von Garantien, 25 Milliarden Euro entfallen auf die Vergabe von Eigenkapital und 5,9 Milliarden Euro auf Risikoübernahmen.

## 20

Im November 2008 versammeln sich die G20-Staaten in Washington zu einem „Weltfinanzgipfel“. In der Abschlusserklärung „Declaration of the Summit on Financial Markets and the World Economy“ formulieren die Vertreter der G20 – neben einem Bekenntnis zu den Prinzipien eines freien Marktes – eine Reform des Weltfinanzsystems, die aus ihrer Sicht künftige Krisen verhindern soll. Dem gemäß sollen u. a. Rating-Agenturen, Hedge-Fonds und Finanzprodukte stärker als bisher beaufsichtigt werden. Nationale und Internationale Regeln sollen in bessere Übereinstimmung gebracht werden. Dem Internationale Währungsfonds (IWF) soll nach den Beschlüssen der G20 eine ausge-

weitete Überwachung der Finanzmärkte zukommen. Auf dem darauf folgenden Gipfel im April 2009 werden die formulierten Vorhaben konkretisiert.

## 21

Im April 2009 tritt das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz in Kraft. Dieses auf die Hypo Real Estate zugeschnittene Gesetz erweitert die Handlungsoptionen des SoFFin und sieht als letztes Mittel eine Verstaatlichung von Banken vor. Kritiker bemängeln, dass sowohl das Finanzmarktstabilisierungsgesetz als auch das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz maßgeblich von der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer ausgearbeitet wurde, die wiederum als beratende Kanzlei für Institute auftritt, die Anträge an den SoFFin stellen.

## 22

Am 23. April 2009 setzt der Deutsche Bundestag auf Antrag der Fraktionen der FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen einen Untersuchungsausschuss ein, der die Vorgänge um die HRE-Gruppe sowie deren Rettung beleuchten soll. Der Ausschuss wird mit den Stimmen der Oppositionsfraktionen eingesetzt, die Fraktionen von CDU/CSU und SPD enthalten sich bei der Abstimmung. Am 18. September 2009 legt der Untersuchungsausschuss seinen Bericht vor.<sup>7</sup>

## 23

Am 17. Juli 2009 tritt das Finanzmarktstabilisierungsförderungsgesetz in Kraft. Es ermöglicht Banken ihre Bilanzen dadurch zu entlasten, dass sie stark risikobehaftete Wertpapiere in Zweckgesellschaften („Bad Banks“) ausgliedern können.

## 24

7: Bericht des Untersuchungsausschusses: Deutscher Bundestag, Drucksache 16/14000

Am 29. Juli 2009 tritt das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht in Kraft. Mit dem Gesetz soll der Bankenaufsicht u. a. ermöglicht werden, höhere Eigenmittel und Liquiditätsanforderungen an Institute festzusetzen. Zudem sollen die Eingriffsmöglichkeiten der Aufsicht bei krisenhaften Situationen verbessert werden.

## 25

Nachdem im Juni 2009 eine außerordentliche Hauptversammlung der Hypo Real Estate eine Eigenkapitalerhöhung beschlossen hatte, nach der der Bund sich im Besitz von 90 Prozent der Aktien befand, beschließt eine weitere außerordentliche Hauptversammlung Anfang Oktober 2009 eine Barabfindung von 1,30 Euro pro Aktie für die restlichen Aktionäre. Die Hypo Real Estate ist nun verstaatlicht.

## 26

In ihrer Neujahrsansprache für das Jahr 2010 stellt Bundeskanzlerin Angela Merkel fest: „Aber wir können mit guten Gründen hoffen, dass Deutschland diese Krise meistern wird; dass unser Land stärker aus ihr hervorgehen wird, als es in sie hinein gegangen ist; dass sich eine solche Krise nie mehr wiederholt. Dazu müssen und werden wir weiter entschieden daran arbeiten, neue Regeln auf den Finanzmärkten einzuführen, die das Zusammenballen von Maßlosigkeit und Verantwortungslosigkeit in Zukunft rechtzeitig verhindern.“

## 27

Anfang Februar 2010 nimmt die BaFin das im September 2008 verhängte Verbot von Leerverkäufen bestimmter Aktien zurück. Die BaFin begründet ihren Schritt damit, dass sich die Finanzmärkte weitgehend stabilisiert hätten. ■

## VORLADUNGEN ZUM BANKENTRIBUNAL

---

Am 26. Februar wurden die Vorladungen an die Angeklagten des Bankentribunals versandt. Zu den Angeklagten zählen die aktuelle Bundesregierung und ihre zwei Vorgängerinnen, vertreten durch Gerhard Schröder, Angela Merkel und Peer Steinbrück; die Deutsche Bank, vertreten durch Josef Ackermann; sowie Hans Tietmeyer, ehemaliger Aufsichtsrat von Depfa und HRE, Chef-Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und früherer Bundesbankpräsident. Ihnen werfen die Ankläger „Aushöhlung der Demokratie und Vorbereitung der Krise“, „Zerstörung der ökonomischen Lebensgrundlagen in Nord und Süd“ sowie „Verschärfung der Krise“ vor.

Wir dokumentieren hier exemplarisch die Vorladung an die Kanzlerin Angela Merkel, die als verantwortliche Regierungschefin der großen Koalition von 2005 bis 2009 und der jetzigen Bundesregierung in Berlin angeklagt wird.

Außerdem ergingen Vorladungen

- an Peer Steinbrück als Finanzminister der schwarz-roten Bundesregierung 2005 bis 2009 und damit zugleich als Verantwortlicher für die Bankenaufsicht
- an Gerhard Schröder als verantwortlicher Regierungschef der rot-grünen Koalition von 1998 bis 2005
- an Josef Ackermann als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes deutscher Banken, und
- an Hans Tietmeyer als ehemaliger Aufsichtsrat der Depfa Bank plc und als Kuratoriumsvorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft



**Das Banktribunal**  
**... weil die Krise System hat**

c/o Attac Deutschland  
Fabian Scheidler  
Münchener Str. 48  
60329 Frankfurt  
fabian.scheidler@attac.de

Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Frankfurt, 26. Februar 2010

**Vorladung zum Banktribunal 10. April 2010 in Berlin**

Sehr geehrter Frau Dr. Merkel,

in der Zeit vom 09. bis 11. April 2010 wird in der Volksbühne in Berlin **Das Banktribunal** stattfinden. Das Tribunal ist ein zivilgesellschaftlicher Prozess, angestoßen vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac mit Mitwirkenden aus Wissenschaft, Medien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Justiz und Politik. Das Tribunal wird die Hintergründe der Finanzkrise beleuchten, Verantwortliche benennen und untersuchen, welche Rolle Regierungen und Banken bei der sich abzeichnenden Verschärfung der Krise spielen. Es wird sich in der Anklage exemplarisch auf wenige Akteure aus Politik und Finanzwirtschaft beschränken.

Sie werden als verantwortliche Regierungschefin der großen Koalition von 2005 bis 2009 und der jetzigen Bundesregierung in Berlin angeklagt.

Wir rechnen mit Ihrem Erscheinen zum Verhandlungsbeginn am Samstag, 10. April, 9.30 Uhr. Verhandlungsort ist die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. Sie sind berechtigt, eine andere Person zu Ihrer Verteidigung zu bevollmächtigen. Sollten weder Sie noch Ihr Verteidiger erscheinen, lassen wir Ihre Interessen durch einen Pflichtverteidiger vertreten.

Falls Sie Rückfragen haben oder einen Verteidiger benennen möchten, wenden Sie sich bitte an Fabian Scheidler von Attac Deutschland.

Hochachtungsvoll



Marlene Werfl

Fabian Scheidler

Jutta Sundermann

für die Projektgruppe Banktribunal



# ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ANKLAGE

*gegen*

*politisch Verantwortliche für die Finanzmarktkrise und deren Nicht-Bewältigung:*

Die rot-grüne Bundesregierung von 1998–2005, vertreten durch Gerhard Schröder, Bundeskanzler a. D.

Die schwarz-rote Bundesregierung von 2005–2009, vertreten durch Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin, sowie Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen a. D.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung seit 2009, vertreten durch Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin.

Die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank, vertreten durch Dr. Axel Weber, amtierender Präsident der Deutschen Bundesbank und Mitglied des Rats der Europäischen Zentralbank.

Beispielhaft für die intensiven personellen Verflechtungen in der Finanzpolitik Dr. Hans Tietmeyer als ehemaliges Aufsichtsratsmitglied der DEPFA plc und der HRE, als ehemaliger Bundesbank-Präsident, sowie als amtierender Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Die Deutsche Bank und den Bundesverband deutscher Banken, vertreten durch Dr. Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank AG.

Beleuchtet werden ferner die Rollen folgender Akteure in der Finanzmarktkrise:

Die großen Ratingagenturen (Standard & Poor's, Moody's und Fitch)

Internationale Anwaltskanzleien (z.B. Freshfields Bruckhaus Deringer)

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

## SELBSTVERSTÄNDNIS DES TRIBUNALS

Das Banktribunal knüpft an die Tradition der großen Tribunale von Russell bis Basso an, die seit 1966 immer wieder Menschen und Völkern eine Stimme gegen das Unrecht gaben, welches von staatlichen, staatsähnlichen und ökonomischen Akteuren verursacht wurde. Diese Tribunale konnten teilweise große Aufmerksamkeit erlangen und zu wichtigen Fragen – etwa den Kriegsverbrechen im Vietnamkrieg oder der Macht transnationaler Konzerne – einen Beitrag zur Veränderung des öffentlichen Diskurses leisten. Das Banktribunal ist ein zivilgesellschaftliches Anklageforum. Es findet statt, da eine wirkliche öffentliche Auseinandersetzung über die Ursachen und Wirkungen der Finanzmarktkrise sowie über mögliche Alternativen bisher ausgeblieben ist.

### **Jemand muss es tun!**

Das Tribunal muss in Aktion treten, weil Staat und Gesetzgeber über Jahre ihrer Verantwortung nicht nachgekommen sind und auch weiterhin nicht nachkommen. Die bestehenden Gesetze sind zur Eindämmung der Bankenkrise und ihrer noch zu erwartenden Folgen völlig unzureichend; gleichzeitig fehlt der politische Wille der Regierung und der Aufsichtsbehörden, ihre Kontroll- und Regelungspflichten wahrzunehmen. Einige Staatsanwälte ermitteln gegen einige Banker wegen Bilanzfälschungen und Betrug; auch geschädigte Anleger haben die Banken wegen Falschberatung auf Schadenersatz verklagt. Aber all das kann nicht genügen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Bankenkrise sowie die von ihr verursachten Schäden für die Demokratie sind erheblich, teilweise unabsehbar; neue große Risiken zeichnen sich bereits ab. Angeklagt sind daher die Verantwortlichen in den Institutionen aus Politik und Wirtschaft, die durch ihr Tun und Unterlassen für die bereits erfolgten oder die noch zu erwartenden Schäden verantwortlich sind. Mit diesem Tribunal soll

auch der Empörung derer Rechnung getragen werden, die nun für Fehler und Vergehen bezahlen sollen, die andere begangen haben. Das Tribunal soll zugleich ein Ort für eine Auseinandersetzung mit strukturellen Ursachen der Krise sein. Die Analysen konzentrieren sich auf die Geschehnisse in Deutschland und auf politische Entscheidungen der Bundesregierung.

Die angeklagten politischen und wirtschaftlichen Akteure stehen exemplarisch für die Institutionen, die das Geschehen auf den Finanzmärkten zu verantworten haben, weil sie durch Deregulierung und Liberalisierung der Märkte eine internationale Finanzarchitektur geschaffen haben, die Milliardenpekulationen auf Kosten der Allgemeinheit in ihrem heutigen Ausmaß überhaupt erst ermöglicht hat.

Alle Angeklagten können sich darauf berufen, dass sie von zahlreichen Mittätern und Mitläufern Zustimmung erhalten haben und einem System dienten, das immer wieder als alternativlos dargestellt wurde. Gerade dies aber bestreiten wir. Wir reklamieren die menschliche Freiheit und Verantwortung zur Gestaltung – wenn nötig auch zur systemischen Veränderung unserer Lebensumstände.

# BEWEISAUFNAHME I VORBEREITUNG DER KRISE UND AUSHÖHLUNG DER DEMOKRATIE

## ALLGEMEINE ANKLAGE

Die Angeklagten haben die Krise vorbereitet durch Deregulierungen, die die Spielräume der Finanzmarktakteure für spekulative Geschäfte ausweiteten. Neue Finanzinstrumente wie CDO's, oder CDS<sup>1</sup> sind entwickelt worden, neue Akteure wie Hedgefonds oder Zweckgesellschaften (Conduits) sind auf den Plan getreten, Offshore-Finanzzentren erlangten große Bedeutung und zur Renditesteigerung wurden „Hebel“ ganz neuer Dimensionen eingesetzt.

Alle diese so genannten Finanzinnovationen dienen dem Zweck, eine maximale Rendite für Shareholder und maximale Boni und Prämien für das Management der Finanzinstitute zu generieren. Regierungen haben mit Steuerbegünstigungen für Unternehmen und Vermögende und mit der Herstellung eines rechtlichen und politischen Rahmens für die neue Finanzwelt tatkräftig Beihilfe zur Vorteilsnahme zu Lasten der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger geleistet. Sie halfen dabei, das Volumen der Finanzmärkte auf Kosten der Unternehmer und zum Schaden der volkswirtschaftlichen Entwicklung zu vervielfachen. Damit korrespondiert eine neoliberale Politik, die auf die Senkung von Löhnen und Gehältern und einen Abbau sozialer Leistungen setzt. Sie senkt die Binnennachfrage und verschärft das Problem einer inzwischen die gesamte Weltwirtschaft destabilisierenden Exportlastigkeit, die an anderer Stel-

1: Collateralised Debt Obligation (CDO): Oberbegriff für komplexe Finanzprodukte, die sich aus forderungsbesicherten Wertpapieren (z. B. verbrieften Krediten)

zusammensetzen und in einzelne Tranchen mit unterschiedlichem Rating aufgeteilt werden. Mit Hilfe von CDOs wurden auch verbrieft Kredite aus dem sog. Subprime-Segment weltweit vermarktet.

Credit Default Swap (CDS): Finanzprodukte, mit denen Kreditrisiken einerseits abgesichert und andererseits gehandelt werden können. Vertragspartei 1 zahlt an Vertragspartei 2 eine Prämie. Vertragspartei 2 verpflichtet sich damit, an Vertragspartei 1 Ersatz zu leisten, wenn deren Kreditschuldner (im CDS-Vertrag benannt) ausfallen sollte bzw. sich das Rating dieser Kredite verschlechtert.

le defizitäre Leistungsbilanzen verursacht. Die europäische Integration wird durch dieses politisch geförderte Ungleichgewicht – wie die Krise Griechenlands sehr deutlich zeigt – in Frage gestellt. Obendrein werden alle Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit verletzt. Die Angeklagten retteten schließlich die krisenverursachenden Banken auf Staatskosten, schirmen diesen Vorgang unter strenger Geheimhaltung vor öffentlicher Kontrolle ab und verzichten darauf, die Rettung mit Vorgaben für eine künftige Krisenverhinderung zu verknüpfen. Regierung und Aufsichtsbehörden nutzten die – ohnehin nicht ausreichenden – Instrumente, die ihnen zur Verfügung standen, nicht aus.

Die Banken haben mit immer gewagteren Transaktionen sich selbst und andere gefährdet und schließlich eine Krise losgetreten, deren Ende noch nicht absehbar ist und die jetzt schon Millionen Menschen um ihre Existenz gebracht hat. Mittels der Nutzung von Steueroasen und Offshorezentren, mit Hedgefonds, außerbilanziellen Zweckgesellschaften und besonderen „Inhouse-Hedgefonds“ wie bei Goldman Sachs und der Deutschen Bank sowie mit kaum noch zu durchschauenden Verbriefungs-Bündeln und Kreditversicherungen haben sie das Finanzsystem immer weiter an den Abgrund geführt.

## I. DIE ROT-GRÜNE KOALITION, VERTRETEN DURCH BUNDESKANZLER GERHARD SCHRÖDER

Der Angeklagte hat als Bundeskanzler der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 die Politik der Vorgängerregierung von CDU/CSU/FDP fortgeführt und verschärft und brach die sozial-ökologischen Versprechungen seiner eigenen Regierung. Dies tat er in enger Abstimmung mit der Lobby der Banken und Konzerne. Er trägt die wesentliche politische Verant-

wortung für die Vorbereitung der Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland, die 2007 offen ausbrach und noch anhält. Nach Ende seiner Kanzlerschaft pflegt er die Kontakte mit der Finanzbranche weiter, er ist unter anderem Mitglied im europäischen Beirat der Investmentbank Rothschild.

### **1. Umverteilung zugunsten großer Vermögen und Aufblähung der Finanzmärkte**

Mit der Fortsetzung und Beschleunigung der Politik neoliberalen Umbaus hat die rot-grüne Bundesregierung auf verschiedenen Ebenen die Weichen in die Krise gestellt. Durch die sogenannten Hartz-Gesetze I bis IV hat der Angeklagte verantwortlich daran mitgewirkt, dass arbeitsrechtlicher Schutz abgebaut und die Arbeitsverhältnisse dereguliert wurden. Durch den Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen, einen staatlich forcierten Niedriglohnsektor und unbefristete Leiharbeit förderte die Schröder-Regierung die Verlagerung wachsender Anteile des Volkseinkommens auf die Kapitalbesitzer und damit eine anwachsende Konzentration der Geldvermögen in der Hand einer kleinen Minderheit.

Für dieses Tribunal und die Vorwürfe gegen die Regierung Schröder ist neben der Aufblähung der Finanzmärkte die Verschiebung in den volkswirtschaftlichen Einkommen von Interesse, die die Sozialkassen in eine Notlage brachte. Die Einführung der Riester-Rente erhöhte zusätzlich Volumen und Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte.

Die Verschiebung der Einkommens- und Vermögensverteilung geschah durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes für persönliche Einkommen von 52 auf 42 Prozent und des Körperschaftssteuersatzes für Unternehmen von 40 auf 25 Prozent. Diese Begünstigung hat der Angeklagte mit dem Versprechen begründet, es würden dadurch Arbeitsplätze geschaffen. Doch dieser Effekt ist, wie es absehbar war, nicht eingetreten. Wie

schon bei früheren derartigen Steuersenkungen wurden die Vermögenden und die Unternehmen begünstigt und dadurch indirekt spekulative und lukrative Kapitalanlagen gefördert. Banken haben dafür neue Produkte geschaffen. Konzerne haben ihre Investitionen zurückgefahren und die zusätzliche Liquidität für Gewinnausschüttungen, Aktienrückkäufe und spekulative Anlagen genutzt. Durch die Steuerausfälle stieg die Staatsverschuldung zusätzlich an.

### **2. Deregulierung des Finanzsektors**

Im Jahr 2003 unternahm die Regierung des Angeklagten auf Druck der Finanzlobby und der Kreditwirtschaft zwei Initiativen, deren Ziel die Förderung des deutschen Verbriefungsmarktes war. Damit wollte die Regierung die wesentlichen Hindernisse für die Verbriefung von Bankenkrediten und Kreditrisiken beseitigen. Zum einen handelte es sich dabei um den „Finanzmarktförderplan“, der Hedgefonds in Deutschland zuließ und unbegrenzte Leerverkäufe erlaubte, zum anderen um die von dreizehn in Deutschland tätigen Banken, einschließlich der KfW-Bankengruppe, ins Leben gerufene Lobbyorganisation „True Sale Initiative“, die sich für eine Deregulierung des Derivatemarkts einsetzte.

Gleichzeitig wurde durch das „Kleinunternehmensförderungsgesetz“ das gewerbesteuerliche Privileg der Banken auf die Zweckgesellschaften ausgeweitet, was die Ansiedlung von Zweckgesellschaften in Deutschland ermöglichte und deren Einrichtung in Offshore-Zentren auch noch staatlich subventionierte. So ermöglichte der Angeklagte es den Banken, mittels Zweckgesellschaften Kredite und Kreditrisiken aus Finanzgeschäften zu verbrieften und aus der Bilanz der Bank auszugliedern. Diese „Conduits“ genannten Briefkastenfir-

men waren der Finanzaufsicht entzogen. Die rot-grüne Regierung schuf damit eine Option für die Banken, ihre Pflicht zur Eigenkapitalunterlegung zu umgehen und das Haftungskapital, das für den Risikofall vorgesehen ist, zu mindern. Die Zweckgesellschaften sind ein wesentlicher Faktor in der Finanzkrise.

### **3. Vertuschte deutsche Bankenkrise im Vorfeld der Finanzkrise**

Bereits im Jahr 2003 zeichneten sich gravierende Risiken für einzelne deutsche Großbanken ab, vor allem für die HypoVereinsbank, die Commerzbank und die Dresdner Bank. Unter Leitung des Angeklagten fand am 16. Februar 2003 im Wirtschaftsministerium in Berlin ein Geheimgespräch statt.

Anwesend waren die Chefs der genannten Banken sowie der Deutschen Bank und der Allianz. Sie schätzten die faulen Immobilienkredite der bedrohten Banken auf etwa 100 Milliarden Euro. Die Möglichkeit von Bad Banks wurde schon damals ins Spiel gebracht. Anschließend lagerten Commerzbank und Dresdner Bank ihre faulen Kredite in die neugegründete Eurohypo aus. Es gibt seriöse Hinweise darauf, dass die Hypo Real Estate zu dem Zweck gegründet wurde, problembehaftete Aktiva der HypoVereinsbank per Abspaltung aus selbiger aufzunehmen und damit die Bilanz der HypoVereinsbank zu entlasten. Der Angeklagte half somit bereits 2003 den Banken, die sich abzeichnende Krise zu vertuschen, und unterließ wirksame Gegenmaßnahmen.

*Zeuge für Punkt I: Lucas Zeise, Journalist*

## **II. DIE GROSSE KOALITION VON 2005-2009, VERTRETEN DURCH BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL UND IHREN DAMALIGEN FINANZMINISTER PEER STEINBRÜCK**

Der Angeklagte Peer Steinbrück hat als Finanzminister in der CDU/SPD-Regierung von 2005 bis 2009 seine Pflichten als Dienstherr der Finanzaufsichtsbehörden nicht verantwortlich wahrgenommen. Er hat zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder zugelassen, dass sich die Landesbanken wie Privatbanken verhielten und massiv in die riskanten Geschäfte mit Verbriefungen einstiegen. Damit wurden die Weichen für die Krisen auch der Landesbanken gestellt – und für die sich daraus ergebenden immensen Finanzprobleme der Bundesländer.

Wie der Finanzminister hat auch die Angeklagte, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, die sich anbahnende Finanz- und Wirtschaftskrise im Allgemeinen wie auch die Krise insbesondere der Hypo Real Estate trotz deutlicher Warnzeichen ignoriert und keinerlei Prävention betrieben. Sie hat im weiteren Verlauf keinen seriösen Versuch auf den G8-Treffen unternommen, um das globale Finanzsystem zu regulieren und so seine Krisenhaftigkeit zumindest einzudämmen. Sie hat in Komplizenschaft mit den Banken und ihren Beratern die Kosten der Rettung dem Staat und der Allgemeinheit auferlegt.

Angela Merkel und Peer Steinbrück haben die Geheimhaltung organisiert und Abgeordnete bei der Aufklärung behindert.

### **1. Unterwerfung unter die Interessen der Deutschen Bank**

Als der Sprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann, zu Beginn der Finanzkrise vom Staat die Rettung der mittelständischen Industriekreditbank (IKB) verlangte,

stimmte der Angeklagte Steinbrück sofort zu. Er unternahm keine eigene Prüfung der Lage der IKB. Der Staat zahlte in kurzer Folge insgesamt 10 Milliarden Euro an die IKB, deren Gläubiger unter anderem die Deutsche Bank war. Er legte auch hier der staatlichen Rettung die Beurteilung durch die Deutsche Bank zugrunde und ließ sich von dieser unter Druck setzen. Die vorherigen Warnhinweise der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ließ er ebenso unbeachtet wie kritisch warnende Stimmen aus Wissenschaft und Publizistik. Die IKB wurde schließlich für nur 137 Millionen Euro an den Investor Lone Star verkauft – insgesamt also ein Verlustgeschäft von rund 10 Milliarden Euro für die Steuerzahler. Die Gläubiger der IKB wurden an den Kosten nicht beteiligt.

## 2. Organisierte Geheimhaltung

Der Angeklagte Steinbrück hat die teure staatliche Rettung der IKB ohne Parlamentsbeschluss vorangetrieben. In Komplizenschaft mit der Deutschen Bank hat er die Offenlegung der genauen Details der Lage und der Rettung der IKB verhindert. Ebenso hat er die Veröffentlichung der Gläubigerliste der Hypo Real Estate verhindert. Er hat den Abgeordneten im Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Hypo Real Estate nur unvollständige Unterlagen vorgelegt, die Einsicht in Unterlagen zum Teil erschwert, zum Teil auch ganz verhindert.

## 3. Entmachtung des Parlaments

Die Bundesregierung betrieb zusammen mit der Bankenlobby die Entmachtung des Deutschen Bundestages. Beihilfe dazu leistete der vormalige Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen Jörg Asmussen, der neben seiner Tätigkeit im Ministerium als Lobbyist für Verbriefungsprodukte wirkte. Unter Peer Steinbrück, der von dieser Lobbyistentätigkeit

wissen musste, wurde er zum Staatssekretär und zum Leiter des Lenkungsausschusses der Finanzmarktstabilisierungsanstalt befördert. Er blieb auch nach dem Regierungswechsel 2009 im Amt.

Auf das Betreiben des Angeklagten wurde der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) mit einem Volumen von bis zu 480 Milliarden Euro geschaffen und aus dem Bundeshaushalt – und damit aus der Entscheidungshoheit des Bundestages – ausgegliedert. Der Fonds wird de facto überwiegend von Bankiers geleitet und trifft alle Entscheidungen über die Rettung einzelner Banken im Geheimen.

Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission werden nur bruchstückhaft informiert und unterliegen der strafbewehrten Geheimhaltung. Den Bericht über die Lage der Hypo Real Estate bekamen sie nur in geschwärtzter Form. Die Abgeordneten dürfen nicht in die Bankbücher Einblick nehmen. Die Haushaltshoheit des Parlaments wird ausgehebelt. Den Abgeordneten und der Öffentlichkeit wird verheimlicht, nach welchen Kriterien der Staat das Geld für die Rettung der Banken ausgibt.

## 4. Abhängigkeit von privaten Beratern

Mit dem Entwurf für das Gesetz zur Einrichtung des SoFFin beauftragte der ehemalige Finanzminister die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, die zahlreiche Mandate für Banken wahrnimmt. Auch den Entwurf des Gesetzes zur Verstaatlichung der Hypo Real Estate vergab der Angeklagte nicht an Mitarbeiter seines Ministeriums, sondern erneut und ohne Ausschreibung an die Kanzlei Freshfields.

Solches „Outsourcing“ ist kein Einzelfall. Die Nutzung fremden Sachverständigen ist aber nicht hinzunehmen, wenn die von den Großkanzleien ausgearbeiteten Texte unhinterfragt übernommen werden, wenn also die verantwortliche Entscheidung nicht beim zuständigen Minister bleibt. Hinzu kam, dass die Kanzlei



Freshfields eine Doppelrolle gespielt hat. Einerseits wirkte sie im Auftrag der Bundesregierung bei der Formulierung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes mit und beriet diese bei der Einrichtung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), andererseits hat sie zahlreiche Banken zu Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz beraten und gegenüber dem SoFFin begleitet. Angesichts dieses massiven Interessenkonflikts hätte der Kanzlei keine so entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung des Gesetzes zugesprochen werden dürfen.

### 5. Verstaatlichung ohne staatlichen Einfluss

In der verstaatlichten Hypo Real Estate können alle krisenverursachenden Praktiken weitergeführt werden wie bisher. Die Bundesregierung hat auf verbindliche Vereinbarungen mit der Bank zu deren Geschäftspolitik verzichtet. Der Deutschen Bank wurde es überlassen, den Vorstand und den Aufsichtsrat neu zu besetzen.

Auch bei der Commerzbank, zu deren Rettung der Staat insgesamt 18,2 Milliarden Euro zur Rettung aufwendete (16,4 Milliarden Euro für eine Stille Einlage und 1,8 Milliarden Euro zum Anteilskauf von 25 Prozent plus 1 Aktie) – wobei die Bank insgesamt damals nur einen Bruchteil dieser Summe an der Börse wert war –, gibt es keine Hinweise darauf, dass der Staat über Verträge auf eine Änderung der Geschäftspraxis drängte. In beiden Banken bleiben die Tochter- und Zweckgesellschaften in Dutzenden von Finanzoasen unangetastet. Trotz der Auflagen im Finanzmarktstabilisierungsgesetz, die Vorstandsgehälter auf 500.000 Euro zu begrenzen, hat die HRE einzelne Vorstandsmitglieder mit höheren Auszahlungen bedacht.

Den Angeklagten vorzuwerfen sind also auch die verpassten Gelegenheiten, die durch die faktische Verstaatlichung wichtiger Banken entstanden sind. Sinnvoll wäre es gewesen, die verstaatlichten Banken regional-

und industriepolitisch und im Interesse ökologischer Nachhaltigkeit zukunfts wirksam einzusetzen. Noch nicht einmal die Idee ist von den Angeklagten öffentlich in Erwägung gezogen worden.

### 6. Bewusste Irreführung der Öffentlichkeit

Die Regierung suggerierte vor allem im Zusammenhang mit der HRE-Rettung, dass die privaten Banken an den Kosten beteiligt würden. Tatsächlich aber erfolgte die Zusage der Banken für Rettungskredite erst nach den Zusagen des Bundes. Die Banken haben also lediglich ein bestens abgesichertes Kreditgeschäft gemacht, das ihnen viele Millionen Gewinn beschert.

Die Bundesregierung vertuschte außerdem systematisch, dass die unter „Rechts- und Fachaufsicht“ des BMF stehenden Aufsichtsbehörden trotz vollständiger Information über die Risiken der HRE komplett versagt haben, nicht zuletzt deshalb, weil sie personell ganz und gar unzureichend ausgestattet sind.

*Zeuge für Punkt II: Harald Schumann, Journalist*

### **III. HANS TIETMEYER**

Der Angeklagte Dr. Hans Tietmeyer war bis 1989 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, 1993 bis 1999 Präsident der Deutschen Bundesbank, ab 2002 Aufsichtsrat bei der irischen DEPFA Bank plc. Von Mai bis November 2008 war Hans Tietmeyer Mitglied im Aufsichtsrat der Hypo Real Estate. Er ist Mitglied in den Aufsichtsräten der BDO Deutsche Waren-treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und des Bankhauses Hauck & Aufhäuser sowie Mitglied in den Beiräten der Ratingagenturen Fitch und Moody's. Als Mitglied des Aufsichtsrates der in die Finanzoase Dublin ausgelagerten Depfa Deutschen Pfandbriefbank plc (Depfa) unterstützte er deren unkontrollierte, hochspekulative Finanzaktivitäten. Er ist mitverantwortlich für den 2007 erfolgten Verkauf der mit zweifelhaftem Geschäftsmodell agierenden Depfa an die Hypo Real Estate. Damit beschleunigte er deren Zusammenbruch und löste die teuerste staatliche Bankenrettung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aus. Als Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wirbt er seit Jahren für neoliberale Politik inklusive Deregulierungen und Sozialkürzungen.

#### **1. Deregulierung des Finanz- und Abbau des Sozialsystems**

Der Angeklagte forcierte seit 2000 (nach seinem Ausscheiden als Chef der Deutschen Bundesbank) als Mitglied im Financial Stability Forum der G7-Staaten die Deregulierung des Finanzsystems in Deutschland und in der Europäischen Union. Er protegierte als Mitglied im Aufsichtsrat der Depfa deren Verlagerung in die Finanzoase Dublin. Mit seiner im Staatsdienst erworbenen Autorität verhalf er zugleich der Finanzoase zu Ansehen. Zahlreiche Banken und Konzerne verlagerten Tochtergesellschaften mit spekulativen Transaktionen ebenfalls nach Dublin. Gleichzeitig setzte sich Tiet-

meyer als Vorsitzender des Kuratoriums der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ für die Abschaffung der „exzessiven Sozialbeiträge“, also für Kürzungen im Sozialetat ein.

#### **2. Aufwertung der Ratingagenturen**

Der Angeklagte ist verwickelt in die Praxis der falschen Bonitätsbewertungen von Wertpapieremittenten durch Ratingagenturen. Er wurde Mitglied in den Beiräten von zwei der drei weltweit wichtigsten Ratingagenturen, Moody's und Fitch. Sie sind mit ihren positiven Bewertungen der spekulativen Finanzprodukte wie z.B. der verbrieften US-Hypothekenkredite wesentliche Mitverursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese Ratings haben bis zuletzt über den wahren Zustand der HRE und der Depfa und ihrer Engagements hinweggetäuscht.

#### **3. Mitschuld für den Bankrott der Hypo Real Estate**

Als Aufsichtsrat der Depfa plc war der Angeklagte mitverantwortlich für das riskoreiche Geschäft der Fristentransformation<sup>2</sup> mit sehr geringem Eigenkapital. Weil die Depfa 2007 auf den Bankrott zusteuerte, gab der Angeklagte zusammen mit den anderen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern der US-Investmentbank Goldman Sachs den Auftrag, einen Käufer für die Depfa zu suchen. Für die Depfa sollte „eine breitere Grundlage“ gefunden werden. Goldman bewertete die Depfa trotz der offensichtlichen Schieflage als gesunde

2: Fristentransformation: Methode von Kreditinstituten, kurzfristig aufgenommene Mittel in langfristigen Krediten auszugeben. So lange die Zinsen für die kurzfristig aufgenommenen Mittel niedriger sind, als die mit den ausgegebenen langfristigen Krediten erzielten, ergibt sich ein Gewinn für das Institut. Kehrt sich dieses Verhältnis um oder kann die Bank auf Grund externer Ereignisse keine kurzfristigen Mittel mehr akquirieren, ergibt sich eine Verschärfung der Risikosituation.

Bank und arrangierte den Depfa-Verkauf an die Hypo Real Estate. Tietmeyer stimmte zu. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Depfa waren aber zu diesem Zeitpunkt bereits sehr groß; das Risiko, dass sie ihre langfristigen Anlagen nicht mehr finanzieren konnte, war enorm. Da der Angeklagte diese Risiken kennen musste, sie aber verschwieg, nahm er den Schaden, der dem Käufer und später der Allgemeinheit daraus entstehen würde, billigend in Kauf und beschleunigte damit auch den späteren Bankrott der bereits angeschlagenen Hypo Real Estate.

#### **4. Vorschub für die Selbstbereicherung des Depfa-Chefs**

Der Angeklagte hat seine Aufsichtspflicht auch in weiterer Hinsicht verletzt. Zusammen mit den anderen Verantwortlichen erlaubte er, dass der Vorstandsvorsitzende der Depfa, Gerhard Bruckermann, nach dem Verkauf an die Hypo Real Estate die HRE-Aktien, die er im Tausch für seine Depfa-Aktien im Wert von 100 Millionen Euro erhielt, sofort weiterverkaufen konnte. Die in solchen Situationen üblichen Haltefristen wurden hier nicht vereinbart. Der Angeklagte Tietmeyer förderte somit die Selbstbereicherung von Bruckermann. Dem Angeklagten muss klar gewesen sein, dass der Bankrott von Depfa und Hypo Real Estate und der Absturz der Aktien innerhalb kurzer Zeit bevorstanden.

#### **IV. DIE DEUTSCHE BANK, VERTRETEN DURCH JOSEF ACKERMANN**

Der Angeklagte ist Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank AG, Vorstandsmitglied des Bundesverbands deutscher Banken, Präsident des Institute of International Finance, Mitglied in Aufsichtsräten u. a. von VW, Royal Dutch Shell und Siemens. Dr. Josef Ackermann hat als Sprecher der deutschen und internationalen Finanzlobby die von der Regierung Schröder vollzogenen Maßnahmen wesentlich beeinflusst. Zur Rettung der vor dem Bankrott stehenden Banken hat er dann in gleicher Funktion die Nachfolgeregierung der Großen Koalition von Bundeskanzlerin Angela Merkel unter Druck gesetzt. Dabei wurden die Verursacher der Krise, allen voran die Deutsche Bank selbst, aus der Verantwortung genommen; die Kosten der Bankenrettung wurden auf den Staat, also die Steuern zahlenden Bürger und wegen der negativen Arbeitsplatzwirkungen auf die Beschäftigten abgewälzt.

##### **1. Lobby für die Deregulierung des Finanzsektors**

Der Angeklagte war in Deutschland führend in den beiden 2003 gegründeten Lobbyorganisationen „Initiative Finanzstandort Deutschland“ und „True Sale Initiative“. Er wirkte auf die Regierung ein, um die Verbriefung von Krediten, die außerbilanziellen und steuerbefreiten Zweckgesellschaften, Hedgefonds und private Renten einzuführen. Der Angeklagte förderte 2003 zusammen mit dem Bundeskanzler Gerhard Schröder die Geheimhaltung der sich abzeichnenden Bankenkrise. Er wirkte also aktiv daran mit, die Risiken der Finanzmärkte zu vertuschen, um möglichst lange mit Finanzgeschäften die vom Angeklagten als Markenzeichen seines Instituts propagierten hohen Renditen einnehmen zu können, selbst als die Krise sich bereits anbahnte.

## 2. Keine Haftung für eigene Handlungen, verbunden mit Geheimhaltung

Die Deutsche Bank verkaufte der Düsseldorfer Industriekreditbank (IKB) verbrieft US-Hypothekenscheine. Damit die IKB diese Papiere kaufen konnte, gewährte die Deutsche Bank ihr Kredite. Als die IKB kurz darauf vor dem Bankrott stand, weil sich die Hypothekenscheine als wertlos („toxisch“) herausgestellt hatten, und ihre Kredite wegen der nun fehlenden Sicherheiten nicht mehr verlängern konnte, verlangte Ackermann vom Staat die Rettung der IKB. Die staatliche Bank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) brachte dafür insgesamt etwa 10 Milliarden Euro auf. Die Deutsche Bank haftet somit nicht für die von ihr spekulativ vergebenen Kredite und auch nicht für die Werthaltigkeit der von ihr verkauften Wertpapiere. Die IKB wurde vom Staat gerettet, damit ihre Kreditgläubiger, darunter an führender Stelle die Deutsche Bank, ihre Forderungen nicht abschreiben mussten.

## 3. Spekulation auf das Platzen der Immobilienblase

Seit 2006 sah die Deutsche Bank die kommende Krise nicht nur voraus, sondern nutzte sie für Spekulationen. Während sie noch verbrieft Immobilienkredite an Investoren wie die IKB verkaufte, organisierte sie schon Leerverkäufe<sup>3</sup> von Collateralized Debt Obligations (CDO), um von einem Platzen der Immobilienblase erneut profitieren zu können. 2007 erhielt sie für

3: Leerverkauf: Spekulation auf fallende Börsenkurse von Wertpapieren. Dabei werden Wertpapiere verkauft, die der Verkäufer zum Zeitpunkt des Verkaufs noch nicht besitzt und die er dem Käufer erst nach Ablauf einer zumeist kurzen Frist liefern muss. Der Verkäufer spekuliert darauf, dass der Börsenkurs der verkauften Papiere im Zeitraum zwischen Verkauf und Liefertermin sinkt. Die Papiere, die der Verkäufer verkauft hat, können so von ihm zu einem niedrigeren Kurs eingekauft werden und an den Käufer geliefert werden. Die Differenz zwischen Verkaufspreis und Einkaufspreis ergibt den Profit des Verkäufers.

diesen Trick sogar die in Finanzmarktkreisen begehrte Auszeichnung „Traider Daily 2007“.

## 4. Regierung unter Druck gesetzt zur Rettung der Hypo Real Estate

Als die Bankenkrise weiter um sich griff und nach der IKB die Hypo Real Estate vor dem Bankrott stand, setzte der Angeklagte als Sprecher der Banken die Regierung erneut unter Druck. In Krisensitzungen wurde mit überhöhten Zahlen über die drohenden Verluste der HRE operiert, um die Dramatik zu erhöhen. Der Angeklagte nutzte die Einstufung der HRE als „systemrelevante“ Bank durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für seine Zwecke und malte Schreckensszenarien aus, die bei der Nichtrettung der HRE eintreten würden. Er behauptete, wenn die HRE nicht vom Staat gerettet werde, breche das Bankensystem zusammen, was unabsehbare Folgen für die gesamte Wirtschaft haben würde. Er verschwieg dabei, wie groß die Interessen der Deutschen Bank und die anderer Gläubiger der HRE waren. Erst ein knappes Jahr später erfuhr die Öffentlichkeit durch eine Indiskretion, dass die Rettungsaktion der HRE der Allianz über fünf Milliarden Euro, der Münchener Rück über vier, der Bayerischen Landesbank drei und der HypoVereinsbank, der Deutschen Bank sowie der Commerzbank je zwischen einer und zwei Milliarden Euro sicherte, die sie sonst hätten abschreiben müssen.

## 5. Privater Einlagensicherungsfonds als Luftnummer

Als Sprecher der privaten Banken hatte der Angeklagte die Öffentlichkeit jahrelang falsch informiert. Stets betonte er, dass das deutsche Finanzsystem auch wegen des Einlagensicherungsfonds der privaten Banken krisensicher sei. Angesichts des möglichen Bankrotts der HRE lösten sich diese Aussagen in Luft auf – in Wirk-

lichkeit war dieser Einlagensicherungsfonds schon Monate vor der Rettung der HRE so gut wie erschöpft. Um die HRE aufzufangen, hätte die Deutsche Bank ebenso wie andere private Banken einen erheblichen Betrag aufbringen müssen. In den Verhandlungen zur Rettung der HRE erklärte der Angeklagte, dass die privaten Banken dazu nicht in der Lage seien und der Staat einspringen müsse.

*Zeuge für Punkt IV: Dr. Axel Troost, MdB („Die Linke“),  
Mitglied des HRE-Untersuchungsausschusses*

# BEWEISAUFNAHME II

## ANHÖRUNGEN ZUR ZERSTÖRUNG VON LEBENSGRUNDLAGEN IM GLOBALEN SÜDEN UND NORDEN

### ALLGEMEINE ANKLAGE

Die Finanzmarktkrise hinterlässt tiefe Spuren in Betrieben und Unternehmen, im Aufkommen der Sozialversicherung, in den öffentlichen Haushalten, der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen und mit besonderer Schärfe in den Ländern des globalen Südens. Wird die bisher betriebene Politik fortgesetzt, die die Erzeugung, Verteilung und Verwendung wirtschaftlicher Erträge und gesellschaftlichen Reichtums den Märkten überlässt, steht fest, wer den Ausgleich der Spekulationsverluste zu tragen hat: 1. die Menschen in den Ländern des globalen Südens, die von neuer Verschuldung, einbrechenden Exporteinnahmen und unfairen Handelsoffensiven ebenso heftig betroffen sind wie von Spekulationen mit Nahrungsmitteln; 2. die Arbeitnehmer der Industrieländer, denen unter dem Diktat rigider Sparpolitik Einkommensverluste und Beschäftigungslosigkeit drohen; 3. Kranke, Arbeitslose und Rentner, die mit Leistungskürzungen rechnen müssen sowie 4. die Bürger, die unter öffentlicher Sparpolitik und ausgezeherten öffentlichen Einrichtungen zu leiden haben.

Nun sind diese und andere desaströse Entwicklungen nicht sämtlich durch die Bankenkrise verursacht. Die Ausbreitung von Armutslöhnen und Hartz IV sowie andere Eingriffe sind älteren Datums. Der aktuelle Rückgang von Produktion und Auslastung ist auch konjunkturell bedingt. Doch der Kollaps der Finanzmärkte und die milliardenschwere Vernichtung spekulativ angelegten Kapitals werden die Krise verschärfen und verlängern. Wenn die Politik nicht umsteuert, werden die Folgen die übergroße Mehrheit der Bevölkerungen treffen, also die, die für das Treiben des internationalen Roulettes weder Verantwortung tragen noch daran beteiligt waren, geschweige denn Gewinn daraus geschlagen haben. Bis auf wenige Ausnahmen planen die meisten Regierungen nicht etwa, diejeni-

gen mit den sozialisierten Verlusten zu belasten, die die Spielbank betrieben und davon profitiert haben. Die angekündigten Sparprogramme zielen vielmehr auf den Abbau sozialer und kultureller Leistungen, auf Streichung notwendiger Investitionen und auf die Blockade einer ökologischen Umsteuerung, kurz auf allgemeine, insbesondere öffentliche Verarmung.

Die Bankenkrise ist folglich keine abgehobene Erscheinung in einer jenseitigen Sphäre. Sie schlägt unmittelbar durch auf das soziale Leben, auf den gesellschaftlichen Wohlstand und auf die Entwicklungschancen aller. Daran zeigt sich: Finanzmärkte und reale Wirtschaft sind keineswegs getrennte Welten. Auch wenn wir mit Grund vor einer „Verselbständigung“ der Finanzmärkte warnen: Es gibt nur *eine* Wirtschaft. Auch Ansprüche aus rein spekulativen Geschäften sind Ansprüche an reale Arbeit, Ressourcen, öffentliche Güter, kommunales Eigentum. Die Börse bringt dagegen eigentlich nichts hervor; Spekulationen und Wetten schaffen keine Werte, können sie jedoch vernichten, wie jüngst geschehen.

Nicht nur, dass die Bankenkrise die Wirtschaft, das soziale Leben, ja ganze Staaten in ihren Strudel reißt; die reale Wirtschaft und die Finanzmärkte sind noch in einer anderen Hinsicht eng verzahnt. Wenn sich die Gaukelwelt der Spekulationen verselbständigt und krisenhaft aufbläht, kann man dies vordergründig auf Kontrollverzicht oder auf die Gier der Akteure zurückführen. Doch Gier und Erfindung undurchsichtiger „Finanzprodukte“ hätten keine Chance, gäbe es keinen Überhang an anlagesuchendem Kapital. Die Bankenkrise ist Folge überschüssigen Kapitals.

Der Überschuss an Kapital ist wiederum Ergebnis realwirtschaftlicher Umverteilung. Diese ist politisch gewollt und nach Kräften gefördert: durch Senkung der Lohnquote, durch Ausbreitung von Niedriglöhnen,

durch Kürzung sozialer Leistungen, durch Rückzug des Staates und Steuerverzicht zugunsten der oberen Einkommen und der Vermögen, durch Umstieg auf private, kapitalgedeckte Altersvorsorge, durch das Zwangsregime freien Welthandels, der stets die Starken belohnt und die Schwachen noch mehr zurückfallen lässt, durch pathologischen Ausbau einer Exportwirtschaft, die halb Europa zum Hinterhof der deutschen Wirtschaft macht etc.

Die Ergebnisse liegen offen zu Tage, als Umverteilung von unten nach oben, von Süd nach Nord, von öffentlichem Wohlstand zu privater Reichtumspflege, von Nationen mit negativer Leistungsbilanz hin zu exportfixierten Überschussländern. Umverteilung dieser Art entzieht dem produktiven Kreislauf der Wirtschaft Kapital, das rentable Anlagen sucht, sie jedoch in niedergesparten Volkswirtschaften nicht findet. Also wird überschüssiges Kapital vermehrt auf die Finanzmärkte gespült; die Krise hat diesen Prozess bestenfalls unterbrochen, doch nicht beendet. Der Schlüssel liegt daher nicht zuletzt darin, die Umverteilung zu stoppen und rückgängig zu machen zugunsten einer sozialen, gedeihlichen und volkswirtschaftlich nützlichen Entwicklung.

Wer dem Treiben auf den Finanzmärkten Einhalt gebieten will, muss folglich die Realwirtschaft zum Thema machen.

## **I. Auszehrung der öffentlichen Haushalte**

### *Öffentliche Armut und privater Reichtum*

Die Krise kommt in den öffentlichen Haushalten des Bundes, der Länder und der Kommunen an. Die Regierung organisiert dabei eine immense Umverteilung. Die öffentliche Armut nimmt zu, während Krisenverursacher ihren privaten Reichtum noch mehren können. Die öffentliche Verschuldung raubt künftige Spielräume und wird neue Krisen auslösen.

### *Steuermindereinnahmen*

Nahezu 90 Prozent der Steuereinnahmen in der Bundesrepublik sind konjunkturabhängig. Schon deshalb kommt es in der Krise zwangsläufig zu erheblichen Steuermindereinnahmen. Den öffentlichen Haushalten fehlen trotz etlicher bereits beschlossener Einschnitte gegenwärtig mindestens 150 Milliarden Euro. Dem neoliberalen Dogma gemäß reagierte die Regierung auf die Krise mit Steuersenkungen, die die Konjunktur wieder „in Schwung“ bringen sollen, und nimmt weitere Steuerausfälle in Kauf. Die Einnahmen-Krise ist jedoch weitaus längerfristig vorbereitet. Die erdrückenden öffentlichen Schulden sind Ergebnis eines Steuerrechts, das schon vor der Krise großen Schaden angerichtet hat. Allein die Steuerrechtsänderungen der zurückliegenden zehn Jahre haben zu jährlichen Steuermindereinnahmen von über 40 Milliarden EUR geführt.

### *Mehrausgaben*

Zeitgleich mit den Steuerausfällen steigen die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Krisenzeiten. Mehrausgaben betreffen schwerpunktmäßig die Sozialausgaben und die Ausgaben für Konjunkturprogramme. Die Bundesregierung hat dabei in Sachen Konjunkturprogramme eher eine neoliberale Zurückhaltung geübt und die beabsichtigte Wirkung nicht erzielen können. So stehen für die sogenannten Konjunkturpakete I und II insgesamt 12 Milliarden Euro zur Verfügung, während der „Bankenrettungsschirm“ einen Finanzrahmen von 480 Milliarden umfasst. Für Eigenkapitalzuschüsse an IKB, Commerzbank, HRE und andere Banken wurden bisher bereits rund 48 Milliarden Euro verausgabt. Was darüber hinaus tatsächlich in Anspruch genommen wird, ist noch abzuwarten. Aber allein die Bereitstellung dieses Bürgschaftsrahmens wirkt für den Finanzsektor wie ein „Schutzschirm“, der in anderen Bereichen wünschenswert wäre, aber verweigert wird.

### **Die Schuldenfalle**

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik hat eine Dimension erreicht, die nahezu die Vorstellungskraft übersteigt. Bund, Länder und Kommunen haben inzwischen fast 1.700.000.000.000 Euro (1,7 Billionen Euro) Schulden – das ist mehr als das Dreifache der jährlichen Gesamtsteuereinnahmen aller Ebenen. Allein die Zinslasten dieser Schulden betragen jährlich mindestens 70 Milliarden Euro und dies beim jetzigen sehr geringen Zinsniveau.

Dem gegenüber steht ein privates Geldvermögen von geschätzten 4 Billionen Euro.

### **Die Kommunen in Not**

Die Kommunen erleben jetzt einen massiven Einbruch bei den Gewerbesteuern, einer zentralen Säule ihrer Finanzierung. Rosig war es schon vorher nicht. Immer mehr Stadträte sehen keine Handlungsspielräume mehr. Die Sozialausgaben steigen bei zunehmender Arbeitslosigkeit für die Städte und Gemeinden, nötige Investitionen werden unbezahlbar, sogenannte freiwillige Leistungen wie der Betrieb von Theatern, Schwimmbädern, Bibliotheken oder vergünstigten Kindergartenplätzen landen als erste auf den Streichlisten.

Manche Kommune sucht Hilfe im Ausverkauf öffentlicher Infrastruktur – und beraubt sich und nachfolgende Generationen damit wichtiger Spielräume und Einnahmequellen. Oft genug begibt sie sich dabei auch in teure Knebelverträge. Trotz der schlechten Erfahrungen wirbt die Bundesregierung für mehr Privatisierung und für fragwürdige ÖPP, öffentlich-private Partnerschaften (englisch PPP, Public-private partnerships).

*Zeugen für Anhörung I:*

*Frank Kuschel, Haushaltspolitiker im Stadtrat Arnstadt, Landkreis Ilmenau, und MdL Thüringen („Die Linke“)*  
*Carl Waßmuth, Aktivist in der Attac-Kampagne PPP-Irrweg*

## **II. ARBEIT**

### **Politik der Umverteilung als Ursache**

Wie nicht anders zu erwarten, hinterlässt die Krise tiefe Spuren in der Arbeitswelt. Um Fehldeutungen vorzubeugen: Die Politik des marktradikalen Umbaus und der Umverteilung ist kein Produkt der Finanzkrise, sondern umgekehrt eine wesentliche Ursache wachsender Kapitalüberschüsse und der daraus resultierenden Verselbständigung der Finanzmärkte einschließlich ihrer spekulativen Aufblähung. Wegbereiter marktorthodoxer Umverteilung in der Arbeitswelt waren und sind vornehmlich: die Hinnahme der Massenarbeitslosigkeit; die Deregulierung und die Förderung ungeschützter Arbeitsverhältnisse; die Durchsetzung eines wachsenden Niedriglohnssektors, forciert durch rechtlich sanktionierten Druck auf Arbeitslose sowie die Erosion der Tarifbindung und die Förderung der Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten, zwischen Belegschaften und Standorten.

Diese Entwicklung soll sich, geht es nach dem Willen und den Interessen der bisher dominierenden Wirtschaftspolitik, fortsetzen und verschärfen, nachdem sich die Regierungen überwiegend bereit gefunden haben, das spekulativ vernichtete Kapital zu ersetzen, ohne an den Strukturen und Mechanismen, die zur Krise geführt haben, Wesentliches zu ändern.

### **Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit**

Seit Anfang 2009 haben mehrere hunderttausend Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Betroffen waren vor allem Leiharbeiter und befristete Beschäftigte; allein im ersten Halbjahr haben 300.000 Leiharbeiter ihre Beschäftigung verloren. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Jahre 2009 um 11,6 % gestiegen, die der betroffenen Arbeitnehmer hat sich auf 250.600 mehr als verdoppelt. Dominantes Beispiel war der Zusammenbruch von Karstadt/Quelle.



Richtig ist allerdings, dass ein großer Teil der sogenannten Stammbeschaften über die – verlängerte – Kurzarbeiterregelung vor Entlassungen bewahrt wurde. Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 von rund 575.000 auf 1.075.000 fast verdoppelt. Doch auch diese Regelungen, so wichtig sie sind, wurden und werden von den Betroffenen durch zum Teil einschneidende Lohnopfer bezahlt. Weitergehende Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, namentlich in Gestalt einer breitenwirksam durchgesetzten Arbeitszeitverkürzung, sind nicht geplant, und politisch auch nicht gewollt.

### **Hartz IV und Niedriglöhne**

Was auf alle die zukommt, die arbeitslos sind und in Form von Hartz IV der doppelten Not, bestehend aus materieller Armut und rechtlicher Disziplinierung, ausgeliefert sind, kann man aus der aktuellen Reaktion auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Bemessung der Regelsätze erahnen. Zur Erinnerung: Bereits Gerhard Schröder und Wolfgang Clement hatten 2004 eine in Stil und Richtung identische Kampagne angestoßen, wie sie heute Westerwelle betreibt.

Empfindlicher ist die ungehemmte Ausbreitung der vom Gesetzgeber bereitgestellten Instrumente der Leiharbeit, der befristeten Arbeit und der in tarifvertragsfreien Räumen durchgesetzten Niedriglöhne. Ob das Versprechen ernst gemeint ist, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz jedenfalls dergestalt zu ändern, dass konzerninternen Verleihfirmen, die nur zum Zwecke der Lohnsenkung eingesetzt werden, die Basis entzogen wird, bleibt abzuwarten. Immerhin hatte die Erleichterung der Leiharbeit als Bestandteil der Hartz-Gesetzgebung ausdrücklich auch die Lohnsenkung zum Zweck.

Die einzige rechtlich privilegierte Form der autonomen Gegenwehr, die gewerkschaftliche Tarifpolitik,

sieht sich aktuell erheblichem Druck ausgesetzt. Ob die Gewerkschaften die Kraft – und Entschlossenheit – haben, der desaströsen Umverteilung von unten nach oben und von der Binnennachfrage zur Exportsubventionierung Widerstand entgegenzusetzen, lässt sich zur Zeit nicht sicher ausmachen.

*Zeugen und Sachverständige für Anhörung II:*

*Claus Matecki, DGB, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes*

*Paul Oehlke, Sozialwissenschaftler*

*Hellmut Patzelt, Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Karstadt*

*Ulla Pingel, Soziologin, Sozialarbeiterin, seit 2006 arbeitslos*

### **III. STAATSVERSAGEN UND DEMOKRATIEKRISE**

Wir klagen an, dass der Handlungsspielraum des Staates und seiner Institutionen durch die Strukturbedingungen der Finanzmarktkrise und ökonomische Machtinteressen noch weiter systematisch eingeschränkt wurde. Damit hat sich die Gesellschaft weit von den partizipativen Grundlagen der Demokratie entfernt. In diesem Sinne kann von einem postdemokratischen Staatsversagen gesprochen werden. Staatliche Entscheidungen folgen weiterhin überwiegend den Interessen der Finanzmarktakteure. Außerdem verfügen die staatlichen Institutionen, wie sich in der Krise gezeigt hat, über kein funktionstüchtiges Prognose- und Diagnosepotential. Der Staat ist strukturell „blind“ und deshalb schon von seinen Voraussetzungen her oft handlungsunfähig. Darüber hinaus hat das Führungspersonal der Ministerien und der Bankenaufsicht zum Teil selbst krisenerzeugend gewirkt. Dies alles hat bisher allerdings nicht zu einer Legitimationskrise geführt – die Demokratiekrise bleibt öffentlich unsichtbar.

### **Undurchsichtige und unkontrollierte Rettungsmaßnahmen**

Die Bundesregierung hat ihre Rettungspakete in völliger Intransparenz und ohne jede parlamentarische Kontrolle installiert. Nur neun Bundestagsabgeordnete haben unter dem Siegel absoluter Verschwiegenheit Einblick in die Maßnahmen der Finanzmarktstabilisierungsanstalt/des SoFFin. Deshalb weiß die demokratische Öffentlichkeit nichts darüber, welche Banken mit welchen Summen gestützt werden, welche Manager für welche Verluste verantwortlich sind und unter welchen Modalitäten die Staatshilfen vergeben oder verweigert worden sind.

### **Die gleichen Berater für Staat und Banken**

Die Bundesregierung sah sich offenbar nicht in der Lage, das Konstrukt Finanzmarktstabilisierungsanstalt/SoFFin ohne externe Berater zu installieren. Vielmehr griff sie auf die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer zurück, die seit Jahren im Auftrag der öffentlichen Hand „kreative Lösungen“ für die Rettung krisengeschüttelter Landesbanken entwickelt und gleichzeitig als Berater für private Bankhäuser fungiert. Diese Zweigleisigkeit wählte Freshfields auch beim Konstrukt SoFFin: Neben der Beratung der Bundesregierung zu dessen Errichtung berät die Kanzlei Banken, die Leistungen des SoFFin beantragen.

### **Das Fehlen einer Legitimationskrise**

Es gibt keinen Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik, der ein vergleichbares Ausmaß von Demokratieversagen aufzuweisen hat. Es bleibt die unbequeme Frage, warum die Verantwortlichen die Krisenbewältigung als erfolgreich darstellen können ohne aber vorweisen zu müssen, für die nächste Krise vorzusorgen – bislang ist keine der vollmundigen Ankündigungen von Regulierungen auf nationaler und internationaler

Ebene umgesetzt worden. Andererseits gibt es bisher unter den Oppositionsparteien, den Gewerkschaften, der kritischen Öffentlichkeit und den zivilgesellschaftlichen Organisationen noch keinen mehrheitsfähigen konfliktproduzierenden Druck, der stark genug wäre, wirkliche Konsequenzen – zum Beispiel Finanzmarktkontrollen – durchzusetzen. Zugleich droht die offensichtliche Ohnmacht der Politik gegenüber den Banken zu einer Erosion des Vertrauens von Bürgerinnen und Bürgern in demokratische Institutionen zu führen.

*Zeugen für Anhörung III:*

*Gerhard Schick, MdB („Die Grünen“), Mitglied des HRE-Untersuchungsausschusses*

*Heidi Klein, Lobbycontrol*

*Harald Schumann, Journalist*

## **IV. ZERSTÖRUNG ÖKOLOGISCHER LEBENSGRUNDLAGEN**

### **Die ökologische Krise**

Nicht nur das Klima, sondern die gesamte Biosphäre der Erde befindet sich in einer schweren Krise, die das Überleben von unzähligen Arten ebenso gefährdet wie die menschlichen Lebensgrundlagen. Die Ausbreitung von Wüsten, die Zerstörung der Böden, die Vernichtung von Wäldern und die zunehmende Ausbeutung der Meere finden auch ohne die Klimakrise statt. Der Klimawandel verstärkt diese Probleme aber massiv. Ganze Landstriche und sogar Millionenstädte, vor allem im globalen Süden, drohen unbewohnbar zu werden.

### **Das globale Finanzsystem als Beschleuniger dieser Zerstörungen**

So verschieden die Symptome und die Wirkungsketten sind – im Zentrum dieser ökologischen Krisen steht ein Wirtschaftsmodell, das auf fossilen Energieträgern und unbegrenztem Wachstum beruht und den Umwelt-raum als ein Reservoir für grenzenlose Ausbeutung versteht. Die globalen Finanzmärkte sind Teil dieses Wirtschaftssystems. Als Schaltzentralen für Kapitalflüsse haben Banken erheblichen Einfluss darauf, welche Investitionen getätigt werden und welche nicht.

Private und staatliche Großbanken finanzieren in Bereichen wie Energie, Mobilität und Landwirtschaft nach wie vor überwiegend ökologisch und sozial destruktive Großprojekte anstelle von nachhaltigen, dezentralen Strukturen, die auf erneuerbaren Energien basieren. Beispiele dafür sind zahlreich und stellen die Regel, nicht die Ausnahme dar. Hier nur einige exemplarische Fälle: Die Deutsche Bank finanziert zum Beispiel Umweltsünder in Indien und Indonesien, darunter das britische Bergbauunternehmen Vedanta, das für Waldzerstörung, Gewässerverschmutzung und Vertreibungen verantwortlich ist. Die WestLB hat trotz massiver Warnungen und Proteste eine Ölpipeline durch den Regenwald von Ecuador finanziert – in einem Erdbebengebiet. 2009 barst die Pipeline, 11.000 Barrel liefen aus. Trotz jahrzehntelanger Kritik fördern Weltbank, Europäische Entwicklungsbank, KfW oder regionale Entwicklungsbanken weiterhin ökologisch und sozial destruktive Großprojekte wie zum Beispiel die Privatisierung des sambischen Bergbausektors.

### **Die Politik trägt Verantwortung**

Verantwortlich dafür ist auch die Politik, die es versäumt, den Akteuren Schranken zu setzen und andere – ökologische und soziale – Regeln durchzusetzen. Die privaten Banken selbst stehen in globaler Konkurrenz um Renditen; solange deren Maximierung ihr einzi-

ges Ziel ist und keine verbindlichen sozialen und ökologischen Kriterien für Finanzgeschäfte durchgesetzt werden, bleibt der Ruf nach ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit Makulatur.

Während für die Rettung von krisenverursachenden Banken weltweit Billionen ausgegeben wurden, fehlt es an genau diesen Geldern dort, wo Investitionen gesellschaftlich und ökologisch dringend geboten sind: beim Umbau der Energiewirtschaft (hin zu dezentralen Erneuerbaren), der Mobilität (Verkehrswende; Ausbau öffentlichen Verkehrs) und der Landwirtschaft (Agrarwende). Die aus den Bankenrettungen resultierende massive Neuverschuldung der Staaten lässt ökologische Investitionsprogramme immer schwerer durchsetzbar werden. Statt einer sozial-ökologischen Wende, die auch volkswirtschaftlich notwendig ist, werden die zerstörerischen Strukturen der Vergangenheit gefördert.

Mit der Abwrackprämie wurden Milliarden in die Fortführung eines überholten, fossilen Modells von Mobilität gesteckt, statt in öffentlichen Verkehr und erneuerbare Energien, wie dies etwa Südkorea tat.

Die Bundesregierung setzt weiterhin unreflektiert auf Wachstum um jeden Preis, anstatt alternative Konzepte zur Krisenüberwindung zu erarbeiten (z.B. mehr Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitszeitverkürzungen etc.).

Der politische Prozess der Klimaverhandlungen ist massiv von den Interessen großer Banken verzerrt worden, die im Emissionshandel potentielle Milliardenprofite sehen. Das Scheitern von Kyoto (im Ergebnis) und Kopenhagen (bereits im Prozess) ist auch das Resultat einer verfehlten Weichenstellung hin zu markt-basierten Mechanismen, die bisher nur Extraprofite für Energiekonzerne und Banken, aber keine Eindämmung der Emissionen gebracht haben.

*Zeugen für Anhörung IV:*

*Barbara Happe, urgewald*

*Hermann Scheer, MdB (SPD) (angefragt)*

*Tom Kucharz, Ecologistas en Accion, Madrid*

## V. FOLGEN FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN

Im Krisenjahr 2008 sind nach Angaben der Weltbank über 100 Millionen Menschen neu unter die Armutsschwelle gefallen. Die meisten von ihnen leben in Ländern, deren Banken im globalen Finanzmarkt höchstens Nebenrollen spielen. Während die G20 öffentlichkeitswirksam einige Milliarden für die ärmsten Länder bereit stellten, haben es die Krisenverantwortlichen unterlassen, die im internationalen Finanz- und Handelssystem liegenden Ursachen zu bearbeiten, die weiterhin zu Hunger und Not führen. Nicht nur am Beispiel der Spekulation mit Nahrungsmitteln lässt sich zeigen, dass auch in Zeiten, in denen an der Frankfurter Börse oder der Wallstreet keine Krise festgestellt wird, die Finanzmärkte Entwicklungschancen zerstören.

### **Realwirtschaftliche Auswirkungen treffen den Süden am heftigsten**

Die Realwirtschaft leidet deutlich unter der Krise. Allein im 4. Quartal 2008 brach der globale Welthandel um 20 Prozent ein. Verschärfend kommt hinzu, dass der in der Krise schwächelnde Dollar den Wert der Rohstoff-Exporte deutlich reduziert. Viele Länder des Südens, vor allem solche, die vom Export bestimmter Rohstoffe abhängen, stehen vor dem Ruin.

Gerade die ärmsten Länder bestreiten große Teile ihres Bruttoinlandsproduktes durch Überweisungen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Diese Einnahmen gingen mit der Krise aber drastisch zurück, viele Wanderarbeiterinnen und -arbeiter verloren mit Rückgang des Welthandels ihre oft prekären Jobs.

Vor der Finanzkrise hatten etliche Länder vor allem Südamerikas ihre Schulden an den IWF zurückgezahlt. Die Einbrüche bei den Einnahmen zwingen die Regierungen des Südens jetzt, massiv neue Kredite aufzu-

nehmen – oft zu ungünstigen Zinsen – und sich damit in eine neue Verschuldungsspirale zu begeben.

### **Nahrungsmittelspekulation**

Ab Mitte 2007 bis Mitte 2008 machten sich auch die Banken in Deutschland durch ihre Beteiligung an einer preistreibenden Spekulation mit Agrarrohstoffen schuldig am steigenden Hunger. Sogenannte „Futures“ – Wetten auf Preisentwicklungen unter anderem an den Agrarmärkten – wurden zu beliebten Ausweich-Instrumenten für Finanzanleger, die den IT-Wertpapieren und Immobilienmärkten nicht mehr trauten. Die Deutsche Bank verdient einen „Sonderpreis“ für ihre zynische Werbung für Lebensmittelspekulation auf Brötchentüten in Frankfurter Bäckereien.

Weitere Hungerverschärfer sind inzwischen begehrte Produkte der Finanzmärkte: Ackerland wird immer wertvoller, weltweit nimmt sogenanntes „Land-Grabbing“ zu, bei dem große Agrarunternehmen durch Kauf oder Langzeitpacht Renditeerwartungen wecken. Hohe Ölpreise und staatliche Subventionen haben den Markt für Agrar-Treibstoffe angeheizt. Hohen Gewinnen stehen Preisexplosionen der Grundnahrungsmittel, Vertreibung und Umweltzerstörung gegenüber.

### **G20, IWF und WTO**

Die G20 übergaben dem Internationalen Währungsfonds (IWF) das Kommando für weite Teile des Nord-Süd-Krisenmanagements. Trotz einiger kleiner Nachbesserungen bei der Mitbestimmung im IWF ist der Währungsfonds ein höchst problematischer Akteur geblieben, der nichts gegen den Willen der USA unternimmt und mit (fast) denselben Wirtschaftskonzepten seine Politik weiterführt, die in die Krise geführt hat, besonders was die Privatisierung öffentlicher Güter angeht.

„Mehr Freihandel“ ist das zweite tödliche Rezept, das die reichen Länder der Welt in der Wirtschaftskrise verschreiben wollen. Die Welthandelsorganisation WTO steckt zur Zeit in konfliktreichen Verhandlungen fest. Die Länder des Südens befürchten aber das Schlimmste, wenn sie weitergehen: Der Zwang zu Marktöffnungen, der Privatisierungsdruck und die Aneignung geistiger Eigentumsrechte durch Transnationale Unternehmen zerstören seit Jahren Entwicklungsperspektiven.

*Zeugen für Anhörung V:*

*Wangui Mbatia, Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin aus Kenia*

## VI. SOZIALE SICHERUNG IN DER KRISE

Die Krise reißt tiefe Löcher in die Sozialkassen; bei der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung fehlen Milliarden Euro. Da die Sozialversicherungen in Deutschland ausschließlich aus einem Teil der Löhne und Gehälter finanziert werden, spielt bei ihrem Defizit die steigende Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle. Die Bundesanstalt für Arbeit braucht hohe Nachzahlungen aus dem Bundeshaushalt, die Krankenkassen erheben Zusatzbeträge von den Versicherten. Um die Arbeitgeber von Kosten zu entlasten, wurde politisch entschieden, die Beiträge so niedrig zu halten, dass sie die Kosten gar nicht decken können.

### **Versicherungen und Pensionsfonds sind Krisenbeschleuniger**

Gleichzeitig haben politische Weichenstellungen in den letzten Jahrzehnten die Sozialversicherungen zu Krisenbeschleunigern gemacht. Die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge und die damit verbunde-

ne staatliche Subventionierung der Privatversicherungen führten zu vielen Milliarden zusätzlicher Euro an den Finanzmärkten. Bei der Krankenversicherung sind höhere Eigenbeteiligungen für die Versicherten und eine weitere Reduzierung der Arbeitgeberanteile fest geplant. Renten werden eingefroren und die Öffentlichkeit wird auf die weitere Absenkung vorbereitet.

Kapitalsammelstellen wie Banken, Versicherungen und Pensionsfonds tragen wesentlich zur Ausweitung und Beschleunigung der Finanzmärkte bei. Für sie sind die sozialen Sicherungssysteme seit langem Objekte der Begierde, weil dort große Summen umgesetzt werden, ohne dass sie bisher Teil der Kapitalmärkte gewesen wären. Und sind die Gelder erstmal eingesammelt, müssen sie wieder gewinnträchtig angelegt werden. So wird der Erfolg zur Ursache für das Problem, das er lösen sollte.

### **Privatrenten als Subventionsprogramm für die Finanzindustrie**

1994 verkündete die Weltbank, wegen der demografischen Entwicklung müsse weltweit die Rentenversicherung privatisiert und in Rentenfonds organisiert werden. Im Jahr 2000 beschloss die Europäische Union im Rahmen ihrer Lissabonstrategie genau das. 2001 wurde mit der Riester-Rente der erste große Privatisierungsschritt in Deutschland getan. Bis heute geht die Verarmung der Rentnerinnen und Rentner weiter, während Pensionsfonds die größten institutionellen Anleger auf den Finanzmärkten sind. Zahlreiche Maßnahmen der jüngsten Vergangenheit, nicht zuletzt mehrere Nullrunden und dann die Rente mit 67, führen dazu, dass die Sozialrente für die meisten Menschen nicht mehr zur Alterssicherung reichen wird. Die Bundesregierung fordert ausdrücklich die Stärkung der kapitalgedeckten Systeme und betreibt damit ein gigantisches Subventionsprogramm für die Finanzindustrie.

### **Aufhebung der Gesundheitssicherung für Arme**

Das angeblich zu teure deutsche Gesundheitswesen verlangt immer mehr private Zuzahlungen von den Versicherten und Kranken. Nirgendwo auf der Welt sind mehr Krankenhäuser privatisiert, immer mehr niedergelassene Ärzte geraten unter deren Kuratel. Dabei leidet die Versorgung der Patientinnen und Patienten in beiden Systemen.

Die von Anfang an allein von den Beschäftigten finanzierte Pflegeversicherung soll nunmehr praktisch völlig privatisiert werden. Der strukturell unterfinanzierte Gesundheitsfonds wird jetzt schon ausschließlich auf Kosten der Versicherten am Leben erhalten. Wahltarife, Ausweitung privater Versicherungsmöglichkeiten und vor allem die geplante Kopfpauschale und die Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge laufen zwingend auf eine Leistungskürzung der gesetzlichen Krankenkassen und auf die Durchlöcherung, wenn nicht weitgehende Aufhebung des Versicherungsschutzes für Arme hinaus.

*Zeugen für Anhörung VI:*

*Christian Christen , Volkswirt und Sozialökonom*

*Dagmar Paternoga, Sozialarbeiterin, Attac AG Genug für Alle*

## ANKLAGE IN BEWEISAUFNAHME III: VERSCHÄRFUNG DER KRISE

### ALLGEMEINE ANKLAGE

Nach Ausbruch der Bankenkrise waren aus Regierungskreisen rund um den Globus für eine kurze Zeit vollmundige Ankündigungen zu hören. Banken und Ratingagenturen sollten „an die Kette gelegt werden“, in allen politischen Lagern wurde von Verstaatlichung geredet und es klang so, als würde ein Wettstreit um die schnellsten Maßnahmen gegen künftige Krisen beginnen. Daraus ist allerdings nicht viel geworden.

Wir klagen die Vertreter der Regierung und Aufsichtsbehörden an, dringend notwendige Regulierungen der Finanzmärkte nicht nur nicht in Angriff zu nehmen, sondern sogar absichtsvoll zu verhindern. Besonders auffällig legten sich Regierungschefs für die Finanzunternehmen in ihrem eignen Land ins Zeug, sei es der britische Premier für die Londoner City oder Angela Merkel für die deutschen Banken. Das Ende der Krise ist weiterhin nicht in Sicht, aber die Angeklagten nehmen wissentlich in Kauf, dass das Finanzmarktcasino wieder eröffnet ist.

Wir klagen die gegenwärtige Bundesregierung an, der dramatischen Ungleichverteilung von Vermögen nicht entgegen zu wirken, obwohl diese eine der zentralen Ursachen der Krise war. Stattdessen wurde im Rahmen eines so genannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ durch Steuerermäßigungen für Wohlhabende die Umverteilung von unten nach oben weiter vorangetrieben und damit der Nachschub für künftige Finanzblasen ausgeweitet.

Wir klagen die Bundesregierung an, den sozialen Frieden zu gefährden und die Schere zwischen Arm und Reich weiter zu öffnen. Dazu werden mit Sicherheit die Maßnahmen beitragen, die durch die im Grundgesetz niedergelegte „Schuldenbremse“ erforderlich werden. Auf internationaler Ebene sorgt die anhalten-

de Politik der Exportüberschüsse für die weitere Destabilisierung der internationalen und der europäischen Wirtschaft und die noch größere Verschuldung der Importüberschussländer. Die sozialen Krisen an der Peripherie Europas wurden auch durch die Niedriglohn- und Exportpolitik der Bundesrepublik verursacht.

Wir klagen die Regierungen an, durch die Verhinderung der Einrichtung von öffentlichen, unabhängigen und demokratisch kontrollierten Ratingagenturen zukünftigen Krisen Vorschub zu leisten. Ratingagenturen werden noch immer von den zu bewertenden Instituten selbst bezahlt und haben immense wirtschaftliche und soziale Schäden bei der Verfolgung ihrer Geschäftsinteressen angerichtet. Die Stabilität des Finanzwesens ist ein öffentliches Gut und braucht öffentliche Kontrolle.

Wir klagen die Banken an, weiterhin auf volles Risiko zu gehen, obwohl sie von den dramatischen Folgen der Krisen wissen müssen. Sie kalkulieren damit, dass im Risikofall die öffentlichen Hände – also letztlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – einspringen, um ihnen die Kosten des Risikos abzunehmen. Wir klagen an, dass die Banken Geschäfte mit hohem Risiko machen und rücksichtslos hohe Renditen privat vereinnahmen und Verluste auf die Allgemeinheit abwälzen („moral hazard“).

Angeklagt sind an dieser Stelle:

Die Deutsche Bundesregierung, vertreten durch Dr. Angela Merkel; seit 2005 Bundeskanzlerin.

Die Deutsche Bank und der Bundesverband deutscher Banken, vertreten durch Dr. Josef Ackermann.

Die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank, vertreten durch Dr. Axel Weber, amtierender Präsident der Deutschen Bundesbank und Mitglied des Rats der Europäischen Zentralbank.



## I. DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK, VERTRETEN DURCH AXEL WEBER

Der Angeklagte Dr. Axel Weber war ab 2002 im wissenschaftlichen Beirat der Deutschen Bundesbank und Mitglied im „Rat der Wirtschaftsweisen“. Seit 2004 ist er Präsident der Deutschen Bundesbank, der stärksten Zentralbank in der EU. Er ist im Gespräch für die Nachfolge von Jean-Claude Trichet als Chef der Europäischen Zentralbank (EZB).

Wir werfen der Europäischen Zentralbank (EZB) vor, dass sie angesichts der Finanzkrise und der drohenden Kreditklemme die Geldhähne öffnete, ohne diese Politik des „billigen Geldes“ mit Schritten zu effizienten und zusätzlichen Regulierungsvorschriften zu begleiten – wozu die nationalen Zentralbanken, die Träger der EZB, durchaus Möglichkeiten und Kompetenzen haben. Wegen dieser Untätigkeit landeten die vielen hundert Milliarden Euro nicht bei der kreditsuchenden Realwirtschaft, sondern sie wurden über die Banken in Rohstoff-, Devisen- und Anleihengeschäfte gesteckt, womit neue, noch gewaltigere Spekulationsblasen aufgepumpt wurden. Das Volumen der Derivate, der „finanziellen Massenvernichtungswaffen“, ist heute höher als am Gipfelpunkt der letzten Spekulationswelle.

Für diese Politik der EZB trägt die Deutsche Bundesbank und ihr Präsident Axel Weber besondere Verantwortung. Die Bundesbank verfügt an der EZB mit über die größten Anteile, und das „billige Geld“ wurde zu über 50 % über den deutschen Markt abgewickelt. Die Banken können sich bei der EZB Geld zu 1% Zinsen leihen, geben es aber nicht weiter an die Unternehmen der realen Wirtschaft, sondern heizen die Spekulationen u.a. mit Währungen und Rohstoffen an und betreiben auch einen gewaltigen Handel mit Staatsanleihen, der ihnen teilweise über 6% Zinsen bringt und über die Spekulation mit den entsprechenden Kredit-

ausfallversicherungen (CDS) weitere Profite. Wollten Unternehmen der Realwirtschaft an dem Geldregen teilhaben, müssten sie Zinsen in dieser Höhe zahlen. Das könnten sie angesichts der Krise nur, wenn sie weiter aus ihrer Substanz Anteile an die Banken abgeben und/oder ihre Kosten beträchtlich nach unten drücken. Dieser Druck auf die Beschäftigten führt zu weiterer Arbeitsverdichtung, zu mehr Arbeitslosigkeit und zu noch geringeren Arbeitseinkommen, deren Zurückbleiben ein fundamentaler Faktor der Krise ist.

## II. DIE BUNDESREGIERUNG, VERTRETEN DURCH ANGELA MERKEL

### **1. Ausbleibende Regulierung der Finanzmärkte**

Wir klagen die Bundesregierung an, dringend notwendige Regulierungsmaßnahmen nicht in Angriff genommen zu haben. Dies sowohl in Deutschland als auch im Austausch mit anderen Regierungen, z.B. im Rahmen der Verhandlungen der G20.

Von den folgenden Maßnahmen, die zum Teil auf den G20-Gipfeln verhandelt, zum Teil von der Bundesregierung stark gemacht wurden, sind nur unzureichende Teilaspekte umgesetzt worden: Das Austrocknen von Steueroasen bzw. Offshorezentren; verbindliche, deutlich erhöhte Eigenkapitalanforderungen; eine strenge Beaufsichtigung oder gar Verstaatlichung der Ratingagenturen; die Verbriefung von Krediten nur mit einem Selbstbehalt; eine klare Begrenzung von Credit Default Swaps (Kreditausfallversicherungen); ein Verbot von sogenannten Nackten Kreditausfallversicherungen (naked CDS) und von Leerverkäufen, die Regulierung von Hedgefonds sowie die generelle Notwendigkeit einer internationalen Bankenaufsicht. Es fehlt nicht nur der Reformwille zur Neuordnung der internationalen Finanzarchitektur. Durch intensive



Einmischung von Finanzmarktlobbyisten und tatkräftige Verhinderung verbindlicher Vereinbarungen durch Regierungen schlittert der Finanzmarktkapitalismus in die nächste große Krise.

Wir klagen die Bundesregierung an, statt effektive Reformen auf den Weg zu bringen, mit viel Getöse die Beschränkung von Bonus- und Prämienzahlungen debattiert zu haben. Damit wurde nur von den wesentlichen Fragen und der Notwendigkeit effektiver Regulierung der Finanzmärkte abgelenkt. Auf der Strecke blieben auch Maßnahmen gegen das „too big to fail“ der Banken. Bundeskanzlerin Merkel hatte dies noch 2008 als zentrales Motiv genannt, dann aber nichts unternommen, um von der faktischen staatlichen Erhaltungsgarantie für hilferufende Großbanken wegzukommen.

## 2. Maßnahmen absichtlich vereitelt

Beim G20-Gipfel in Pittsburgh war es die Bundeskanzlerin Angela Merkel, die eine verbindliche Absprache zu Eigenkapitalanforderungen und Begrenzungen von Hebeln bei Finanztransaktionen torpedierte. Sie bestand darauf, auf einen konkreten Termin zur Festlegung neuer Regeln zu verzichten und die Banken zu den Vorschlägen zu befragen.

Vollmundig erklärten die G20 den Kampf gegen Steueroasen zu ihrer Aufgabe. Die Kriterien, auf die man sich schließlich einigte, waren dazu allerdings vollkommen ungeeignet. Anzuklagen ist hier auch der neue Finanzminister Wolfgang Schäuble, der nach diesen Kriterien den Kampf gegen Steueroasen einstellte. Dass die Existenz von Steueroasen damit keineswegs aus der Welt geschafft war, bewies er schon wenige Wochen später dadurch, dass er für hohe Summen CDs mit Daten von Steuerflüchtlings aus der Steueroase Schweiz kaufte.

## 3. Keine Impulse für eine internationale Lösung

Sowohl auf der Ebene der EU als auch der G20 oder des

IWF gab es bisher keine bindenden und der Dramatik der Krise Rechnung tragenden Vereinbarungen zur internationalen Regulierung der Finanzmärkte.

Wir klagen die Bundesregierung an, hier zu wenig zu tun, um großen Schaden von der Gesellschaft in diesem Land und weltweit abzuhalten. Die Berliner Regierung hätte auf die Empfehlungen zur Regulierung der Finanzmärkte zurückgreifen können, die 2002 von einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages erarbeitet worden sind.

Weiterhin fehlt eine transnationale Aufsicht für transnationale Finanzinstitute. Die Aufsicht muss auch die Möglichkeit und Kompetenz einschließen, bestimmte Geschäfte, Institute oder auch Finanzplätze zu schließen.

## 4. Keine finanzielle Beteiligung von Verantwortlichen und Profiteuren

Die Bundesregierung hat bis heute keinen ernsthaften Versuch unternommen, die Gläubiger der Krisenbanken wirklich heranzuziehen. Im Gegenteil wurden Deutsche Bank, Allianz und Co. durch Geheimhaltung abgeschirmt von jeder Nachfrage zu ihrer Rolle bei der Krisenentwicklung.

Auf Forderungen aus der Zivilgesellschaft und von namhaften Ökonomen nach einmaligen Maßnahmen wie einer Vermögensabgabe und langfristiger Beteiligung Vermögenger durch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer hat die Bundesregierung nicht reagiert. Stattdessen nimmt die Angeklagte hin, dass erneut bei denen gekürzt wird, die nie von den Finanzmarkt-Risikogeschäften profitiert haben.

Der Bundeshaushalt 2010 weist eine Rekordverschuldung auf, die kaum ohne weitere harte Einschnitte abzutragen sein wird. Die ab 2011 greifende Schuldenbremse wird die Situation noch einmal verschärfen, die Angeklagten riskieren hier griechische Verhältnisse in der BRD.

## **5. Komplizenschaft von Regierung, Banken und Aufsicht zu Lasten der Bevölkerung**

Die enge Zusammenarbeit und Verfilzung von Unternehmen, Finanzinstituten und Regierungen war ebenfalls eine der zentralen Ursachen der Krise. Der breiten Bevölkerung wurde dadurch die demokratische Kontrolle weitgehend entzogen.

Die Angeklagte Merkel ergriff keine Maßnahmen, um die Drehtüren von der Finanzaufsicht in die Branche und zurück zu blockieren: Die Deutsche Bank holte im Krisenjahr 2008 Malcolm Knight, den Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zu sich, der nun die Kontakte zu seinem früheren Arbeitgeber BIZ pflegt. Im selben Jahr wechselte Helmut Bauer von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in die neue Abteilung „Aufsichts-Angelegenheiten“ bei der Deutschen Bank. 2006 bereits wechselte der ehemalige Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser zur Deutschen Bank. Zugleich platzieren die Banken immer wieder eigene Leute im Finanzministerium.

Die Bundesregierung hat es außerdem unterlassen, die skandalöse öffentliche Subventionspolitik zu Gunsten der Banken einzuschränken. Das billige Geld der Zentralbank stattet die privaten Banken mit der Liquidität aus, die es ihnen ermöglicht, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte gegen hohe Zinszahlungen (gemessen an den Zinsen, die Banken für Zentralbankgeld zu zahlen haben) zu finanzieren. Da Staatsanleihen als sehr sicher gelten, sparen die Banken sich hier lästige Eigenkapitalrücklagen und können die Zinsdifferenz voll für sich verbuchen. Im Falle des krisenbelasteten Griechenlands können sie hohe Risikoaufschläge erheben und die ebenfalls einstreichen.

*Zeuge für Punkt II: Sven Giegold, MdEP („Die Grünen“)*

## **III. DIE DEUTSCHE BANK UND DER BUNDESVERBAND DEUTSCHER BANKEN**

### **1. Torpedierung von Regulierungsbemühungen**

Der Bundesverband deutscher Banken und weitere Lobbyisten der Finanzbranche investieren viel Zeit und Kraft in die Verhinderung von Regulierungen. Sie haben dabei allein ihre eigenen Vorteile im Blick und noch nicht einmal eine längerfristige Perspektive für die Finanzmärkte. Sie nahmen bereits vor Ausbruch der jüngsten Krise massiv Einfluss auf die Politik, taten das während der Krise und führen es nun fort. Jeder Abgeordnete des zuständigen Ecofin-Ausschusses des Europäischen Parlaments bekam im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Begrenzung von Hedgefonds Besuch von durchschnittlich 35 Lobbyisten. In den USA, wo ein Lobbyistenregister geführt wird und immerhin ein wenig Transparenz herrscht, verdreifachte die Hedgefondsbranche mit Beginn der Krise ihre Ausgaben für Lobbyarbeit. In Deutschland sind die Informationen schwerer zu bekommen. Einen Hinweis geben vielleicht die Parteispenden. Allein die Deutsche Bank überwies 2008 je 200.000 Euro an die CDU und die FDP, 100.000 Euro gingen an die SPD. Die Commerzbank bedachte CDU und SPD mit jeweils 100.000 Euro. Vom Kölner Bankhaus Sal. Oppenheim flossen je 100.000 Euro an CDU und FDP, an beide gingen auch jeweils 100.000 Euro von der Allianz Vermögensberatung. Das Hamburger Bankhaus Berenberg spendete 100.000 Euro an die CDU und der Allianz-Konzern je 60.000 Euro an CDU, CSU, SPD und Grüne, die FDP bekam 50.000 Euro.

### **2. Spekulation gegen Griechenland**

Der Angeklagte Ackermann trägt als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank die Mitverantwortung dafür, dass Griechenland, einem souveränen Staat, der

Staatsbankrott droht. Die Deutsche Bank hat sich zusammen mit anderen Finanzinstituten, wie z.B. Crédit Suisse, UBS, Société Générale, BNP Paribas an den Spekulationen mit griechischen Staatsschulden beteiligt und dadurch Milliarden Gewinne verbucht.

Der Angriff der Spekulanten funktioniert nach demselben Prinzip, das im September 2008 zur Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers geführt hat, sozusagen treten an die Stelle der „subprime“-Hypothekenschulden die öffentlichen Schulden.

Ein Dutzend Banken, darunter Goldman Sachs und JP Morgan, haben einen Index entworfen, an dem sich ablesen lässt, wie hoch das Risiko ist, dass Griechenland oder andere Schuldenstaaten pleite gehen. Seine Berechnungsgrundlage sind die sogenannten Credit Default Swaps (CDS), also Versicherungen auf Kreditausfälle – in diesem Fall Staatsschulden, die bei einem Staatsbankrott nicht zurückbezahlt werden können. Banken spekulieren nun auf steigende CDS-Papiere. Durch den Massenkauf von griechischen CDS schießt deren Preis spekulationsgetrieben in die Höhe. Dadurch entsteht der Eindruck, dass sich die reale Lage in Griechenland verschlechtert hat, wodurch griechische Staatsanleihen verteuert werden (es fällt eine höhere Risikoprämie an), was wiederum den Preis für die Versicherung auf Kreditausfälle griechischer Staatsanleihen, die CDS, weiter in die Höhe treibt. Das hat zur Folge, dass griechische Staatsanleihen immer teurer werden, dass der verschuldete Staat Griechenland Schwierigkeiten hat, seine Schulden zu refinanzieren, und daher gezwungen ist, eine neoliberale Politik des Sozialkahlschlags zu verfolgen.

Sollte Griechenland tatsächlich pleite gehen, wären die Anleihen, in die auch deutsche Banken im großen Stil investiert haben (z.B. HRE 9,1 Mrd., Commerzbank 4,6 Mrd. Euro) nichts mehr wert. Das eröffnet neue Spekulationsoptionen: Die Finanzmärkte wetten darauf, dass die EU Griechenland im Zweifel nicht fallen lässt, sondern notfalls die europäischen Steuerzahler zur Kasse bittet, um die Gläubiger Griechenlands, also die

mit griechischen Staatsanleihen und CDS spekulierenden Banken, freizukaufen.

So lange verdienen die Banken an ihren Kreditversicherungen und gleichzeitig an den risikobedingt steigenden Zinsen für die griechischen Staatsanleihen. Daraus und aus anderen Geschäften sind Forderungen deutscher Banken von fast 43 Milliarden Euro gegenüber Griechenland entstanden.

Der Angeklagte nimmt die dramatische Lage Griechenlands und die zunehmende Not seiner Bewohner in Kauf. Für die Deutsche Bank ist die Griechenland-Krise eine Goldgrube.

Auch die zunehmenden Staatsschulden anderer Länder, die wiederum durch die Bankenrettung dramatisch erhöht worden sind, bringen Geld in die Kassen der Banken, denn sie sind es, die Staatsanleihen mit dem billigen EZB-Geld in großer Zahl aufkaufen. Für die Bankenrettung zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler also doppelt und dreifach.



## BEWEISAUFNAHME I VORBEREITUNG DER KRISE UND AUSHÖHLUNG DER DEMOKRATIE

---

### **Die Finanzkrise ist kein Naturereignis**

Die Regierungen Schröder und Merkel verfolgten eine Politik der Deregulierung und Liberalisierung. Durch Niedriglohnpolitik und Absenken der Steuern für Unternehmen und hohe Einkommen sammelte sich immer mehr Vermögen bei den Reichen zu Lasten derer, die lediglich ihre Arbeitskraft zur Lebenssicherung hatten. Auch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben wie der Renten blähte die Finanzmärkte auf.

### **Finanzmärkte ohne Kontrolle**

Finanzmarktakteure konnten und können mit brandgefährlichen Instrumenten und minimalem Eigenkapital Billionen bewegen. Gesetzgeber und Bankenaufsichten in Deutschland, der EU und weltweit haben nicht nur zugesehen, sondern diesen Prozess gefördert, um ihre jeweiligen Finanzstandorte zu stärken (s. S. 46). Der Crash war absehbar.

### **Demokratie in Gefahr**

Die Bankenrettungen waren und sind von Geheimhaltung und Verschleierung umgeben. Mit dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) wurde ein Schattenhaushalt mit einem Budget von 480 Milliarden Euro eingerichtet, der einer Kontrolle durch Parlament und Öffentlichkeit faktisch entzogen ist (s. S. 48). 480 Milliarden – das ist das Anderthalbfache des Bundeshaushalts.

### **Wir fragen**

Warum wurden frühzeitige Alarmsignale und mahnende Stimmen überhört? Wie konnte es dazu kommen, dass die Regierung erst zu handeln begann, als der Schaden unüberschaubar war und die Kosten astronomisch (s. S. 53)? Warum erfolgte die Bankenrettung zum größten Teil auf Kosten der Steuerzahler ohne die Finanzwelt angemessen zu beteiligen? Wie kann es sein, dass gerade diejenigen, die an der Entstehung der Krise mitgewirkt hatten, als Berater für die Rettungsmaßnahmen herangezogen wurden?

## DIE GESCHICHTE VON DER DEREGULIERUNG

### Ein Schelm, wer nicht an Zufall glaubt – oder: Die Chronik einer angekündigten Krise

von Philipp Hersel

„Wir brauchen Regeln, damit der Staat nie wieder von den Banken erpresst werden kann“. So klingt das, wenn die Bundeskanzlerin wutschnaubend vor Empörung kocht. Oder zumindest so tut.

Die Geschichte allerdings zeigt: So richtig ernst wird das mit den „Nie wieder“ nun auch wieder nicht genommen, zumindest nicht von der Bundeswehr, aber sei's drum

Verwundert reibt man sich jedoch die Augen, wenn man sich die Geschichte der Finanzmärkte anschaut. So richtig überrascht haben kann das doch eigentlich niemanden! Und wutschnaubende Empörung klingt dann auch nicht mehr sonderlich überzeugend.

In der Vergangenheit hat die deutsche Politik vorhandene Dämme durchlöchert statt verstärkt. Hier gibt es eine Kontinuität von den Regierungen Schmidt und Kohl über die Regierung Schröder bis zu den beiden Regierungen Merkel.

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg existierten nicht nur in Deutschland noch sehr strenge Kapitalverkehrskontrollen. Weltweit gab es ein System fester Wechselkurse und die Vorstellung, der Mensch solle sein Kapital von heute auf morgen einfach so in ein anderes Land verschieben können, wäre von den meisten Ökonomen und Psychiatern als krankhafte Wahnvorstellung behandelt worden.

Nicht nur in Deutschland wurden ab den späten 1960er Jahren die Schranken für den internationalen Kapitalverkehr Schritt für Schritt gelockert. Schon 1973 war das internationale System fester Wechselkurse daran zerbrochen, dass sich international immer mehr privates Geld bewegen durfte, gegen das die Notenbanken die Wechselkurse nicht mehr stützen konnten – und wollten.

Bis 1981 hat die damalige Koalition unter dem SPD-Kanzler Schmidt die restlichen noch bestehenden Beschränkungen des Kapitalverkehrs abgeschafft. Ein Zwang hierzu bestand nicht. Vielmehr glaubte man, dass die Märkte so effizienter und stabiler würden und Unternehmer so leichter an Kapital für Investitionen kommen könnten. Dieser Irrglaube ist seither in vielen Finanzkrisen widerlegt worden.

Nachdem alle Kontrollen des Kapitalverkehrs beseitigt waren, ging es fortan ums Fördern von Kapitalanlegern und Investoren. Dabei war die Regierung Kohl zunächst besonders aktiv. Mit der Börsengesetznovelle von 1989 wurde die Spekulation mit Wertpapieren und Edelmetallen erleichtert. Zum Beispiel konnte nun im sogenannten Terminhandel auf den zukünftigen Preis von Gold oder Schweinehälften gewettet werden. Weiter ging es mit drei „Finanzmarktförderungsgesetzen“ zwischen 1990 und 1998. Die Förderung ging von der Streichung der Börsenumsatzsteuer über die Zulassung von reinen Geldmarktfonds bis hin zur Erlaubnis, dass auch Investmentgesellschaften mit Termingeschäften spekulieren durften.

1994 wurde das „Investitionsklima“ durch das Umwandlungsgesetz noch angenehmer, denn es erlaubte Unternehmen, Schulden auf ein übernommenes Tochterunternehmen zu übertragen. Das war eine wichtige Voraussetzung für das Geschäftsmodell von Private-Equity-Fonds, den sogenannten Heuschrecken. Diese Fonds wurden von Banken mit billigem Kredit versorgt, haben damit auf Pump eine Firma gekauft und die Schulden aus dem Kauf dann auf diese Firma überschrieben. Danach war aus einer gesunden Firma eine hoch verschuldete Firma geworden, deren Mitarbeiter weniger Lohn und schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren mussten, um die Schulden der Firma zahlen zu können.

Die Regierung Schröder legte dann im vierten Finanzmarktförderungsgesetz nach. Unter anderem wurden die Geschäftsmöglichkeiten für Finanzinvestoren erweitert: Immobilienfonds etwa durften nun ohne Beschränkung weltweit Immobilien kaufen. Der damalige Finanzminister der rot-grünen Koalition, Hans Eichel, hat mit der Steuerreform 2000 nicht nur die Unternehmensteuer drastisch gesenkt. Als ein besonderes Geschenk für die Finanzbranche entpuppte sich ein Hinweis im Kleingedruckten. Ab 2002 würde bei Gewinnen aus dem Verkauf von Anteilen an Aktiengesellschaften und GmbHs kein Cent Steuern mehr zu zahlen sein. Mit der rot-grünen Nullsteuerlösung hatten selbst die größten Lobbyisten nicht gerechnet. Kurz zuvor hatte der Chef der Allianz Schulte-Noelle lediglich ein Absenken des Steuersatzes auf 20 Prozent gefordert. In der Finanzbranche knallten angesichts des völlig unerwarteten Geschenks die Champagnerkorken. Mit einem kräftigen „Danke, Gerd!“ bedankte sich die Anlegerzeitung „Euro am Sonntag“ bei Kanzler Schröder. Das Handelsblatt zitierte Börsianer mit den Worten „Das ist eine Bombe, wenn es so kommt.“ Und es kam so. Die Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen stellt bis heute eine Einladung an Finanzinvestoren dar, sich reichlich in Deutschland zu bedienen. Ohne dieses nachhaltig wirkende Steuergeschenk der rot-grünen Regierung würde sich so manche Übernahme nicht lohnen. Nicht nur beim Kauf würden Steuern fällig, auch ein anschließendes Filetieren des Unternehmens würde sich wegen weiterer Steuern beim Verkauf oftmals nicht lohnen. Die Förderung geht weiter: 2004 folgte das „Investmentmodernisierungsgesetz“ durch die rot-grüne Regierung. Der Finanzplatz Deutschland müsse weiter gestärkt werden, so die Begründung. Hedge-Fonds als „Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“ wurden erstmals auch in Deutschland zugelassen. Gleichzeitig haben Private-Equity-Fonds einen weiteren wichtigen Steuervorteil eingeräumt bekommen: Gewinne auf Fondsebene bleiben steuerfrei. Die

Besteuerung erfolgt erst bei Gewinnausschüttung an die Kapitaleigner. Sitzen die im Ausland, schaut der deutsche Staat in die Röhre.

Ähnlich wurde dann von der CDU-SPD-Koalition mit Immobilien verfahren: Sie rief sogenannte Real-Estate-Investment-Trust (REIT) ins Leben und begünstigte sie steuerlich massiv. Wie die meisten Private-Equity-Fonds müssen auch REITS keine Gewerbesteuer zahlen.

Damit nicht genug: Im Sommer 2007 bereitete Steinbrück ein neues „Wagniskapitalbeteiligungsgesetz“ vor. Die Gewerbesteuerfreiheit der Private-Equity-Fonds wird zementiert und ihre Fondsmanager erhalten besondere Einkommensteuervorteile.

Ja, wirklich alles furchtbar ungerecht, diese massiven Steuergeschenke. Was hat das aber mit den Finanzmärkten zu tun? Ganz einfach: diese Steuergeschenke sind neben den Steueroasen, den stagnierenden oder fallenden Löhnen und dem Sozialabbau der wesentliche Grund dafür, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Diese sozial ungerechte Entwicklung kommt zwar von der Wirtschaft, sie geht aber auch in die Wirtschaft zurück. Wer arm ist, kann sich nur wenig kaufen. Wer reich ist, kann und will hingegen sein ganzes Geld kaum ausgeben. Wenn die Reichen aber Sparen, wohin dann mit den Ersparnissen? Na klar: auf die Bank, an die Börse. Und die Bank: wem soll sie das Geld denn leihen? Viele Unternehmen machen wegen niedriger Löhne und Steuern so gute Gewinne, dass sie nicht nur ihre Aktionäre mit Geld überschütten, sondern sogar ihre Investitionen gleich noch aus eigener Tasche zahlen können. Bankkredite werden dann kaum mehr gebraucht! Und wenn so viele Menschen arm sind und wenig kaufen, braucht es auch weniger Produktionsstätten, also sowieso weniger Investitionen. Stattdessen gehen auch die Unternehmen

zusammen mit den Banken mit dem gesamten Geld ins Casino. Weltweite Rohstoffmärkte, Immobilienmärkte, komplizierte Finanzprodukte, gigantische Unternehmensübernahmen, überall dahin fließt das Geld. Was aber passiert, wenn immer mehr Reiche und Superreiche und immer mehr Banken und Fonds immer mehr der selben Aktien, Rohstoffe, Häuser und Fonds kaufen? Na logisch: die werden immer teurer. Es entstehen Preisblasen, die nichts mehr mit der Wirklichkeit zu tun haben. Denn es werden ja nicht mehr Firmen, nicht mehr Werkhallen, und es wird nicht mehr produziert. Irgendwann bricht das Kartenhaus zusammen, der Kettenbrief reißt, die Blase platzt. Weil viele vor dem Platzen aber noch die Gewinne eingestrichen und die Aktien und Häuser verkauft haben, sind sie noch sehr viel reicher geworden. Die Banken, Fonds und Unternehmen hingegen sind die sprichwörtlichen Kartenhäuser. Und damit die nicht beim Zusammenbruch die gesamte Gesellschaft unter sich begraben, hat der Staat sie stabilisiert. Super, nää?

Wer also weniger Krisen will, muss auch weniger Reiche und mehr Steuern für Reiche wollen. Der muss auch weniger Großbanken und mehr Regeln für Banken wollen. Und der muss weniger Kettenbriefe und mehr Ketten fürs Kapital wollen. 🗨️



## EIN PARLAMENT ENTMACHTET SICH SELBST

von Harald Schumann

**Die Regierung vergibt Steuermilliarden an kriselnde Banken – und legt niemandem Rechenschaft über ihr Handeln ab. Ein kleines Parlamentsgremium darf Fragen stellen, doch die Antworten müssen geheim bleiben. Sechs Volksvertreter berichten von der Selbstentmachtung des Bundestages.**

Wenn Albert Rupprecht über seine derzeit wichtigste Aufgabe spricht, spart er nicht an dramatischen Worten. Über „schwerste Verwerfungen“ oder „gefährliche Gratwanderungen“ redet er dann und über „die Katastrophe, die wir jeden Tag verhindern müssen“. Das klingt nach Notarzt oder Bergwacht, aber Rupprecht befasst sich nicht mit der Rettung von Menschen, sondern mit der Rettung von Banken. Der studierte Volkswirt vertritt für die CSU im Bundestag den Wahlkreis Weiden und führt den Vorsitz in jenem Gremium des Parlaments, das Finanzminister Peer Steinbrück und dessen „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (Soffin) kontrollieren soll.

Da ist ein wenig Dramatik schon nützlich. Denn sie hilft Rupprecht einen Vorgang zu rechtfertigen, der so gar nicht den Grundregeln der parlamentarischen Demokratie entspricht: Mit bis zu 480 Milliarden Euro aus Steuergeldern, mehr als dem Doppelten des jährlichen Bundesetats, soll Deutschlands Bankensektor vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Doch wer dabei zu welchen Konditionen profitiert, darüber entscheiden nicht die gewählten Vertreter der Steuerzahler, sondern nur ein vom Minister eingesetzter „Lenkungsausschuss“ unter Leitung des Finanzstaatssekretärs Jörg Asmussen. Der Bundestag selbst, so beschloss es die Große Koalition im vergangenen Oktober, verzichtet ausgerechnet bei der umstrittenen Bankensanierung mit Staatsgeldern auf sein wichtigstes Recht: die Kontrolle über die Staatsausgaben.

### **Ausschuss mit Maulkorb**

Lediglich ein kleines Gremium von neun Abgeordneten aus dem Haushaltsausschuss wurde eingesetzt, dem die Bankenretter einmal pro Sitzungswoche ihre Entscheidungen mitteilen. Immer am Freitagmorgen trifft die Gruppe mit Asmussen oder dem parlamentarischen Staatssekretär Karl Diller sowie Hannes Rehm, dem operativen Chef des Soffin, zusammen und darf Fragen stellen. Ablehnen oder ändern können die Parlamentarier die Beschlüsse jedoch nicht. Und selbst die Unterrichtung ist geheim. Weder ihren Kollegen noch ihren Wählern dürfen die neun Auserwählten die erhaltenen Informationen weitergeben. Wer dagegen verstößt, dem droht eine Anklage wegen Geheimnisverrats und im schlimmsten Fall eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren. Handelt es sich also nur um eine pseudodemokratische Veranstaltung nach dem Modell Nordkorea? Und wie vereinbaren die Abgeordneten das mit ihrem Selbstverständnis als Volksvertreter?

Rupprecht, ein smarterer Dynamiker mit Oberpfälzer Akzent, kontert mit einer Gegenfrage: „Was wäre die Alternative?“ Würde der Bundestag öffentlich über die Staatshilfe für einzelne Banken debattieren, „würde das doch sofort zu Verwerfungen auf den Märkten führen“, rechtfertigt er das Verfahren. Aktienwerte könnten abstürzen oder Banken ihren Kredit bei anderen Marktteilnehmern verlieren. Das Überleben der Geldkonzerne dürfe aber nicht vom Parteienstreit abhängig sein. Gewiss, die Öffentlichkeit würde mehr erfahren, „aber das Ergebnis wäre nicht Klarheit, sondern noch viel größere Unsicherheit“, behauptet er. Insofern sei das Geheimgremium „der beste Kompromiss“. Und schließlich, so versichert er, werde dort „scharf nachgehakt, gerade auch von mir.“ Auch Carsten Schneider, Sprecher für Haushaltspolitik bei der SPD-Fraktion, hat mit dem Konstrukt kein Problem. Schließlich sei dies „eine bewusste Entscheidung“ gewesen und ohnehin wolle er sich „nicht anmaßen, zu entscheiden,

welche Bank Bürgschaften und Kapitalhilfen erhält“. Das liege „bei der Exekutive“ in guten Händen.

### **Linkspartei: Das Parlament hat sich entmündigt**

Das sieht Roland Claus, der für die Linksfraktion dabei ist, naturgemäß anders. Das Parlament habe „sich entmündigt“, klagt der Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt, und seine Sorgenfaltenmiene zeigt an, wie schwer ihm die Mitarbeit in dem rechtlosen Ausschuss fällt. Indirekt übernehme er schon „die Mitverantwortung für die Täuschung der Öffentlichkeit“, gesteht er. Gleichwohl sei das Gremium „besser als nichts“. Auf diesem Wege könne zumindest im Nachhinein die Verantwortung für die Milliardenzuteilungen geklärt werden. Auch Alexander Bonde, der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, empfindet den Umgang der Bankenretter mit dem Parlament als Zumutung. „Eigentlich“ sagt er, „eigentlich ist all das mit der Ehre eines Haushälters im Bundestag nicht vereinbar.“

Dabei stört ihn weniger die Geheimhaltung als vielmehr die Impotenz des Gremiums. Um wirklich kontrollieren zu können, „müssten wir selbst die Akten aus den Banken prüfen.“ Auch müssten die Abgeordneten das Recht haben „die verantwortlichen Manager vorzuladen und zu befragen“, fordert Bonde. Weil ihm das verwehrt sei, erfahre der Ausschuss stets nur das, was Steinbrücks Staatssekretäre oder Soffin-Chef Rehm preisgeben wollen. Und das sei bisher noch immer zu wenig gewesen, klagt auch der CDU-Haushälter Jochen-Konrad Fromme. Fortwährend müsse man „um Informationen betteln“, die eigentlich selbstverständlich seien. Und das, obwohl bis Ende Februar schon Bürgschaften für 178 Milliarden Euro übernommen wurden. Weitere 19 Milliarden Euro an Kapitalhilfen sind bereits genehmigt, so viel, wie alle deutschen Universitäten pro Jahr kosten.

An einem Punkt immerhin wagten Fromme und seine Kollegen schon einmal den Aufstand. Öffentlich bezogen die Kontrolleure aus Union und Opposition gegen die bereits zugesagte Bürgschaft für die Volksbankenbank Stellung. Dabei gehe es „nur um Verkaufsförderung“, ärgert sich Fromme. Halte „die Exekutive“ dennoch an dem Plan fest, müsse sie mit „einer Gegeninitiative im Haushaltsausschuss rechnen“, droht er.

### **Verteilung der Bankenrettungsgelder ist nicht diskutiert worden**

Doch angesichts der Dimension der teuren Sanierungsfälle wie Commerzbank und Hypo Real Estate (HRE) mutet der Streit um die Autobanken eher wie eine Ersatzhandlung an. Denn gleichzeitig sind bisher ganz zentrale Fragen bei der Verteilung der Bankenrettungsgelder im Ausschuss nicht einmal diskutiert worden.

Zum Beispiel jene nach dem eigentlichen Ziel der ganzen Milliardenoperation. Alle Verantwortlichen reklamieren stets, es sei die schiere Größe der in Schieflage geratenen Geldhäuser, die den Staat zur Übernahme des Risikos zwingen. Den Zusammenbruch eines großen Geldhauses könne man nicht riskieren, weil damit viele andere Finanzinstitute in den Abgrund gezogen würden. Aber Steinbrücks Bankenrettung hat nun genau diese Gefahr noch verschärft: Mit 18 Milliarden Euro subventioniert der Soffin die Fusion von Commerzbank und Dresdner Bank und schafft so einen noch größeren Geldriesen. Trotzdem stellten die parlamentarischen Soffin-Wächter den Deal nicht einmal in Frage. Der „enorme Zeitdruck“ habe dafür keinen Raum gelassen, rechtfertigt Vorsitzender Rupprecht das Hauruck-Verfahren. Zudem hätte der Allianz-Konzern, der vormalige Eigentümer der Dresdner Bank, „ein Riesenproblem“ bekommen, wenn die Fusion gescheitert wäre. Diese sei bei der Entscheidung Anfang Januar vertraglich schon fest gebunden

gewesen, meint auch Florian Toncar, der die FDP im Gremium vertritt. Doch beide müssen einräumen, dass sie weder den Fusionsvertrag kennen, noch geprüft haben, ob die Allianz, immerhin Europas größter Finanzkonzern mit knapp acht Milliarden Euro Gewinn im Jahr 2007, die Sanierung der Dresdner nicht aus eigener Kraft hätte stemmen können.

Genauso undurchsichtig blieben die Kosten der Commerzbank-Operation. Dabei erwarb der Bund zunächst für 1,8 Milliarden Euro 25 Prozent der Aktien. Doch der angesetzte Kurs lag „60 Prozent höher als an der Börse“, erinnert sich Toncar. Genauso gut hätte der Aktienkauf zum Marktkurs auf die laut Soffin-Gesetz erlaubten 33 Prozent Anteil erhöht werden können, meint der jüngste FDP-Abgeordnete, der als Experte für Wettbewerbsrecht nicht verhehlen kann, wie groß seine Bedenken sind. Wie die Commerzbankhelfer ihre „Begünstigung der Altaktionäre“ begründeten, darf er jedoch nicht erzählen. Parlamentarische Kontrolle sieht anders aus.

### **Commerzbank wird den Bundeshaushalt für viele Jahre mit Schuldzinsen belasten**

Das gilt auch für den zweiten Teil des Commerzbank-Deals. Für volle 16,4 Milliarden Euro kaufte der Soffin sogenannte stille Anteile, die mit neun Prozent im Jahr verzinst werden sollen. Insofern sei das „ein gutes Geschäft“ für den Staat, erklärte daraufhin Commerzbank-Boss Martin Blessing. Schließlich könne sich der Bund das Geld für nur drei Prozent Zins leihen und die Differenz einstreichen. Doch Blessings Darstellung ist grob irreführend. Denn die jährlich fälligen Zinsen in Höhe von 1,4 Milliarden Euro fließen nur, wenn es entsprechende Gewinne gibt. Aber selbst in besten Zeiten kam die Bank nur auf 1,8 Milliarden Euro Gewinn. Und auch wenn es erneut dahin käme, müsste sich die Staatskasse den Gewinn mit zahlreichen weiteren Kapitalgebern teilen. Noch für viele Jahre wird die Commerz-

bank den Bundeshaushalt daher mit Schuldzinsen von bis zu 500 Millionen Euro belasten – fast so viel, wie der Berliner Senat für alle Kitas der Stadt im Jahr benötigt.

Wäre es also nicht die ureigenste Aufgabe der Soffin-Wächter, Blessings Sprüchen öffentlich entgegenzutreten? SPD-Haushälter Schneider zögert kurz und stimmt dann zu. „Ja, das müsste man eigentlich klarstellen“, sagt er. Dass es dennoch bisher nicht geschehen ist, zeigt an, wie sehr die Abgeordneten mit der Zwitterrolle von Geheimnisträger und Volksvertreter überfordert sind. Er müsse sich eben stets fragen, „darf ich das eigentlich sagen?“, erklärt Schneider.

Völlig ausgeblendet blieb so bisher auch die vielleicht wichtigste aller Fragen, die in anderen Staaten längst hohe Wellen schlägt: Wer sind die Begünstigten? Wer sind die Gläubiger der Banken, die jetzt mit Steuergeld freigekauft werden? Und könnten jene, die das Spielgeld für die riskanten Investments bereitstellten, nicht auch ihren Anteil zur Sanierung leisten?

### **Deutsche Bank kassiert zwölf Milliarden Dollar von den Rettungszahlungen für AIG**

Die Senatoren im US-Kongress etwa halten da nicht länger still. Als Anfang des Monats die Zahlungen für den Geldkonzern AIG auf mehr als 160 Milliarden Dollar anwuchsen, forderten sie ultimativ die Namen aller Geldhäuser, mit denen die AIG-Manager jene riskanten Kreditversicherungen abgeschlossen hatten, für deren Auszahlung die Steuermilliarden fließen. Der zuständige Vizegouverneur der Notenbank verweigerte zunächst die Auskunft. „Die Leute würden keine Geschäfte mehr mit AIG machen, wenn wir die Namen herausgeben würden“, erklärte er. Aber damit kam er nicht durch. Die Regierung brauche weitere Rettungsgelder gar nicht mehr zu beantragen, wenn sie nicht Auskunft gebe, stellten die Senatoren klar. „Sie

würden das größte Nein zu hören bekommen, das sie je erlebt haben“, schleuderte einer der erbosten Parlamentarier dem Bankenlobbyist im Amt entgegen. Notgedrungen machte das AIG-Management daraufhin die Namen der Gläubiger öffentlich, und heraus kam so, dass darunter zahlreiche Großbanken aus aller Welt waren, die durchaus einen Anteil an den Ausfällen hätten schultern können. Zum Beispiel die Deutsche Bank, die allein fast zwölf Milliarden Dollar von den Rettungszahlungen für AIG kassierte.

Von solchem Mut zur Transparenz sind die Soffin-Wächter weit entfernt. Für FDP-Haushälter Toncar ist der mangelnde Wille zur Kontrolle vor allem „Ausdruck einer Schwäche unseres Systems“. Amerika habe eine „echte Gewaltenteilung“, weil Regierung und Parlament getrennt gewählt werden. Hierzulande sei die Parlamentsmehrheit dagegen stets auch Teil der Regierung. Aber „ordnungspolitisch gesehen müssten die Gläubiger natürlich auch herangezogen werden.“

### **Washingtons Abgeordnete fordern Antworten, in Berlin hält man still**

Rupprecht, der CSU-Mann und damit auch Regierungsvertreter, kann sich das jedoch nicht vorstellen. Die Hartnäckigkeit der US-Kollegen sei „schon sympathisch“, räumt er ein. Aber mögliche Verhandlungen mit Gläubigern „würden doch Monate dauern“, dazu ließe die Eskalation der Krise aber keine Zeit. Mit Zeitmangel erklärt auch SPD-Haushälter Schneider, warum er über die Begünstigten nichts weiß. Aber „die Debatte muss geführt werden“, stimmt Schneider zu.

Zumindest im Fall des Milliardengrabs HRE bleibt den Bankenrettern womöglich auch gar nichts anderes übrig. Wenn die jüngsten Gerüchte aus Kreisen der Bankenaufsicht zutreffen, dann könnten die Verluste der HRE auf eine dreistellige Milliardensumme steigen – und damit den erlaubten Kreditrahmen des Soffin

in Höhe von 80 Milliarden Euro weit überschreiten. Spätestens dann werden sich auch die Volksvertreter im Bundestag der Frage stellen müssen, ob wirklich nur die Steuerzahler allein für alle Verluste geradestehen sollen. Die große Stunde der geheimen Kontrolleure steht vermutlich erst noch bevor. 🗨️

## HRE – EINE GESCHICHTE VOM FRESSEN UND GEFRESSEN WERDEN

### I. VORGESCHICHTE

Es waren einmal drei Banken in Bayern: Die Bayerische Staatsbank, gegründet 1780. Startkapital 15.000 Gulden, die Bayerische Vereinsbank, gegründet 1869, und die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (kurz: Hypo-Bank), gegründet 1835. Die letztere entwickelte sich im 19. Jahrhundert zur größten Hypothekenbank in Deutschland und begann in den 1960er-Jahren international zu expandieren.

1971 wurde die Bayerische Staatsbank von der Bayerischen Vereinsbank geschluckt. Da waren es nur noch zwei.

Die Bayerische Vereinsbank wurde damit eine der größten Banken Deutschlands – groß genug, um in der Folge noch viele weitere Banken zu verschlingen, wie das Bankhaus Röchling, die Simonbank und andere.

Und 1998 schließlich fusionierten die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank und die Bayerische Vereinsbank zur Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG. Da war es nur noch eine, und die wurde immer größer.

Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank ging mit erheblichen Altlasten in die Fusion, insbesondere aus der Vergabe von Immobiliendarlehen in den neuen Bundesländern. Der Vorstandsvorsitzende der aus der Fusion hervorgegangenen Bayerische Hypo- und Vereinsbank, Albrecht Schmidt, bezifferte später die „überraschend“ aufgetretenen Immobilienaltlasten auf rund 3,5 Mrd. DM.

Nach der Fusion erweiterte die Bayerische Hypo- und Vereinsbank ihr Netzwerk um die zukunftssträchtigen Märkte Mittel- und Osteuropa. In den Jahren 2000 bis 2002 vollzog sie die Integration der österreichischen Bank Austria Creditanstalt und schuf die HVB Group. Die Austria Creditanstalt expandierte in Mittel- und Osteuropa und kaufte unter anderem die bulgarische Bank Biochim, die serbische Eksimbanka und die rumänische Banca Comerciala Ion Tiriac.

Im September 2001 schluckte die Bayerische Hypo-

und Vereinsbank unter dem Dach der HVB Real Estate Bank AG auch noch die Nürnberger Hypothekenbank, die Süddeutsche Bodencreditbank und die Bayerische Handelsbank. Außerdem gehören dazu: die FGH Bank in den Niederlanden, die PBI in Luxemburg sowie die Westfälische Hypothekenbank und die Württembergische Hypothekenbank. Bilanzsumme des Konzerns: 79 Mrd. €.

### II. DIE GEBURT DER HRE

Im Jahr 2003 geht die Zeit des Schluckens zu Ende, und die Ära des Geschluckt Werdens beginnt: Die italienische UniCredit will die HVB Group übernehmen – allerdings nur ohne deren Altlasten aus den Schrottimmobiliengeschäften. Folglich werden diese Risiken aus der HVB ausgegliedert in eine neue Bank, die Hypo Real Estate AG, die im März 2003 an die Börse geht. Böse Zungen sagen, die HRE sei damals schon eine „Bad Bank“ gewesen. ... und auch sie wird immer größer.

Mitte 2007: Die HRE kauft die Deutsche Pfandbriefbank (Depfa). Die Depfa war ursprünglich eine staatliche Bank und spezialisiert auf die Finanzierung von Staaten und öffentlichen Infrastrukturprojekten. 1991 wurde sie privatisiert. 2001 wurde das Staatsfinanzierungsgeschäft in die Steueroase Dublin verlagert, wo die Aufsicht locker ist. Die Depfa wurde dort zum größten Staatsfinanzierer der Welt.

Ihr Geschäftsmodell: Fristentransformation. Und das geht so: Man nehme kurzfristige günstige Kredite auf dem Interbankenmarkt auf und finanziere damit langfristige Kredite an Staaten, die mehr Zinsen bringen. Die Zinsdifferenz bringt den Profit. Aber was ist, wenn die Zinsen für kurzfristige Kredite steigen? Dann schmilzt die Rendite, und das große Rad das man zu drehen meint, arbeitet plötzlich gegen einen. Und genau das geschah ...

Die HRE wusste um die Risiken der Depfa, da sie strukturell angelegt sind, kaufte sie aber trotzdem und

mit ihr eine gewaltige Ausdehnung von Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern, die innerhalb von drei Monaten zurückzahlen waren. HRE-Chef Funke baute das Volumen der Fristentransformation sogar noch drastisch aus. Die HRE bewegt jetzt eine Bilanzsumme von 400 Mrd. € – fast das Anderthalbfache des Bundeshaushalts.

### **Und was macht eigentlich die Bankenaufsicht?**

Schon beim Börsengang der HRE 2003 ist der Regierung Schröder die riskoreiche Lage der HRE bekannt. Getan wird dennoch nichts. Im Auftrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) führt ein sechsköpfiges Team der Bundesbank vom 27. Februar bis zum 12. März 2008 eine Sonderprüfung bei der Depfa in Dublin durch. Das Ergebnis: Es wird eine „umfangreiche, kurzfristige unbesicherte Refinanzierung“ festgestellt und auf die daraus resultierenden „schwerwiegenden Folgen“ hingewiesen. Kurz: Wenn die kurzfristige Refinanzierung plötzlich ins Stocken kommen sollte, wäre die HRE insolvent.

Der Prüfbericht listet insgesamt 49 Verstöße gegen „das ordnungsgemäße Betreiben der Geschäfte und die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements“ auf. In einem Begleitschreiben zu diesem Bericht weisen die Prüfer darauf hin, dass die „teilweise gravierenden Feststellungen insbesondere im Bereich Risikomanagement (...) nicht toleriert werden können.“

Der Abschlussbericht geht am 18. August 2008 im Bundesfinanzministerium ein. Er wird dort jedoch angeblich vom Sachbearbeiter abgelegt und weder der Leitungsebene noch dem Bundesfinanzminister vorgelegt.

### **Drohender Weltuntergang und „Rettung“ mit Steuergeldern**

Nachdem das Finanzministerium auf die früheren Warnungen nicht reagiert, verschärft sich im September 2008 die Krise so weit, dass der Zusammenbruch


der Bank unmittelbar bevorsteht und von einer drohenden Kettenreaktion die Rede ist. „Systemrelevant“, „too big to fail“ heißt es. Peer Steinbrück sagt später: „Ich habe in den Abgrund gesehen“, und spricht von einer „Kernschmelze des Finanzsystems“, die es abzuwenden gegolten habe.

Am 29. September 2008 einigen sich in einer Nachtsitzung Angela Merkel, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, Jochen Sanio und Axel Weber (Präsidenten von BaFin und Bundesbank) mit den Spitzen der deutschen Privatbanken, allen voran Josef Ackermann als Chef der Deutschen Bank, darauf, der Hypo Real Estate eine Ausfallbürgschaft in zweistelliger Milliardenhöhe zur Verfügung zu stellen, von der der Bund die Hauptlast trägt.

Die HRE erhält bis Ende 2009 insgesamt staatliche Garantiezusagen von 87 Mrd. Euro und und Kapital-spritzen von etwa 10 Mrd. €.

Am 17. Oktober 2008 beschließt der Bundestag im Eiltempo die Einrichtung des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), noch am selben Tag stimmen Bundesrat und Bundespräsident zu. Der Fonds kann über ein Budget von 480 Milliarden € verfügen – *de facto* ohne Kontrolle des Bundestages. Die deutschen Privatbanken verdienen dabei sogar noch durch Kredite, die sie der HRE gewährt und die durch Bundesbürgschaften abgesichert sind, etwa 340 Millionen €. Die Bundesregierung bemüht sich dabei nach Kräften, die Liste der HRE-Gläubiger, die von der Rettung profitieren, geheim zu halten und weigert sich sogar im Rahmen des HRE-Untersuchungsausschusses im Juli/August 2009, diese offenzulegen.

Erst durch ein Leck und die Arbeit eines investigativen Journalisten kann die Liste der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Unter den größten Gläubigern finden sich die HVB, die Bayerische Landesbank, die Deutsche Bank und die Allianz.

Im vorerst letzten Akt wird die HRE am 5. Oktober 2009 durch Beschluss der Hauptversammlung verstaatlicht – und mit ihr die Schulden und unabsehbaren Risiken. Als Eigentümer zu 100 % handelt für die Bundesrepublik Deutschland der Finanzmarktstabilisierungsfonds. Bisher hat die Bundesrepublik 10 Mrd. € Eigenkapital in die Bank gesteckt, um die Verluste auszugleichen. In ihren besten Zeiten war die Bank keine 8 Mrd. € wert. Weiterer Kapitalbedarf: Unge-  
wiss. 





## BEWEISAUFNAHME II

# ZERSTÖRUNG DER ÖKONOMISCHEN LEBENSGRUNDLAGEN IN NORD UND SÜD

---

In sechs parallelen Anhörungen werden die Schattenseiten des gegenwärtigen Weltfinanzsystems und die Folgen der Krise erhellt:

**Verschuldung und Privatisierungsdruck:** Die öffentlichen Haushalte sind alarmierend tief in den roten Zahlen. Städte und Gemeinden schließen kommunale Einrichtungen und sehen keinen anderen Ausweg, als den Ausverkauf öffentlicher Güter durch Privatisierungen und sogenannte „Public Private Partnerships“ voran zu treiben.

**Arbeit:** Die Finanzkrise kostet hunderttausende von Arbeitsplätzen. Wer unter Hartz IV fällt, sieht sich Stigmatisierung und Sanktionen ausgesetzt. Beschäftigte verzichten auf Löhne, um Betriebe zu retten. Wie verändert sich die Arbeitswelt in der Krise? (s. S. 62)

**Gesundheit und Rente:** Die zunehmende Privatisierung der sozialen Sicherung ist zugleich Folge und Mit-Ursache der globalen Finanzkrise. Menschenwürdige Versorgung bei Krankheit und im Alter droht ein Privileg für Reiche zu werden.

**Folgen für den globalen Süden:** Die Finanzkrise kostet gerade in den ärmsten Ländern Millionen von Menschen ihre Existenzgrundlage. Aber auch in Boomzeiten der Finanzindustrie verschärfen z.B. Spekulation mit Nahrungsmitteln und erdrückende Schulden die Armut. (s. S. 65)

**Ökologische Folgen:** Für Bankenrettungen konnten in kürzester Zeit Billionen mobilisiert werden; für den dringenden ökologischen Umbau in den Bereichen Energie, Mobilität und Landwirtschaft fehlt es dagegen an Geld. Stattdessen fließen Finanzmarktmilliarden weiterhin in destruktive fossile Projekte.

**Demokratie:** Durch systematische Geheimhaltung wie im Falle des SoFFin und eine personelle Verflechtung von Bankenlobby und Politik (s. S. 58) wird sowohl parlamentarische Kontrolle als auch das Vertrauen von Bürgern in die Demokratie untergraben (s. S. 63).

# VERSTRICKUNG VON POLITIK UND BANKEN

Von Matthias Schmelzer

**Banken und Finanzinstitute haben die Krise verursacht; für die Kosten zahlen sie nicht. Im Gegenteil: Banken und Finanzinstitute profitieren auch in der Krise, während die öffentliche Verschuldung explodiert und am Sozialstaat gekürzt wird. Dies hat Gründe: Der Finanzfilz war nicht nur in die Schaffung der Bedingungen für die Krise eingebunden. Banken, Versicherungs- und Finanzinstitute sind auch ausgesprochen eng involviert in alle Rettungsmaßnahmen, mit denen Staaten den Finanzsektor vor dem vollständigen Kollaps bewahrt haben.**

## 1. WER KONTROLLIERT?

Eine der zentralen Ursachen der globalen Finanzkrise, die sich seit 2007 zu einer Weltwirtschaftskrise weiterentwickelt hat, ist die enge personelle Verflechtung von Finanzwirtschaft und Politik und die Interessenkonflikte, die dadurch entstehen. Eigentlich sollte die Politik die Finanzmärkte und ihre Akteure kontrollieren. Dafür verantwortlich sind zum einen diejenigen, die die Gesetze über die Zulassung und Regulierung von Finanzprodukten und -aktivitäten schreiben – also vor allem das Finanzministerium.

Daneben gibt es Aufsichtsbehörden, die Banken und Finanzinstitute kontrollieren sollen – In Deutschland teilen sich diese Aufgabe die Bundesbank und die so genannte Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz BaFin. Und weil mittlerweile die meisten entscheidenden Dinge gar nicht mehr von den europäischen Regierungen selbst getroffen, sondern auf der europäischen Ebene entschieden werden, spielen auch die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank eine zentrale Rolle bei der Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte.

Doch warum funktionierten diese „unabhängigen“

Kontrollinstanzen so schlecht? Ein Beispiel: Die Düsseldorf IKB Deutsche Industriebank AG hat sich mit hochspekulativen Derivaten, so genannte *Asset Backed Securities*, verspekuliert – die Rettungsaktionen kosteten den Steuerzahler ungefähr 10 Milliarden Euro. Wie konnte es dazu kommen? Schäubles heutiger Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen, zuvor Leiter der zuständigen Fachabteilung im Ministerium, achtete im Interesse der Banken darauf, „dass den Instituten keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen, wenn sie in gängige ABS-Produkte mit gutem Rating investieren“, wie er 2006 schrieb. Diese laxen Kontrolle kam nicht von ungefähr, denn Asmussen saß gleichzeitig im Aufsichtsrat der IKB. Im Ministerium war er als Abteilungsleiter zugleich zuständig für die Aufsicht über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die zusammen mit der Bundesbank Geldinstitute wie die IKB beaufsichtigen soll. Dass die BaFin-Prüfer deshalb nicht allzu forsch zur Sache gingen, erklärten sie dem Bundesrechnungshof Anfang Oktober 2008 so: Die Politik habe sich „Impulse für das Wirtschaftswachstum“ versprochen, sodass sie „strengere bankenaufsichtsrechtlichen Regelwerken kritisch gegenübergestanden“ habe.

Ein zentrales Problem ist also, dass es bei Aufsichtsbehörden keine Trennlinie zwischen dem Spitzenpersonal und der Finanzindustrie gibt. Die Finanzbranche hatte in den letzten Jahren immer wieder eigene Leute im Finanzministerium sitzen. Diese haben an wesentlichen Gesetzen für die Branche mitgewirkt, z.B. dem Investmentmodernisierungsgesetz, das Hedge Fonds in Deutschland zuließ, an der Umsetzung der europäischen Finanzmarkttrichtlinie, am Kreditwesengesetz und der Finanzdienstleistungsaufsicht.

Die Verflechtungen laufen jedoch in beide Richtungen. Beispiel Deutsche Bank: Im Juni 2008 holte diese den obersten Bankenaufsehers der Bank für Interna-

tionalen Zahlungsausgleich (BIZ), Malcolm Knight, der nun die Kontakte zu seinem früheren Arbeitgeber BIZ pflegt und dabei seine Einblicke in die Geschäfte der Konkurrenz und in staatliche Finanzpolitiken mitbringt. Mit Helmut Bauer holte sich die Deutsche Bank schon im Februar 2008 den obersten Bankenaufseher der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für die neue Abteilung „Aufsichtsangelegenheiten“. Dieser „Drehtüreffekt“ führt dazu, dass eine Aufsicht wegen Interessenskollision nicht wirklich stattfinden kann.

Ein besonders prägnantes Beispiel für diesen Effekt ist der Privatbankier und Berater der EZB Otmar Issing. Noch bis Ende 2006 war Issing Chefvolkswirt und Direktoriumsmitglied der EZB. Direkt danach, seit Januar 2007, verdient er sein Geld als „international advisor“ von Goldman Sachs. Und seit Oktober 2008 hat er, ohne seine Position bei Goldman aufzugeben, den Vorsitz bei der Expertengruppe „Neue Finanzarchitektur“, die im Auftrag der Bundesregierung Vorschläge für die Reform des Finanzsektors erarbeiten soll (natürlich taucht dort auch Asmussen wieder auf). Dieser Privatbankier – der natürlich die Interessen von Goldman Sachs vertritt, berät also die Bundesregierung dabei, wie eine krisensichere Finanzarchitektur aussehen soll. Außerdem berät er die EU (s.u.). Hier wird ganz offensichtlich der Bock zum Gärtner gemacht.

Ein weiteres Grundproblem sind die privatwirtschaftlichen Interessen und die finanzielle Abhängigkeit der Wirtschafts- und Finanzprüfer: Die Prüfungsgesellschaften und Ratingagenturen sollen Bilanzen, Produkte und die Bonität jener Unternehmen prüfen, von denen sie bezahlt werden und sich Folgeaufträge versprechen. Prüfer; die zu viele Fragen stellen oder sich zu kritisch äußern, verlieren schnell den Prüfungsauftrag. Das wird hinter vorgehaltener Hand auch von vielen Wirtschaftsprüfern zugegeben. Es sollte nicht wundern, dass Ratingagenturen jene komplexen Fi-

nanzprodukte, deren exzessiver Handel zum Beinahezusammenbruch der Finanzmärkte geführt hat, mit höchsten Prüfsiegeln versehen haben. Sie haben schließlich die Produkte nicht nur geprüft, sondern auch mit entwickelt.

Wer trägt nun die Verantwortung dafür, dass sich mit besten Qualitätssiegeln versehene Finanzprodukte als Schrott erwiesen haben? Die organisierte Verantwortungslosigkeit zeigt sich daran, dass jeder die Schuld in die Schuhe des anderen schiebt: Die Ratingagenturen haben nie eine Garantie für ihre offenbar fehlerhaften Rechenmodelle abgegeben. Die Wirtschaftsprüfer argumentieren, sie seien für Risiken nicht zuständig, die der Gesetzgeber nicht in die Bilanz der Banken zwingt. Die behördliche Bankenaufsicht weist darauf hin, nicht sie, sondern der Gesetzgeber hätte es Banken erlaubt, hohe Risiken in außerbilanzielle Zweckgesellschaften in Steueroasen wie Irland auszulagern – weitab des Zuständigkeitsbereichs der heimischen Aufsicht. Und der Gesetzgeber beklagt, ein solches Ausmaß an Verantwortungslosigkeit sei nicht absehbar gewesen. All dies zeigt, dass die „Aufsicht“ durch Ratingagenturen aufgrund von strukturellen Defiziten nicht funktionieren kann – grundlegende Reformen sind notwendig.

## 2. WER BERÄT?

Neben dem Problem des Drehtüreffekts und der Interessenskonflikte der Ratingagenturen gibt es jedoch noch ein viel grundlegenderes Problem – wie entstehen überhaupt derart liberalisierte und deregulierte Finanzmärkte, wer macht die Gesetze und warum? Ein Teil dieses Problems ist die Beratung: Wem Vertrauen diejenigen, die Gesetze schreiben, wer berät sie?

Auch hier gibt es Verstrickungen, und diese sind besonders eng auf der europäischen Ebene: Das europäische Netzwerk Alter-EU hat in einer Studie vom November 2009 nachgewiesen, dass die Kommission

ihre externen Beraterinnen und Berater in Fragen der Finanzmarktregulierung fast ausschließlich aus der Finanzindustrie selbst bezog. Einzelne Fallstudien aus Schlüsselbereichen, wie der Regulierung von Banken, Hedge Fonds, Rating Agenturen, Regeln der Buchführung und Steuern zeigen die aktive Rolle der Finanzbranche bei der Gestaltung der Politikinhalte auf, die zu der jüngsten Finanzkrise beigetragen haben.

Ein konkretes Beispiel sind die so genannten Expertengruppen, die die Europäische Kommission bei ihrer Gesetzgebung beraten. Diese Expertengruppen spiegeln in keiner Weise diverse gesellschaftliche Akteure und Perspektiven wieder, sondern sind durch Konzerninteressen dominiert. Diese Einflussnahme war besonders drastisch bei der Deregulierung des europäischen Finanzsektors, welche in den letzten Jahrzehnten die Wurzeln der aktuellen Krise gelegt hat: Der Financial Services Action Plan (FSAP) z.B., der vor gut 10 Jahren die Strategie für die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes für Finanzprodukte formuliert hatte, wurde fast ausschließlich durch eine so genannte High Level Strategy Review Group verfasst – alle 16 Mitglieder dieser Expertengruppe waren Vertreter der Finanzindustrie, u.a. Versicherer, Banker, Investmentfonds-Manager, Wertpapierhändler und Rentenfondsmanager.

Aber auch zur Bewältigung der Krise vertraut die Kommission nun wieder auf dieselben Expertinnen und Experten der Finanzindustrie. Die wichtigste Expertengruppe, die als Reaktion auf die Krise Reformvorschläge für den europäischen Finanzsystems ausarbeitete, war die de Larosière Gruppe. Nicht nur der Vorsitzende, de Larosière, ist eine Schlüsselfigur der Bankindustrie (er arbeitet für BNP Paribas), sondern mehr als die Hälfte der Mitglieder der Expertengruppe hatten engste Verbindungen zur Finanzindustrie – zu Lehman Brothers (Rainer Masera), Goldman Sachs (Otmar Issing) und CitiGroup (Onno Ruding). Aber auch generell

kommt Mehrheit der Mitglieder der Expertengruppen von der Finanzindustrie und 84 Prozent aller Berater, die nicht von Nationalstaaten entsandt sind, vertreten direkt die Interessen der Kapitalmärkte (während nur 8 Prozent von Gewerkschaften kommen, 4 Prozent von NGOs und 4 Prozent aus der Wissenschaft).

### 3. WER MACHT DIE GESETZE?

Die Finanzindustrie berät jedoch nicht nur die Gesetzgeber – sie schreibt auch die Gesetze: Generell wirken privatwirtschaftliche Unternehmen Immer häufiger an Gesetzen mit. Allein im Jahr 2009 wurden 16 Gesetze verkündet, an denen Externe – also Menschen, die nicht direkt über das Ministerium angestellt sind – mitgewirkt haben. Im Zeitraum von 1990 bis 1999 war es gerade mal ein Gesetz. Diese Praxis, die unter Rot-Grün begonnen wurde, setzte die Große Koalition munter fort und baute sie noch weiter aus ...

Steinbrücks Ministerium ließ die Gesetzentwürfe sowie die Verordnung zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz – die Grundlage für die staatliche Stützung deutscher Banken mit bis zu 480 Milliarden Euro – von Anwälten der Frankfurter Top-Kanzlei Freshfields ausarbeiten. Freshfields Bruckhaus Deringer ist mit über 2500 Rechtsanwälten an 27 Standorten in 15 Ländern Europas, Asiens, Nordamerikas und des Nahen Ostens die viertgrößte Anwaltskanzlei der Welt. Mit 550 Mitarbeitern in Deutschland ist es die größte Kanzlei des Landes, die die größten Banken und Unternehmen, aber eben auch die Bundesregierung beim Schreiben von Gesetzen berät. Das pikante ist: Freshfields gilt gemeinhin als bankennah: Freshfields beriet zuletzt unter anderem die Deutsche Bank beim Erwerb von Sal. Oppenheim; Daimler bei Aufnahme des neuen Großaktionärs Aabar Investments; die HSH-Nordbank; die Deutsche Post AG beim gestuften Verkauf ihrer Mehrheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank an die Deutsche Bank.

Sicher ist: Es ist ein lohnendes Geschäft. So kassierten Kanzleien wie Freshfields allein für die Beratung des Bundes bei der Rettung der Hypo Real Estate im Herbst 2008 insgesamt 766503 Euro. Öffentlich ausgeschrieben werden die Anwaltseinsätze für die Ministerien bislang nicht.

Aber auch wenn die Finanzindustrie nicht direkt im Ministerium sitzt und die Gesetze schreibt, hat sie Verbündete an Schlüsselpositionen. Wahrlich erschreckend ist, dass die Kanzlerin sich nach wie vor auf jene Personen verlässt, die die Klientelpolitik, vor allem dem Finanzsektor gegenüber, im Detail zu verantworten haben. So ist der einzige SPD-Mann, der im oberen Apparat den Regierungswechsel überstanden hat, Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen. Der hatte sich in der Großen Koalition als Delegierter der Banken in der Regierung erwiesen.

Asmussen hat seine Karriere im Bundesfinanzministerium unter Finanzminister Hans Eichel (SPD) begonnen und war von Finanzminister Steinbrück (SPD) zum Staatssekretär befördert worden. Asmussen ist für die Bankenaufsicht sowie die internationale Finanzpolitik zuständig. Er gilt als einer der mächtigsten Akteure bei der Verursachung und der vorgeblichen Bekämpfung Finanzkrise. Asmussen sitzt in etlichen Krisenbekämpfungsgremien, wie etwa im Lenkungsausschuss des Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin und im Lenkungsausschuss des Deutschlandfonds zur Rettung krisenbedrohter Firmen in Handel und Güterwirtschaft. Der 42-Jährige ist darüber hinaus eine zentrale Figur im Rahmen der internationalen Krisenbearbeitung. Er ist für Deutschland maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung von G8- und G20-Gipfeln und deutscher Chefvorbereiter für die Finanzministertreffen in diesen internationalen Foren.

Neben dieser Vielzahl an politischen Ämtern ist As-

mussen eng mit der Finanzindustrie vernetzt: Asmussen sitzt als Vertreter des Bundes im Aufsichtsrat der Mittelstandsbank IKB, jenes Instituts, das sich gemessen an seiner Größe am heftigsten auf dem Markt für US-Hypothekendarlehen verspekuliert hat. Um zu verhindern, dass die Tochtergesellschaft im Zuge der Finanzkrise pleitegeht, musste die staatseigene Förderbank KfW Milliarden zur Verfügung stellen, für die am Ende womöglich der Steuerzahler aufkommen muss. Gleichzeitig ist er im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), jener Behörde, die die Geschäfte der deutschen Banken kontrollieren soll. Im Klartext heißt das: Der Aufseher Asmussen beaufsichtigt den Aufsichtsrat Asmussen.

Asmussen war außerdem Mitglied im Gesellschafterbeirat der True-Sale International (TSI), einer Lobby-Plattform für die Förderung von Verbriefungsgeschäften in Deutschland. Die Gesellschafter und Partner der TSI sind die Creme de la Creme der deutschen Kapitalbranche – und Asmussen hat sich in ihrem Interesse auf der politischen Ebene dafür eingesetzt, Verbriefungsgeschäfte in Deutschland zu fördern und zu etablieren – also genau das, was die US-Finanzkrise nach Deutschland getragen hat. Darüber hinaus ist diese Schlüsselfigur der Regierung bei der Reform des Finanzmarkts mit einer Cheflobbyistin der Finanzindustrie verheiratet, der Leiterin der Berliner Repräsentanz der Deutsche Börse AG, Henriette Peucker.

Bei der Frage, warum frühzeitige Alarmsignale ungehört blieben, warum die Politik viel zu lang stillhielt, ja, wie es überhaupt zu den gesetzlichen Grundlagen kommen konnte, die diese Krise möglich machten, findet sich ein guter Teil der Antwort in der Verstrickung von Banken mit der Politik. Eine Redemokratisierung der Strukturen ist nicht möglich, ohne diesen Sumpf trocken zu legen. Die Politik steht in der Pflicht, sich ihre Unabhängigkeit von den Banken zu erkämpfen! 🗨️

## BANKENKRISE UND ARBEIT


Von Detlef Hensche

Die Debatte über die Bankenkrise erweckt zuweilen den Eindruck, als bildeten die Finanzmärkte eine eigene Welt, abgehoben von der so genannten Realwirtschaft. Dass dem nicht so ist, haben einige hunderttausend Leiharbeiter, die ihre Arbeit verloren haben, und Millionen Kurzarbeiter bereits gestern erfahren. Wir alle werden es morgen zu spüren bekommen, wenn die seit Monaten angekündigten Sparprogramme Wirklichkeit werden. Kein Wunder, die milliardenschweren Verluste von Banken und Unternehmen, die auf spekulative Finanzanlagen gesetzt haben und sie nunmehr wertberichtigen müssen, drücken auf die ohnehin eingebrochene Konjunktur. Gravierender noch, die Regierung hat neben gigantischen Garantiezusagen Verluste in Höhe von bisher rund 150 Milliarden Euro übernommen, für die nun die Gesellschaft aufzukommen hat. Die Gesellschaft: Das ist nach eingefahrenem und politisch erwünschtem Verteilungsschlüssel die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Alle, die auf soziale Sicherung, auf soziale Leistungen und auf öffentliche Angebote und Güter angewiesen sind, werden mit empfindlichen Verlusten konfrontiert. Umgekehrt werden die, die mit eigenem oder anvertrautem Kapital das Roulette betrieben und davon profitiert haben, weiterhin verschont werden; allein eine magere Bankenabgabe zur Teilfinanzierung des Rettungsfonds ist derzeit im Gespräch.

Nein, Finanzmarkt und Realwirtschaft sind keineswegs getrennte Welten. Es gibt nur eine Wirtschaft. Jeder Euro, jeder Dollar, der in Papiere und in Anlagen der Finanzmärkte investiert wird, ist erarbeitet. Nur Arbeit erzeugt Güter und Wohlstand. Die Börse bringt dagegen nichts hervor; Spekulationen und Wetten schaffen keine Werte, auch wenn uns die allabendlichen Börsennachrichten im Fernsehen das Gegenteil vorgaukeln. Dass sich die Finanzmärkte verselbständigen und das Glücksspiel solche Dimensionen erreicht, wie jüngst geschehen, hängt nicht zuletzt mit kon-

kreten, politisch verantworteten Fehlentwicklungen in der Realwirtschaft zusammen. Die Krise ist ja kein Naturereignis, sondern durch wachsende Überschüsse an Kapital verursacht. Diese wiederum sind Ergebnis realer Umverteilung: von unten nach oben, von Süd nach Nord, von öffentlichem Wohlstand zur Pflege privaten Reichtums, von Ländern mit negativer Leistungsbilanz zu exportfixierten Überschussländern. Das alles ist Programm marktorthodoxer „Reformen“.

Folglich wundere man sich nicht, wenn das Jahr für Jahr anfallende überschüssige Kapital auf der Suche nach profitablen Anlagen die heruntergesparten Volkswirtschaften meidet und vom Spiel mit Finanzanlagen angelockt wird. Hier schließt sich der Kreis zwischen der Finanzkrise und der Hinnahme der Arbeitslosigkeit, der Ausbreitung von Niedriglöhnen, der Kürzung sozialer Leistungen, des Umbaus der Altersvorsorge zugunsten privater, kapitalgedeckter Vorsorge und immer wieder: des staatlichen Rückzugs aus der Verantwortung für öffentlichen Wohlstand und Infrastruktur. Hier also, in der Einkommens-, der Steuer- und Haushaltspolitik gilt es umzusteuern, um dem volkswirtschaftlich desaströsen Abfluss der von allen erarbeiteten Erträge ein Ende zu setzen. Was daher Not tut, ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit, unter anderem durch Arbeitszeitverkürzung, die Stärkung der privaten Nachfrage und den Ausbau des öffentlichen Sektors.

So notwendig mithin verbindliche Regulierungen und Kontrollen der Finanzmärkte sind, die Wurzeln liegen in der Pathologie der Realwirtschaft: der nationalen wie der weltweiten Umverteilung nach oben. 

## FINANZLOBBY – DA KRIEGEN WIR DIE KRISE!

von Heidi Klein, LobbyControl

Die Finanzindustrie hat über viele Jahre alles getan, die Bedingungen für möglichst schrankenloses Geschäftemachen mit immer riskanteren Finanzprodukten zu schaffen. Heute gilt es als nahezu unumstritten, dass darin eine wesentliche Ursache für die weltwirtschaftliche Explosivität der aktuellen Finanzkrise liegt. Erstaunlicherweise profitiert der Finanzsektor dennoch auch in der Krise. Milliarden fließen in die Rettungen von Banken, während die öffentliche Verschuldung explodiert. Wie kann es sein, dass sich die Interessen der Finanzbranche auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen? Der Grund liegt auf der Hand, wird aber kaum diskutiert: Die Politik ist aufs Engste mit der Finanzwirtschaft verflochten, die sie eigentlich regulieren sollte.

### PERSONALFILZ UND VERBRÜDERUNG IN DER SPITZENETAGE

Die offensichtlichste Form der Verflechtung sind die fliegenden Personalwechsel zwischen Politik, Aufsichtsbehörden und Banken. Gerade ist mit Andreas Dombret ein Investmentbanker in den Vorstand der Deutschen Bundesbank – die in Zukunft die Hoheit über die deutsche Bankenaufsicht haben wird – berufen worden. Umgekehrt heuerte die Deutsche Bank 2008 die obersten Bankenaufseher der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) an. Axel Nawrath ließ die Drehtür gleich um 360 Grad kreisen: Er wechselte vom Finanzministerium zur Deutschen Börse und zurück.

Noch wichtiger und weniger transparent sind die informellen Beziehungen zwischen Politik- und Finanzelite. Offensichtlich wurde der enge Kontakt, als Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des 60. Geburtstages von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann zum Abendessen ins Kanzleramt lud. Die Netzwerke

werden auch bei Veranstaltungen auf Einladung der Finanzwirtschaft gestrickt. Auch die internationalen Spitzentreffen etwa beim Weltwirtschaftsforum in Davos oder beim Geheimnis unwitterten Bilderberg-Gipfel fördern die Verbrüderung zwischen Eliten aus Politik und Wirtschaft. Am Ende scheint es fast selbstverständlich, dass die Bankchefs Josef Ackermann und Martin Blessing (Commerzbank) mit am Tisch sitzen, wenn im Kanzleramt eilig milliardenschwere Rettungspakete für die Finanzbranche geschnürt werden.

### DIENER VIELER HERREN

Bereits im Vorfeld der Krise hat die Finanzwirtschaft an Gesetzen mitgeschrieben, die manch hochspekulatives Geschäft erst ermöglicht haben: Eine Mitarbeiterin des Lobbyverbandes der Investmentbranche BVI hatte 2003 ihren eigenen Schreibtisch im Finanzministerium und half dort bei der Formulierung des Investmentmodernisierungsgesetzes, das unter anderem Hedgefonds in Deutschland den Weg ebnete<sup>1</sup>. Nach Aussage des BVI wirkte die Mitarbeiterin allerdings ausgerechnet an dem Abschnitt über Hedgefonds nicht mit. Auch diverse Banken und die Deutsche Börse hatten in den letzten Jahren Mitarbeiter an das Ministerium ausgeliehen.

Als Diener zweier Herren wirken auch die Anwaltskanzleien, die für die Regierung Gesetzesentwürfe zur Regulierung von Finanzakteuren schreiben und andererseits diese Finanzakteure als langjährige Kunden bedienen. So entstand das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das 480 Milliarden Euro zur Bankenrettung bereitstellte, unter Mitwirkung der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer. Diese hat sonst viele Kunden aus der Finanzbranche, die sie unter anderem in der Lobbyarbeit unterstützt.

Es gibt weitere Bereiche solcher Interessenkonflikte und Verfilzungen – seien es die einseitige Besetzung von Beratergremien oder unheilige Allianzen wie die Initiative Finanzstandort Deutschland, bei der Staat und Finanzwirtschaft an einem Tisch sitzen, um der Finanzbranche attraktive Bedingungen in Deutschland zu schaffen.

Schon diese Schlaglichter zeigen: Es sind nicht nur neue Regeln für die Finanzmärkte nötig; auch der Verflechtung und dem Lobbyismus müssen Grenzen gesetzt werden. Die Frage, wie wir das Finanz- und Wirtschaftssystem gestalten wollen, darf nicht länger in den Händen weniger unantastbarer Experten mit einseitigen Interessen liegen. Wir sollten den Mut haben, die demokratische Kontrolle im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. 🗡️

1: Um eine mögliche juristische Auseinandersetzung mit dem BVI zu vermeiden, wurde der den BVI betreffende Absatz gegenüber der in der Frankfurter Rundschau erschienenen Version des Beitrags verändert.



## ROHSTOFFE IM VISIER DER SPEKULANTEN

### Finanzmärkte greifen nach knapper werdenden Ressourcen

Von Peter Wahl

Viele Rohstoffe werden immer knapper, vorneweg Erdöl. Aber auch das Angebot bei alten Bekannten wie Kupfer, oder bei neuen Stoffen wie dem in der Mikroelektronik benötigten Tantal oder Coltan ist knapp. Der Rohstoffhunger Chinas und der anderen Schwellenländer und das globale Bevölkerungswachstum beschleunigen die Erschöpfung der Reserven enorm. Gegenläufige Faktoren wie Innovation, Substitution, Erschließung neuer Reserven und Recycling werden den Trend allenfalls etwas abmildern, nicht aber umkehren. Die Epoche der billigen Rohstoffe ist unwider-ruflich vorbei.

Das hat man auch an den Finanzmärkten gemerkt. Seit 2003 haben sich immer mehr Investmentbanken, Hedge Funds u.a. institutionelle Investoren auf die Rohstoffmärkte geworfen. So hat die Zahl von börsen-gehandelten Futures für Öl zwischen 2004 und 2008 um mehr als 150 Prozent zugenommen. Das Volumen der Transaktionen auf den Märkten für Öl-Futures, -Options und -Swaps war 35mal so hoch wie das des physischen Ölmarkts (Spotmarkt). Dabei sind nicht-börsengehandelte Kontrakte (*Over the Counter*) noch nicht einmal erfasst. Bei anderen Ressourcen, incl. Agrarrohstoffe, ist die Tendenz ähnlich.

Der Einstieg der Zocker in die Rohstoffmärkte ging mit einem starken Preisanstieg einher. Denn die Preise werden jetzt nicht mehr allein durch die Fundamentals der Rohstoffmärkte (Nachfrage, Lagerhaltung, Höhe der Reserven, Investitionen in Fördertechnik etc.) bestimmt. Vielmehr kommen jetzt die „Fundamentals“ der Finanzmärkte ins Spiel: Wechselkursschwankungen, Zinsdifferenzen, riskante Derivate, Portfolio- und Risikomanagement und Herdenverhalten. So war die Öl- und Nahrungsmittelpreisblase vom Sommer 2008 zum größten Teil spekulationsbedingt. Zigtausende Menschen starben damals den Hungertod.

Zwei verschiedene Märkte mit zwei Logiken und Zeit-horizonten werden jetzt verknüpft: einerseits der phy-sische Rohstoffhandel, mit Käufern und Verkäufern, deren Erwartungen sich am Gleichgewicht von Ange-bot und Nachfrage orientieren und die im Rhythmus der Tankerlieferungen agieren. Auf der anderen Seite Finanzmarktakteure, die an der physischen Seite des Rohstoffgeschäfts keinerlei Interesse haben, sondern auf kurzfristige Preisschwankungen spekulieren – und das alles in kürzesten Fristen, oft im Sekundentakt.

Das Hinüberwuchern der Finanzindustrie in den Roh-stoffsektor – von seinen Protagonisten neutral als „Fi-nanzialisierung“ bezeichnet – bedeutet nichts anderes, als die Rohstoffpreise an die Logik und Dynamik des Finanzmarkt-kapitalismus zu ketten. Hochriskante Spe-kulation, Blasen, Crashes und kurzfristige und verstärkte Volatilität greifen jetzt auf direktem Ansteckungsweg auf die Rohstoffmärkte über. Eine Studie der französi-schen Regierung vom Februar diesen Jahres kommt zu dem Schluss, dass die „Finanzlogik der Akteure schwer zu kontrollieren ist und ein systemisches Risiko birgt.“

Die Politik war bei alledem willfähriger Erfüllung-gehilfe der Finanzindustrie. In den USA wurden die Rohstoffmärkte mit dem *Commodity Futures Moderni-zation Act*, den Clinton 2000 unterschrieb, dereguliert. Bei uns wurden z.B. Indexfonds, die eine wichtige Rolle bei der Rohstoffspekulation spielen, 1998 mit dem 3. Finanzmarktgesetz erlaubt.

Nach dem Jahrhundertcrash sollte aber klar geworden sein: die meisten Rohstoffe sind für die Weltwirtschaft viel zu wichtig, als dass man sie zum Chip am Spieltisch des Finanzcasinos machen dürfte. 🚫



## BEWEISAUFNAHME III

### VERSCHÄRFUNG DER KRISE

---

#### **Worte, keine Taten**

Seit Ausbruch der Krise sind von Politikern vollmundige Bekenntnisse zur Kontrolle der Banken zu hören. „Nie wieder Erpressung“, heißt es sogar aus dem Mund der Kanzlerin. Doch was geschieht wirklich? Allenfalls kleine Reparaturen, wie etwa eine Begrenzung der Managergehälter. (s. S. 73)

#### **Keines der hochspekulativen Finanzprodukte und Finanzinstitute wurde verboten.**

Die überlebenden Banken schlucken andere und werden noch größer – aber niemand gebietet Einhalt. Steueroasen werden nur verbal aber nicht faktisch ausgetrocknet. Die Banken werden mit billigem Zentralbankgeld versorgt, das keinesfalls bei den Unternehmen ankommt, sondern nie da gewesene Gewinne für Finanzmarktjongleure ermöglicht.

#### **Banken und Großkonzerne gegen Regulierung**

Die Großbanken führen ihre riskanten Spekulationsgeschäfte fort und schütten Milliardengewinne an Aktionäre und Manager aus (s. S. 68). Sie beteiligen sich sogar mit Wettgeschäften an der Beschleunigung von Staatsbankrotten wie im Falle Griechenlands (s. S. 70).

Auch Konzerne wie E.ON, Siemens und BASF hinterreiben in Brüssel eine strenge Regulierung von Kreditderivaten.

#### **Strukturelle Ursachen werden verschärft**

Die Regierung Merkel-Westerwelle betreibt verstärkte Umverteilung von unten nach oben, vom Öffentlichen zum Privaten, z.B. durch Steuergeschenke an Reiche. Sie fördert damit genau die Strukturen, die in die Krise geführt haben. (s. S. 72)

#### **Wir klagen an**

Die Gewinner aus Zeiten vor der Krise werden nicht zur Kasse gebeten. Staatliche Institutionen werden nicht reformiert, um ihrer Regulierungs- und Kontrollaufgabe gerecht zu werden. Toxische Finanzpraktiken werden nicht verboten. Banken, die sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft und am Wohl aller orientieren, sucht man vergebens. Es ist folglich nur eine Frage der Zeit, wann uns die nächste Krise trifft.

## ERST GELD, DANN HOHN

**Banken und Versicherungen beuten das Gemeinwesen skrupellos aus.  
Dabei hilft die Selbstverachtung der Politiker.**

Von Ulrike Herrmann

Für die Allianz-Aktionäre war 2008 ein gutes Jahr. Mitten in der Finanzkrise haben sie eine Dividende von 3,50 Euro kassiert. So viel gab es bei kaum einem anderen DAX-Konzern. Auch für den Allianz-Vorstand hat sich das vergangene Jahr gelohnt. 26,275 Millionen Euro haben die elf Herren für ihre Anstrengungen als Manager erhalten, wie der aktuelle Geschäftsbericht ausweist.

Angesichts dieser Zuwendungen für Aktionäre und Manager könnte man glauben, 2008 sei ein erfolgreiches Geschäftsjahr für die Allianz gewesen. Irrtum: Kein Jahr in der Firmengeschichte war desaströser. Der offizielle Verlust lag bei 2,4 Milliarden Euro – und das ist die geschönte Version: Die Allianz taumelte am Abgrund; sie drohte mitgerissen zu werden durch eine Pleite der Dresdner Bank, die ihr damals noch komplett gehörte.

Wie kann es also sein, dass die Allianz dennoch riesige Dividenden zahlt? Die Antwort ist schlicht: Letztlich hat der Steuerzahler die Ausschüttungen an die Aktionäre finanziert.

Denn der Allianz gelang ein Coup: Sie wurde die Dresdner Bank rechtzeitig an die Commerzbank los – und kassierte für ihr völlig wertloses Kreditinstitut auch noch 5,1 Milliarden Euro. Zudem konnte die Allianz sicherstellen, dass in den nächsten 15 Jahren an den Schaltern der fusionierten Commerz-Dresdner-Bank nur Allianz-Produkte verkauft werden. Kein Vertriebsweg könnte schöner sein.

Die Profite sind also garantiert, und für die möglichen Verluste kommt der Steuerzahler auf. 18,2 Milliarden Euro benötigte die Commerz-Dresdner-Bank bisher an staatlichen Kapitalhilfen. Und das ist nur der Anfang: Im Bundestag wird gerade das Bad-Bank-Gesetz beraten, das den privaten Banken erlauben soll, ihre to-

xischen Wertpapiere auszulagern. An diesem Montag findet die Expertenanhörung statt, und fast alle Fachleute sind sich einig, dass diese Bad Banks nur funktionieren können, wenn der Staat ihre Abwicklung übernimmt. Nach der Bundestagswahl, wenn die wütenden Bürger nicht mehr zu fürchten sind, wird also weiteres Steuergeld fließen. Milliarden an Staatshilfen werden noch nötig: Allein bei der ehemaligen Dresdner Bank lagern noch immer toxische Wertpapiere von mindestens 40 Milliarden Euro.

Eigentlich hätte man erwarten können, dass sich die Allianz zumindest dankbar zeigt, dass sie ihre Verluste so erfolgreich sozialisieren konnte. Doch tatsächlich hat ihr Finanzvorstand Paul Achleitner nur Verachtung übrig für den generösen Staat. Das zeigte sich jüngst auf einer Tagung in St. Gallen, wo sich der weltweite Managernachwuchs traf. Vor der selbst ernannten Elite von morgen machte sich Achleitner lustig über die Versuche, die Finanzindustrie zu regulieren. Das seien nur nutzlose „Schönheitsoperationen“ von übereifrigen Beamten. Die Botschaft war klar: Der Staat darf die Verluste zahlen, aber ansonsten hat er sich bitte heraushalten aus der angeblich so effizienten Welt der Finanzwirtschaft.

Diese Selbstgefälligkeit ist nur konsequent. Seit Jahrzehnten kann die Allianz darauf vertrauen, dass der Staat sie pappelt. Die Allianz wäre niemals zum weltgrößten Versicherer herangewachsen, wenn sie nicht systematisch durch den Gesetzgeber gefördert worden wäre. So war die Versicherungsbranche bis 1994 streng reguliert. Der Staat gab sowohl die Geschäftsbedingungen wie die Preise vor – womit hohe Margen für die Versicherungskonzerne garantiert waren. Hinzu kamen die Steuervorteile, die bis 2005 auf Kapitallebensversicherungen gewährt wurden und die Millionen von Deutschen animierten, in dieses sehr unvorteilhafte Konstrukt zu investieren. Und neuerdings hat der Staat

ein weiteres lukratives Geschäftsfeld für die Assekuranz eröffnet: die Riester-Rente.

Was für die Versicherungskonzerne gilt, trifft noch viel stärker auf die Banken zu: Sie könnten ohne den Staat gar nicht existieren – und verdanken ihm einen großen Teil ihrer Gewinne. Bei der Commerzbank und der Dresdner Bank ist diese Tatsache offensichtlich, denn beide Institute wären ja schon pleite, wenn sie nicht mit Staatsmilliarden gestützt würden.

Aber auch bei der Deutschen Bank, diesem angeblichen Hort der privaten Initiative, kommt der Profit momentan vor allem vom Staat. Die angestrebte Eigenkapitalrendite von 25 Prozent wird weitgehend mit Staatsanleihen erwirtschaftet – und profitträchtig ist natürlich auch, dass der Leitzins bei nur einem Prozent liegt und damit die Refinanzierung fast umsonst zu haben ist. Zugleich sind kaum noch Risiken einzukalkulieren, weil der Staat die meisten Kredite mit einer Garantie versieht. So wird die Krise zum lukrativen Geschäft für die Banken, die sich gleichzeitig freuen können, dass der Staat den Markt bereinigt: Die Fusionen von Postbank und Deutscher Bank sowie von Commerz- und Dresdner Bank vermindern den Wettbewerb, was langfristig die Margen für jede einzelne Bank erhöht.

Gerade weil sie vom Staat so deutlich profitieren, sind die Banker stets bemüht, diesen Effekt zu leugnen. Stattdessen preisen sie die private Finanzwirtschaft als „Wachstumsmotor“, der ständig neue „innovative Produkte“ entwickle. Diese Lieblingsthese aller Manager hat Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann gerade erst wieder am Donnerstag in Peking verkündet, als sich dort der internationale Bankverband traf. Vehement wehrte er sich gegen jede staatliche Einflussnahme: „Lassen Sie mich unterstreichen, dass wir es als nicht hilfreich empfinden, Reformen etwa auf Themen wie die Größe einzelner Banken (...) auszurichten.“

Wie bei Allianz-Finanzvorstand Achleitner wird der Staat zur ahnungslosen Betriebsnudel degradiert, die sich in Finanzangelegenheiten einmischt, welche angeblich nur hoch bezahlte Manager verstehen. Diese Herablassung machen sich die Politiker zu eigen – auch sie trauen dem Staat nichts zu. Deswegen wurde zum Beispiel auf die komplette Verstaatlichung der Commerzbank verzichtet, obwohl nun schon 18,2 Milliarden Euro in ein Institut gepumpt wurden, das an der Börse nur noch rund 6,4 Milliarden wert ist. Für die Banken ist diese Selbstverachtung der Politik also außerordentlich profitabel. 🗨️

## GESCHRÖPFTE SCHWEINE

**Halb Europa prügelt auf Griechenland und andere hochdefizitäre Staaten ein.**

**Dabei können die Banken mit der Situation mehr als zufrieden sein.**

Von Elmar Altvater

Die Finanzkrise privater Banken ist zur Fiskalkrise souveräner Staaten geworden. Im europäischen Norden waren es die wild spekulierenden Banken, die die knapp 300.000 IsländerInnen fast in den Bankrott gerissen haben. Von den Spekulationsverlusten wurden sie vom Staat befreit. Nicht mehr die Banken, der Staat ist nun hoch verschuldet, und die Kosten sollen die BürgerInnen tragen. Sie werden sich das wohl in einem Referendum verbitten.

Im europäischen Süden, in Griechenland, waren es nicht griechische Banken, sondern die Global Players aus Deutschland, den USA, Britannien und der Schweiz, die eine zunehmende Verschuldung des griechischen Staates finanziert haben. Goldman Sachs und andere aus der internationalen «banking community» waren behilflich dabei, dass dieser immer mehr Schulden machen konnte. Warum wohl? Weil der griechische Staat dafür sorgte, dass aus dem griechischen Nationaleinkommen ein steter Strom des Schuldendienstes an die KreditgeberInnen in den Zentren der Weltfinanzen abgezweigt werden kann.

### **Eine Nummer zu klein**

Die Verschuldung von Staaten ist für die großen privaten Banken und ihren Tross aus Ratingagenturen, Beratern und Anwältinnen sehr lukrativ. Die Schuldtitel werden verbrieft, zu strukturierten Papieren gebündelt und auf globalen Märkten profitabel gehandelt. Die Ackermänner der globalen Finanzplätze vermehren Milliarden Gewinne. Und die normalen BürgerInnen fragen sich, woher der Geldsegen nach der verlustreichen Finanzkrise, die sie Hunderte von Milliarden Euro kostet, wohl stammen mag? Die Antwort ist: aus Griechenland, Dummerchen, wenn auch nicht nur aus Griechenland. Dazu wäre das Land mit gerade einmal 2,5 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts eine Nummer zu klein.

Doch gibt es noch andere Schweinchen, die man schlachten kann, nämlich die (in offiziöser Sprachregelung) PIGS genannten Mittelmeerstaaten Portugal, Italien, Griechenland und Spanien und einige andere mehr in der Welt. Ohne deren Verschuldung könnte das profitable Geschäftsmodell der Banken gar nicht florieren. Die Wertpapiere der einen verlangen die Verschuldung der anderen. Das ist einfache Saldenmechanik. Damit die Wertpapiere ihren Wert behalten, müssen allerdings die Schulden ordentlich bedient werden. Sonst werden sie toxisch. Daher kommt Panik ins «Börsenspiel der modernen Bankokratie» (so Karl Marx vor 150 Jahren), wenn am reibungslosen Schuldendienst gezweifelt wird, und manche Medien werden hysterisch wie das Münchener Magazin «Fokus», das Griechenland seit 2000 Jahren im Niedergang sieht. Das ist jedoch das Stichwort für die privaten Ratingagenturen. Sie reduzieren das Rating, und nun können die Bankster auf die Zinsen der Staatsschuld einen Risikozuschlag, den «spread», aufschlagen. Mit dem Risiko steigen die Gewinne der Banken. Umgekehrt wird die Last der Staatsschulden immer grösser.

### **Wie einst in Argentinien**

Öffentliche Schulden sind also der Stoff, aus dem Bankprofite gemacht werden – solange die Staaten zahlen können. Für den Schuldendienst können Regierungen besser als private Schuldner sorgen, weil sie über das Steuermonopol verfügen und bei den öffentlichen Ausgaben kürzen können, am besten unter dem äußeren Druck der EU oder indem sie Auflagen des Internationalen Währungsfonds befolgen – zur Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst, bei den Sozialaufwendungen oder der Infrastruktur, und durch Absenkung der Masseneinkommen. Wenn es dagegen Widerstand gibt, können die Regierungen auf das Gewaltmonopol des Staats zurückgreifen und die Polizei einsetzen. Die

Marktmechanismen der neoliberalen Lehre werden also repressiv exekutiert.

So ist es schon Hunderte Male in der jüngeren Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft geschehen. Warum sollte es in Griechenland 2010 so anders sein als etwa 2001 in Argentinien? Weil der Euroraum Kooperation verlangt? Dann hätte man 1992 die Maastricht-Regeln anders gestalten, zumindest hätte man die Sozial- und Einkommenspolitik koordinieren müssen. Hat man aber nicht, und so konnte es geschehen, dass 2008 allein Deutschland gegenüber den PIGS einen Außenhandelsüberschuss von 47 Milliarden Euro erzielt hat. Daraus und aus anderen Geschäften sind Forderungen deutscher Banken von fast 550 Milliarden Euro gegenüber den PIGS-Staaten entstanden, darunter allein 43 Milliarden gegenüber Griechenland. An den mediterranen PIGS verdienen deutsche Banken also gut.

### **Regeln, die ins Unglück führen**

Auch die Schweizer Banken sind immer dabei. Sie bunkern 16,4 Milliarden Euro griechisches Schwarzgeld, das einen Teil des Staatsdefizits Griechenlands erklärt. So versuchen die Banken Verluste zu kompensieren, die sie bei den Abschreibungen von Forderungen gegenüber anderen Geschäftsbanken in der Finanzkrise realisieren müssen. Also keine Steine auf Griechenland, denn die gesamte «banking community» sitzt im Glashaus.

Das Geld, das den Banken aus öffentlichen Kassen und von der Europäischen Zentralbank billig zur Verfügung gestellt wird, nutzen sie, um jene Schuldverschreibungen zu kaufen, die die Staaten zur Finanzierung der immensen Kosten der Bankenrettung ausstellen müssen. Nun haben sie anstelle der entwerteten privaten wertvolle souveräne Schuldtitel in ihrem Portefeuille, mit denen sie gute Geschäfte machen können. Die

Staaten, also letztlich die SteuerzahlerInnen, begleichen die teure Rechnung.

Es ist wie in einer griechischen Tragödie. Alle sind vom Schicksal, in diesem Fall von den Finanzmärkten, getrieben und müssen Regeln befolgen, die ins Unglück führen. Griechenland unter die Arme greifen? So etwas hat gerade noch in der deutsch-deutschen Währungsunion vom 1. Juli 1990 geklappt, weil ihr im Oktober des gleichen Jahres die staatliche Einigung folgte; das ermöglichte einen Finanzausgleich zwischen Westen und Osten. Im kurz danach gegründeten Maastricht-Europa hingegen ist zwar jedes Land auf alle anderen angewiesen und dennoch in der Krise auf sich allein gestellt. Das ist ein Konstruktionsfehler des «europäischen Hauses», der es zum Einsturz bringen kann. Mit dem Lissabon-Vertrag ist dieser Fehler im Dezember 2009 nicht korrigiert, sondern ratifiziert worden. Die Tragödie nimmt ihren Lauf. 🗨

## **DIE POLITIK IST VERANTWORTLICH FÜR DIE KRISE – UND SIE LEGT GERADE DAS FUNDAMENT FÜR DEN NÄCHSTEN CRASH**

Von Conrad Schuhler

Die Selbstregulierung der Märkte hat sich mit der Finanzkrise als hohler und gefährlicher Mythos erwiesen. Nach Jahren, in denen ihnen die Verachtung der „Meister des Universums“, der Maximalprofiteure aus der Finanzindustrie, entgegenschlug, sind nun wieder Staat und Politiker gefragt als Krisenmanager – was auf Deutsch heißt: Sie haben die Steuermilliarden bereit zu stellen, mit denen die Verluste der Spekulanten aufgefangen werden, ohne dass die Nutznießer und Organisatoren der Spekulationsrallye zur Rechenschaft gezogen würden.


Bei der Vorstellung ihres Haushalts für 2010 hat sich die Bundesregierung in dieser neuen Rolle präsentiert. Sie sei Opfer einer von anderen Mächten angerührten Krise und müsse diese nun bekämpfen mit Hilfe großer Einschnitte in die öffentlichen Leistungen und großer Opfer der Bürger. Beides ist das Gegenteil der Wahrheit. Die Politik hat dem Spekulationskapitalismus den Weg bereitet, und sie ist nun dabei, ihm zu einer neuen, noch gewaltigeren Runde im Casino zu verhelfen.

Worin bestand die Komplizenschaft der Politik mit der Finanzindustrie? Erstens haben die deutschen Regierungen seit 2000 mit maximalem bürokratischem Furor das Finanzwesen dereguliert, das heißt Beschränkungen für Banken, Versicherungen, Investmentfonds und so weiter aufgehoben. Ein Höhepunkt dieser Offensive für Spekulation war die Legalisierung der Hedgefonds durch die rot-grüne Bundesregierung, die den berühmten „Heuschrecken“ des SPD-Vizekanzlers Müntefering ihr verderbliches Tun erst ermöglichte.

Zweitens sorgte die Politik für eine rasche und kräftige Umverteilung von unten nach oben. In den letzten zehn Jahren ist die Lohnquote um rund zehn Prozent gesunken, die Profitquote aber um rund 20 Prozent gestiegen. Der entscheidende Knick passierte im Gefolge der Hartz-IV-Reformen. In den zwei Jahren nach ih-

rer Einführung sanken die Lohnkosten je produzierter Einheit um fast vier Prozent, während die Arbeitslosigkeit um fast eine Million zurückging. Die abhängig Beschäftigten, obwohl mehr gefragt als zuvor, waren angesichts der Hartz-Drohungen mit weniger zufrieden. Die Geldvermögen der Reichen schossen nach oben, machten schließlich fast das Doppelte des jährlichen Bruttoinlandsprodukts aus.

Dass die Spitzensteuersätze für Einkommen und die Körperschaftssteuer für Unternehmen drastisch gesenkt wurden, ließ den wachsenden Geldstrom weiter anschwellen. Der ergoss sich immer mehr in den Finanzsektor, da die hier verheißenen Irrsinnprofite in der realen Wirtschaft nicht zu erzielen waren. Die Geldvermögensbesitzer verlegten sich auf die „Innovationen“ im Finanzsektor, die Unternehmer der realen Wirtschaft angesichts des schrumpfenden Binnenmarktes zusehends auf den Export. Die überschießenden Geldvermögen sind ebenso eine Folge der politischen Entscheidungen wie der wachsende Exportüberschuss und damit die Ungleichgewichte zwischen Deutschland und seinen Wirtschaftspartnern.

Berlin mitsamt der „internationalen Staatengemeinschaft“ ist nun zügig auf dem Weg zur nächsten Blase mit schnell folgendem Knall. Denn während das Bankensystem durch die Politik des „billigen Geldes“ mit hunderten Milliarden Euro geflutet wird, ist die auf dem Höhepunkt der Krise auch von der damaligen und heutigen Bundeskanzlerin Angela Merkel geforderte Regulierung des Finanzsektors keinen Schritt vorangekommen. Unterdessen leihen sich die Banken in der Eurozone die Mittel zu einem Zins von ein Prozent, geben das Geld aber nicht weiter an die Unternehmen der realen Wirtschaft, sondern zocken ungehemmt mit Staatsanleihen und Derivaten aller Art. Das Spekulationsvolumen hat bereits den Gipfel vom Herbst 2008 erreicht. Vor uns die Sintflut – als Ergebnis politischen Versagens. 



## DEMOKRATISCHE BANK STATT BAD BANKS

### Die Rolle der Banken in der Krise und Alternativen

Von Christian Felber

Der globale Spiel- und Machtrausch der Banken geht auf eine gemeinsame Ursache zurück: der Schwenk des Finanzsektors von lokaler Aktivität und vorrangiger Verpflichtung auf das Gemeinwohl nach dem zweiten Weltkrieg auf Gewinnerorientierung, Wachstum und globale Expansion seit den 1980er Jahren, angeheizt und ermöglicht durch die „Liberalisierung“ der Märkte in EU und WTO. Märkte wurden nicht nur für Devisenspekulation, Hedge-Fonds und toxische (Immobilien-)Derivate geschaffen, die Wende begann schon beim Wettbewerb um Sparkundinnen und -kunden: Bis 1967 waren die Sparzinsen in Deutschland gesetzlich festgelegt.

Durch den neoliberalen Generalschwenk haben die meisten Banken ihre Kernaufgaben – Garantie der Sparguthaben, kostengünstige Kredite für „reale“ Investitionen, kostenlose Girokonten – immer mehr vernachlässigt, weil diese vergleichsweise wenig oder keinen Profit abwerfen, und immer waghalsigere und gemeinwohlschädlichere Geschäfte aufgenommen: Vermögensverwaltung, Fondsmanagement, Kredithandel, Derivate-Emission, Spekulation gegen Währungen und Staaten.

#### **Megatrend riss fast alle mit**

IKB, HRE, Commerzbank, Dresdner Bank oder Landesbanken: Der Spekulationsstrudel riss fast alle mit. Neben Nischenbanken wie der GLS oder den Spardas widerstanden noch am ehesten die lokalen Sparkassen und Volksbanken dem Megatrend. Die sich gerne als „krisenresistent“ gefällende Deutsche Bank spielte eine gefährliche Doppelrolle: Gemeinsam mit anderen Investmentbanken entwickelte sie die Immobilienderivate und pries diese in Europa Mitte 2007, kurz bevor das Kartenhaus zusammenkrachte, noch an, während sie in den USA bereits auf den Wertverfall der verbrieften Immobilien spekulierte. Sie scheffelte Unsummen mit dem Verschieben von finanziellem Giftmüll in die

Landes- und andere Banken wie die IKB, die dann mit Steuergeld gerettet wurden, was wiederum der Deutschen Bank als Gläubigerin zugute kam. Indirekt erhielt die Co-Produzentin des finanziellen Giftmülls über die staatliche Rettung von AIG, IKB und HRE fast 20 Milliarden Euro Steuergeld, ohne die sie heute vielleicht insolvent wäre und keine Milliarden an die Aktionäre ausschütten könnte. Selbst die österreichischen Bundesbahnen verschluckten sich am Finanzmüll der „25-Prozent-Eigenkapitalrendite-Bank“ und stecken heute tief in der Verschuldung. Mit „Effizienz“ hat die Liberalisierung der Finanzmärkte nichts zu tun.

#### **Gemeinwohl- statt Gewinnerorientierung**

Die Alternative ist eine grundlegende Neustrukturierung des Finanzsektors: Kredit und Bankinfrastruktur sollten zu einem öffentliche Gut werden und dem Gemeinwohl dienen. Die Märkte für Derivate, Kredithandel, Fonds, Rating und Clearing sollten wieder geschlossen werden. Die Aktiengesellschaft ist keine geeignete Rechtsform für Banken (allein schon, weil nicht die Aktionäre für den von ihrem Eigentum angerichteten Schaden zur Verantwortung gezogen wurden, sondern die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler). Eine neu zu gründende „Demokratische Bank“ könnte die Kernfunktionen der Bank aufnehmen: Garantie der Sparguthaben, kostengünstige Kredite an lokale Unternehmen und private Haushalte, kostenloses Girokonto für alle Eigentümerinnen und Eigentümer. Die Demokratische Bank sollte dezentral organisiert, vom Souverän direkt kontrolliert, in der Verfassung verankert und vom Zugriff der Regierung geschützt sein. Die Staatshaftung und Refinanzierung durch die Zentralbank könnte auf sie und andere gemeinwohlorientierte Banken beschränkt werden. Die gewinnorientierten Banken sollen selbst zusehen, wie sie ihre Kundeneinlagen garantieren und sich refinanzieren – und sie dürften im Unterschied zu heute nicht mehr zu „systemrelevanter“ Größe heranwachsen. ■



## WAS JETZT GESCHEHEN KANN

---

Am Ende des Tribunals wird das Urteil stehen. Worauf es sich genau konzentriert, können wir noch nicht vorhersagen. Es soll ein starkes Signal aussenden und Alternativen ebenso wie Protesten gegen die heutige Finanzmarktpolitik den Rücken stärken.

Wahrscheinlich wird es einige Punkte besonders hervorheben, an denen es sich lohnt, nachzuhaken.

Denn wir sind uns sicher: Es ist an der Zeit, den Widerstand zu verstärken, gegen existenzvernichtende Krisen und ebensolche Boom-Zeiten, gegen die Umverteilung in die falsche Richtung, die Reiche immer reicher und Finanzmärkte immer gefährlicher macht. Unsere Arbeit kann Stachel im Fleisch der Regierungen, der Banker und ihrer Komplizen sein.

Wir können Alternativen einfordern, die Entwicklung und gutes Leben für alle möglich machen.

Wir geben absichtlich kein fertiges Konzept zur Weiterarbeit vor, denn das Bankentribunal ist auch ein Ort der Vernetzung und der Entwicklung der weiteren gemeinsamen politischen Arbeit. Wir haben ExpertInnen eingeladen aus ganz unterschiedlichen Organisationen und Zusammenhängen, die verschiedene Fragestellungen der Finanzmärkte und des Bankenwesens bearbeiten und hinterfragen. Kooperation, Vernetzung, gemeinsame Projekte werden Thema unter anderem des Forums der Alternativen sein.

Schon jetzt gibt es viele Möglichkeiten, mitzuwirken oder gute Ideen weiter zu entwickeln.

Ein paar bedenkenswerte Beispiele, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

a) bei Attac

### **FTT - FINANZTRANSAKTIONSSTEUER**

Die Attac-Gründungsforderung nach einer Besteuerung von Finanztransaktionen hat gerade kräftig Rückenwind und geht den Bankern auf die Nerven. Die Finanztransaktionssteuer wirkt wie Sand im Getriebe

der Finanzmärkte und selbst wenn sie nur einen Steuersatz von 0,05 Prozent hätte, würde sie mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr einspielen, die für Entwicklung und Klimagerechtigkeit eingesetzt werden könnten. Attac streitet mit in der Kampagne „Steuer gegen Armut“ und sammelt gemeinsam mit vielen Partnerorganisationen Hunderttausende von Unterschriften. [www.attac.de](http://www.attac.de) oder [www.steuer-gegen-armut.org](http://www.steuer-gegen-armut.org)

### **STEUEROASEN**

Die G20 hatten sich den Kampf gegen Steueroasen kurzzeitig auf die Fahnen geschrieben. Viel blieb davon nicht übrig, die sogenannten „schwarzen Listen der unkooperativen Länder“ unterliegen so schwachen Kriterien, dass kein Land dort mehr aufgezählt wird. Dabei schaufeln weiterhin Vermögende Milliardensummen in die Steuerparadiese. Attac hat eine Ausstellung über Steueroasen erstellt, die aus auszuleihen ist.

### **DIE DEMOKRATISCHE BANK**

Intensiv diskutiert Attac in Österreich ein Alternativmodell für Banken, das sie „demokratische Bank“ nennen. Zentrale Merkmale: Nicht profitorientiert. Transparentes Geschäftsgebahren. In der Hand ihrer Kundinnen und Kunden. Keine Zinsen auf Spareinlagen oder Kredite, dafür aber Kreditgebühren, die ökologisch und sozial wertvolle Investitionen begünstigen. Mehr: [www.attac.at](http://www.attac.at) bzw. direkt unter: [www.attac.at/uploads/media/Demokratische\\_Bank\\_01.doc](http://www.attac.at/uploads/media/Demokratische_Bank_01.doc)

### **MOVE YOUR MONEY**

Was wäre, wenn die großen Banken plötzlich erlebten, dass ihnen mehr und mehr Menschen die Gefolgschaft versagen? Eine massenhafte Konto-Wechsel-Kampagne ist die Idee hinter „move your money“. In den USA kam die Idee auf und wurde wirkungsmächtig, weil prominente Vermögende zu Mitstreitern wurden, deren Weggang den Banken wirklich weh tut. Ein privater Kontenwechsel hebt das System nicht aus

den Angeln. Aber es gibt kaum einen direkteren Gesprächs- und Handlungseinstieg. In Deutschland hat die Attac-Gruppe Frechen schon mal die passende Internetseite reserviert.

[www.move-your-money.org](http://www.move-your-money.org)

### **„BANKWATCH“ ODER ÄHNLICHES...**

„Man dürfte sie nicht mehr in Ruhe lassen“, haben wir im Vorbereitungsprozess oft gedacht. Die Expertise, die beim Bankentribunal zusammenkommt, ist stark. Was lässt sich daraus schmieden, das über das Wochenende in der Volksbühne hinaus wirkt? Wie kann es gelingen, Fachwissen und politische Schlagkraft zusammen weiter zu entwickeln und den Banken und Finanzmarktpolitikern das Leben noch viel öfter schwer zu machen? Wir müssen zugleich den Banken auf die Finger sehen und die Politik angreifen, die sie nicht dran hindert, ihre zerstörerische und unsoziale Geschäftspraxis fortzusetzen.

### **PPP-IRRWEG**

Öffentliche Infrastruktur wird allorts privatisiert. Immer häufiger kommt jetzt der Vorschlag, Public Private Partnerships, PPPs, einzugehen. Die Attac-Kampagnengruppe „PPP-Irrweg“ zeigt an vielen Beispielen, dass diese Modelle keinesfalls eine gute Lösung darstellen: Mit Sicherheit gewinnen hier nur die Banken. In den Kommunen wird es meist teurer, oft schlechter und nicht mehr selbst gestaltbar.

[www.ppp-irrweg.de/](http://www.ppp-irrweg.de/)

### **AG FINANZMÄRKTE UND STEUERN**

Die Arbeit gegen Steueroasen, für eine „solidarische Einfachsteuer“, für die Einführung der Finanztransaktionssteuer und viele ähnliche Themen mehr, werden bei Attac in der bundesweiten AG Finanzmärkte und Steuern bearbeitet. Die AG ist offen für neue Interessierte.

<http://attac-netzwerk.de/ag-finanzmarkt-steuern/>

### **AG GENUG FÜR ALLE, AG ARBEIT FAIRTEILEN, AG SOZSICH**

Das Tribunal hat gezeigt: Die Verteilungsfragen sind nicht von der Krisenbearbeitung zu trennen, auch wenn das die Verantwortlichen gerne täten. In Attac arbeiten mehrere Gruppen und AGs intensiv dazu. So fragt die AG Genug für alle nach neuen Formen gesellschaftlicher Verteilung und macht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen stark. Die AG Arbeit FairTeilen diskutiert nicht nur über eine fairere Verteilung von Arbeit, sondern entwickelt auch konkrete Modelle. Die AG SozSich kämpft für solidarische Bürgerversicherungen und gegen die krisenverstärkenden Privatversicherungsmodelle.

<http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/bundesweite-ags/>

### **KONGRESS DES SÜDENS**

Gemeinsam organisieren die bundesweite AG Lateinamerika und die AG Welthandel und WTO einen großen Kongress zum Jahresende, bei dem Alternativen, auch aber nicht nur im Bereich der Banken und Finanzmärkte aus den Ländern des globalen Südens vorgestellt werden sollen.

b) aus anderen Gruppen:

### **LOBBY-PEDIA**

„Wikipedia“, die Online-Enzyklopädie, die ständig von ihren NutzerInnen weiter entwickelt wird, bekommt immer mehr „Ableger“, die für spezielle Fälle fundierte und umfassende Informationen liefern. Ein Vorhaben der Organisation Lobbycontrol könnte manchen Bänkern und Finanzmarktpolitikern Schweißperlen auf die Stirn treiben: Lobby-pedia soll enthüllen, wer mit wem welche Beziehungen pflegt und es wie schafft, die eigenen Interessen gegen das Gemeinwohl durchzudrücken. Lobby-pedia soll sich letztlich mit

vielen Branchen beschäftigen, fängt aber, passend zum Banktribunal mit der Finanzbranche an.

*[www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)*

### **CEE BANKWATCH INTERNATIONAL UND BANKTRACK**

Das CEE Bankwatch Netzwerk arbeitet zu den internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und Europäischer Entwicklungsbank (EBRD) Dem Netzwerk gelang es – teilweise mit vielen Partnern – die internationalen Finanzinstitutionen von mehreren konkreten, zerstörerischen Projekte abzubringen, wenn sie Öffentlichkeit und Protest dagegen mobilisierten. Das Netzwerk ist in Prag ansässig. [www.bankwatch.org](http://www.bankwatch.org)  
In den Niederlanden ist „Banktrack“ zu finden, die in Banken-Steckbriefen vollmundige Verlautbarungen der Banken zu Nachhaltigkeit ihrer Praxis gegen über stellen und weitere Forderungen und Kritik zum Thema Banken zusammenstellen.

*<http://www.banktrack.org/>*

### **URGEWALD**

Urgewald brachte die Deutsche Bank und die Hypo Vereinsbank durch öffentlichen Druck davon ab, Kredite für den Bau des Atomkraftwerkes Belene mitten im Erdbebengebiet in Bulgarien zur Verfügung zu stellen. Intensive Recherchen der Organisation zur Deutschen Bank zeigen, wie oft diese große Bank mit großen Schaden für die Zielländer ihrer Kredite in Kauf nimmt: „Leistung, die Leiden schafft“ [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de)

Urgewald ist auch deutscher Partner für die interessante Seite: [www.banksecrets.org](http://www.banksecrets.org)

### **VERDI NRW: KAMPAGNE GEGEN DEN VERKAUFSDRUCK**

Verdi organisierte in Nordrhein-Westfalen eine Kampagne gegen den Verkaufsdruck auf die Bank-Beschäftigten. Auf einer Internetseite können sich Betroffene

anonym Luft machen. Schnell wurde deutlich: Mit der Krise hat der Druck auf die Beschäftigten, möglichst schnell viel zu verkaufen, deutlich zugenommen. Keine gute Krisen-Vorsorge ...

*[http://fidi-nrw.verdi.de/faire\\_arbeit/verkaufsdruck-nein-danke](http://fidi-nrw.verdi.de/faire_arbeit/verkaufsdruck-nein-danke)*



## GLOSSAR

---

### Asset Backed Securities (ABS) – Forderungsbesicherte Wertpapiere

ABS sind handelbare, forderungsbesicherte (d.h. mit Vermögenswerten unterlegte) Wertpapiere. In diesen Wertpapieren sind Forderungen verschiedenster Art gebündelt. Diese Bündelung bzw. *Verbriefung* wird meist über eigens dafür geschaffene *Zweckgesellschaften* durchgeführt. Mit ABS lassen sich Projekte unabhängig von üblichen Bankkrediten finanzieren, v.a. auf dem Immobilienmarkt. Als Finanzierungsinstrument wurden ABS schon vor über 30 Jahren in den USA entwickelt. Auf dem deutschen Finanzmarkt gibt es sie seit 1998.

### Bad Bank

Unter einer „Bad Bank“ (schlechte Bank) versteht man eine Abwicklungsbank, die risikobehaftete Kredite oder Wertpapiere aus pleitegefährdeten Banken einlagert. Die Bad Bank versucht, Geld für die faulen Papiere einzutreiben. Die „gute“ Bank ist aktuell entlastet und kann neue Kredite vergeben und hofft, so auch das Vertrauen in die Bank wieder herzustellen.

Wenn Kredite nicht zurückzahlt werden oder Wertpapiere einer Bank stark an Wert eingebüßt haben, müssten solche „toxischen Papiere“ von der Bank als Verlust in ihre Bilanz aufgenommen werden. Das mindert den Wert einer Bank, sie würde zahlungsunfähig oder müsste von der Bankenaufsicht geschlossen werden. Die Finanzkrise hat die unverantwortlich hochriskanten Geschäfte vieler Banken platzen lassen. Um einen Zusammenbruch des gesamten Bankensystems zu verhindern, haben Staaten bzw. Regierungen mit Kapital und Bürgschaften eingegriffen. Dabei wurden auch schlechte Papiere aufgekauft und in eine Bad Bank eingelagert.

Das Bad Bank Modell der Bundesregierung vom Juli 2009 sieht vor, dass die gerettete Bank Bürgschaftsgebühr zahlen und bis zu 20 Jahren in der Haftung bleiben

soll für den Fall, dass die Papiere weniger einbringen als bei dem Übertrag in die Bad Bank. Problematisch ist die sichere Bewertung der faulen Papiere. Die Bank wird auch in Zukunft die zu erwartenden hohen Verluste evtl. nicht tragen können, und die Rechnung zahlt am Ende die Allgemeinheit.

### Bail-Out

Bail-Out – aus der Klemme helfen – ist eine Bezeichnung für eine Schulden- oder Haftungsübernahme durch Dritte, insbesondere durch den Staat, z.B. im Fall einer Wirtschafts- oder Finanzkrise.

### Carry Trade

Carry Trade ist eine Anlagestrategie, bei der man Geld bzw. Kredite in einer Währung mit niedrigen Zinsen aufnimmt und das Kapital in einer Währung mit höheren Zinsen anlegt. Die Differenz zwischen den erhaltenen Zinsen aus der Anlage und den zu zahlenden Zinsen für das Darlehen stellt den Gewinn dar. Allerdings ist diese Art von Anlage sowohl mit dem Währungsrisiko als auch dem Zinsänderungsrisiko verbunden.

### Collateralized Debt Obligations (CDOs)

CDOs bestehen aus einem ganzen Bündel oder Portfolio verschiedenster forderungsbesicherter Wertpapiere (*Asset Backed Securities, ABS*). CDOs sind ein Finanzmarktinstrument, mit dem durch *Zweckgesellschaften* die Ausfallrisiken bestimmter Wertpapiere gestreut werden sollen. Der Gedanke dahinter ist, dass ein Risiko, das auf viele Schultern verteilt wird, leichter zu tragen ist. Die Bewertung, ob eine CDO sicher oder weniger sicher ist, wird von Ratingagenturen vorgenommen, die der Herausgeber der CDO für diesen Zweck engagiert. Um das Risiko zu streuen, werden verschiedenste Wertpapiere mit teils hohem Ausfallrisiko zu einem

Paket geschnürt. Das Gesamtpaket ist die CDO. Diese CDO wird nun in mehrere Stücke aufgeteilt und mit unterschiedlichen Verzinsungen verkauft. Eins dieser Stücke wird als hochriskant eingestuft und entsprechend hoch verzinst angeboten. Die anderen Stücke erhalten eine gute bis sehr gute Bewertung und entsprechend eine normale oder niedrigere Verzinsung. Die evtl. eintretenden Verluste im CDO-Gesamtpaket werden vorrangig von den Käufern der hochriskanten Anteile getragen.

Die Gefährlichkeit der CDOs liegt in der Unüberschaubarkeit der verschiedenen gebündelten Papiere und in dem Unwillen der vom Herausgeber der CDO finanzierten Ratingagenturen, die Risiken objektiv und realistisch zu beurteilen.

### Clearing

Clearing ist eine Methode, gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeiten der Mitglieder eines Teilnehmerkreises wie z.B. dem Bankensektor über bestimmte Clearingsysteme miteinander zu verrechnen. Auf dem Finanzmarkt finden Clearings vor allem im Wertpapier- und Termingeschäft statt. Clearingprozesse werden auch zwischen den Banken durchgeführt: Interbankverbindlichkeiten werden mit Interbankforderungen aufgerechnet und ausgeglichen. Als Zwischenstelle agiert hierbei die Zentralbank.

### Credit Default Swaps (CDS)

CDS sind handelbare Wertpapiere und eine Art Versicherungspolice: Der Verkäufer einer CDS bietet einem Käufer an, gegen Zahlung einer Prämie für mögliche Ausfälle von forderungsbesicherten Wertpapieren einzuspringen. Dafür muss er nichts weiter in den Vertrag einbringen als das Versprechen, eventuelle Ausfälle zu übernehmen. Ein Nachweis, dass das Geld dafür auch tatsächlich zur Verfügung steht, ist nicht notwendig.

Das besondere an diesen Versicherungspolice ist, dass der Versicherungsnehmer die zu versichernden Forderungen gar nicht wirklich besitzen muss. Die versicherten Forderungen und die dafür abgeschlossenen Versicherungen können unabhängig voneinander auf dem Markt weiterverkauft werden. Ungefähr so, als schloße jemand eine Feuerversicherung auf das Haus seines Nachbarn ab. Das gesamte System ist extrem intransparent und beruht in weiten Teilen auf einem rational nicht begründbaren Vertrauen in den Markt.

### Derivate

Derivate sind Termingeschäfte, deren Preise sich nach den Kursschwankungen oder den Preiserwartungen anderer Investments richten. Derivate sind Verträge, die das Recht garantieren, zu einem fixen Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Die Preisbildung basiert auf einer marktabhängigen Bezugsgröße (Basiswert). Basiswerte können Wertapiere (z.B. Aktien, Anleihen), marktbezogene Referenzgrößen (Zinssätze, Indices) oder andere Handelsgegenstände (Rohstoffe, Devisen) sein.

Sie lassen sich sowohl zur Absicherung gegen Verluste als auch zur *Spekulation* auf Kursgewinne des Basiswertes verwenden. Zu den wichtigsten Derivaten zählen Zertifikate, Optionen, Futures und *Swaps*.

### Eigenkapital

Als Eigenkapital wird das Kapital eines Unternehmens bezeichnet, das die EigentümerInnen, AktionärInnen oder die GesellschafterInnen eingebracht haben. Dies kann in Form von Bargeld oder Gewinnen, als Spar- und Sacheinlagen oder als Eigenleistung erfolgen. Grundsätzlich haftet jedeR EigentümerIn mit dem von ihm/ihr eingebrachten Eigenkapitalanteil gegenüber den Gläubigern des Unternehmens, wobei bei Personengesellschaften (OHG, GbR, KG etc.) noch zusätz-



lich das private Vermögen in die Haftung mit einbezogen wird.

Eigenkapital bei Banken und Finanzinstituten ist in der Krise in den Blick geraten, weil es eben nicht in der Lage war, für die eingegangenen Geschäfte ausreichend zu haften. Bestehende Vorschriften über das Verhältnis von Eigenkapital zu Kreditvergabe wurden umgangen z.B. durch den Weiterverkauf/*Verbriefung* von Krediten und die Auslagerung von Geschäften in *Zweckgesellschaften* (meist in *Offshore-Zentren*), für die laschere oder gar keine Eigenkapitalvorschriften gelten.

### **Eigenkapitalrentabilität oder Return on Equity (RoE)**

Die Eigenkapitalrentabilität ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl neben vielen anderen zur Beurteilung der Ertragslage eines Unternehmens. Diese Kennzahl gibt an, wie hoch sich das eingesetzte Kapital (*Eigenkapital*) des Kapitalgebers innerhalb einer bestimmten Periode verzinst.

Neben steigenden Börsenwerten macht eine hohe Rentabilität des *Eigenkapitals* Unternehmen für Anleger interessant. Durch Aufnahme von Krediten kann die Eigenkapitalrentabilität erhöht werden, wenn mit diesen Krediten zusätzliche Erträge erzielt werden.

### **Hedgefonds**

Hedgefonds werden im Investmentgesetz als „Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“ bezeichnet. Diese spezielle Art von Investmentfonds sind durch eine spekulative Anlagestrategie gekennzeichnet. Hedgefonds bieten die Chance auf sehr hohe Renditen und tragen entsprechend ein hohes Risiko. Um hohe Renditen zu erreichen wird z.B. sowohl auf steigende als auch auf fallende Kurse spekuliert.

Typisch für Hedgefonds ist der Einsatz von Derivaten und Leerverkäufen. Hiervon rührt auch der irre-

führende Name, da diese Instrumente außer zur Spekulation auch zur Absicherung (Hedging) verwendet werden können. Außerdem wird versucht, mit Hedgefonds über Fremdfinanzierung eine höhere Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften (Hebel- oder Leverage-Effekt). Die meisten Hedgefonds haben ihren Sitz an Offshore-Finanzplätzen.

### **Leistungsbilanz**

-Defizit: Ein Land bezieht wesentlich mehr Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland als es selber dorthin liefert: Beispiel USA. Dieses Mehr muss mit Krediten finanzieren werden.

-Überschuss: Ein Land verkauft dem Ausland mehr Produkte und Dienstleistungen als es selbst bereit ist von dort zu beziehen: Beispiel Deutschland. Im Jahr 2008 betrug der Exportüberschuss mehr als 176 Mrd. Euro. Hohe Leistungsbilanzüberschüsse erzeugen nicht nur eine gefährliche Abhängigkeit von externer Nachfrage und Finanzierung, wie in der augenblicklichen Krise erlebt. Sie tragen auch zur globalen Umverteilung auf Kosten anderer Länder bei – siehe EU.

In die Berechnung der Leistungsbilanz fließen verschiedene Faktoren wie Aus- und Einfuhr von Waren, Dienstleistungen und Vermögens- und Kapitalübertragungen ein. Um die Weltwirtschaft stabil zu halten, sollten die Leistungsbilanzen einigermmaßen ausgeglichen sein.

### **Leerverkauf**

Beim Leerverkauf geht es um die Veräußerung eines Wertpapiers, eines Devisenbetrages oder einer Ware, ohne dass der Verkäufer zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im Besitz dieses Verkaufsgegenstandes ist. Der Verkäufer schließt mit einer Käuferin einen Vertrag und vereinbart für den Basiswert einen entspre-

chenden Preis. Er spekuliert darauf, dass bis zur Fälligkeit der Lieferung der Preis des Basiswertes am Markt sinkt. Tritt das ein, kann er den Basiswert billiger einkaufen und bekommt bei Erfüllung des Vertrages den höher vereinbarten Preis aus dem Leerverkauf. Leerverkäufe sind ein klassisches Beispiel für ein reines Finanzspekulationsgeschäft, u.U. mit großen Auswirkungen auf die Finanzmärkte, betroffene Unternehmen oder Staaten.

### **Leitwährung**

Als Leitwährung bezeichnet man eine für den internationalen Finanz- und Wirtschaftsverkehr bedeutsame Währung. Diese Bedeutung wird üblicherweise daran bemessen, in welchem Umfang eine Währung als Transaktions- und Reservemittel genutzt wird. Momentan ist der US-Dollar die weltweit wichtigste Währung und damit die Leitwährung schlechthin. Dies hat für die USA große Vorteile. Die Rolle des US-Dollars gerät jedoch zunehmend in die Kritik und unter Druck. Zusätzlich gewinnt ein Land in den wichtigen internationalen Institutionen (G20, IWF) an Einfluss, sobald die Landeswährung internationale Bedeutung hat.

### **Leverage-Effekt (Hebelwirkung/Hebeleffekt)**

Bei einem Leverage-Effekt geht es um die Steigerung der Rendite des eingesetzten *Eigenkapitals*. Durch die Aufnahme von Kreditgeldern, die man zusammen mit seinem *Eigenkapital* investiert, kann man höhere Gewinne erzielen – wenn es schief geht allerdings auch deutlich höhere Verluste.

### **Leveraged Buy-Out (LBO)**

Leveraged Buy-Out ist die Übernahme eines anderen Unternehmens mittels einer vorrangig aus Fremdkapital stammenden Finanzierung. Bekannt dafür sind Pri-

vate Equity Gesellschaften, die finanziell in Schieflage geratene und dadurch dem Wettbewerb nicht mehr gewachsene Firmen aufkaufen und dafür Kredite aufnehmen. Die übernommene Firma wird umgestaltet und neu auf dem Markt platziert, um nun als wettbewerbsfähige Gesellschaft wieder Gewinn zu erzielen. Die Zinsen und Kreditrückzahlungen werden dabei vorzugsweise aus dem voraussichtlichen Betriebsertrag des gekauften Unternehmens finanziert. Das bedeutet, dass das Unternehmen seine Übernahme letztendlich mit dem eigenen Betriebsvermögen bezahlt. Dadurch kann der Käufer mit sehr geringen Eigenkapitalmitteln auskommen. Nicht selten wird eine solche LBO-Maßnahme dazu eingesetzt, bei anderen Firmen zunächst nur Mehrheitsbeteiligungen zu erwerben und sie erst später ganz zu übernehmen.

### **Moral Hazard**

Verminderte Achtsamkeit im Verhalten oder bewusstes Fehlverhalten, wenn man damit rechnen kann, dass andere den angefallenen Schaden (mit)tragen. Große Unternehmen könnten zum Beispiel riskanter wirtschaften, weil sie darauf vertrauen, wegen ihrer Größe und Bedeutung „gerettet“ zu werden, wenn sie ernsthaft gefährdet sind.

### **Offshore-Ökonomie**

Der Begriff „Offshore“ bezeichnet im wörtlichen Sinn eine Insel vor dem Festland. Die Offshore-Ökonomie ist jedoch nicht durch ihre Geographie gekennzeichnet. Die Geschäftstätigkeit der Offshore-Welt findet formal in einer Steueroase statt, im Auftrag von zwei Parteien, die sich an anderen Orten der Welt („Offshore“) befinden. Dabei bietet die Steueroase nur den rechtlichen Rahmen für Geschäfte, die de facto anderswo gemacht werden, weil die Steueroase dafür besonders günstige Bedingungen bietet, z.B. niedri-

ge Steuern, keine einschränkenden Bestimmungen, strenges Bankgeheimnis.

Die Offshore-Wirtschaft besteht vor allem aus Steueroasen und Offshore-Zentren, aber beispielsweise auch aus Sonderwirtschaftszonen, Billigflaggen in der Schifffahrt, Telefonsex und Offshore-Kasinos.

Nach Schätzungen liegen die weltweiten Verluste an Steuereinnahmen durch Offshore-Finanzplätze bei 255 bis 350 Milliarden Dollar jährlich. Darüber hinaus wird auf Grund fehlender Transparenz die Geldwäsche gefördert. Die laxen Finanzaufsicht in den Steueroasen gefährdet die Stabilität der Finanzmärkte. Zahlreiche Banker halten die Offshore-Finanzplätze mitverantwortlich für mehrere Währungskrisen in den 1990er Jahren.

### **Offshore-Zentrum**

Offshore-Zentren sind kommerzielle Gesellschaften in Steueroasen. Sie erbringen Dienstleistungen für Menschen anderer Staaten, damit diese in den Genuss der günstigen Bedingungen der Steueroase kommen können. Das sind v.a. Buchhalter, Anwältinnen, Bankangestellte und angeschlossene Treuhandgesellschaften. Offshore-Zentren gibt es in Belgien, der City von London, Frankfurt, Hongkong, den Niederlanden, New York, Südafrika und der Schweiz.

### **Over-The-Counter (OTC)**

Over-the-counter kann übersetzt werden mit „über den Tresen“. Gemeint ist damit außerbörslicher Handel, d.h. finanzielle Transaktionen mit nichtstandardisierten Finanzkontrakten zwischen Teilnehmern am Finanzmarkt, die nicht über die Börse abgewickelt werden. Die einzelnen Vertragsbestandteile werden durch die jeweiligen Vertragsparteien eigens und individuell vereinbart und festgelegt.

Generell wird zwischen drei Formen des OTC-Handels differenziert: Handel mit börsennotierten Wertpapieren, Handel mit Finanzderivaten ohne standardisierte Spezifikationen und Handel mit Wertpapieren, die zum Börsenhandel nicht zugelassen sind.

Für einen Teil der am Finanzmarkt gehandelten Produkte ist der OTC-Handel wichtiger als der Börsenhandel, da die Börsen nur standardisierte Produkte anbieten. Die Gefahr des OTC-Handels liegt in der fehlenden Aufsicht und Kontrolle und der fehlenden Markttransparenz.

### **Pfandbrief**

Pfandbriefe sind langfristige, gedeckte Schuldverschreibungen, ausgegeben von einer auf das Pfandbriefgeschäft spezialisierten Bank. Pfandbriefe haben eine so genannte Deckungskongruenz. Das bedeutet, dass die umlaufenden Pfandbriefe jederzeit nach dem Barwert inklusive der Zins- und Tilgungsverpflichtungen durch entsprechende Vermögenswerte gedeckt sein müssen. Gleichzeitig führt das geringe Ausfallrisiko zu einer im Vergleich zu den Schuldverschreibungen privater Emittenten niedrigeren Rendite.

In den Urkunden der Pfandbriefe ist das Rechtsverhältnis besonders in Bezug auf die Kündbarkeit der Pfandbriefe deutlich zu machen, wobei dem Gläubiger kein Kündigungsrecht eingeräumt werden darf. Die Bezeichnung „Pfandbrief“ ist gesetzlich geschützt und sie dürfen nur von befugten Kreditinstituten oder Stellen ausgegeben werden.

### **Private Equity Fonds**

Private Equity Fonds (privates *Eigenkapital* = private equity) sind Kapitalgesellschaften, die das Kapital ihrer privaten Großinvestoren und institutionellen Anlegerinnen an nicht geregelten Kapitalmärkten – also außerbörslich – investieren. Investiert wird zumeist in angeschlagene Unternehmen, die mit der Investition

übernommen, umgebaut und gewinnbringend wieder verkauft werden.

Eine besondere Anlagestrategie von PEF ist die Beteiligung mittels eines *Leverage Buy Outs* (siehe dort). Ist das Risiko sehr groß, spricht man bei der Investition von Risikokapital oder venture capital.

In der Kritik stehen PEF, weil diese Anlagestrategie einen rigorosen, rein gewinnorientierten Umbau von Firmen erfordert, was in der Regel mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und sozialen Rechten von ArbeitnehmerInnen einhergeht.

### **Shareholder Value**

Der Begriff Shareholder Value – Aktionärsvermögen – steht für eine unternehmerische Strategie, die einzig auf die Interessen der KapitalgeberInnen (AktionärInnen) ausgerichtet ist. Seit den 1980er Jahren hat dieses Konzept an Bedeutung gewonnen, vor allem durch institutionelle Anleger wie Fonds. Die jährliche Dividende wird dabei immer unwichtiger, während der Börsenwert des Unternehmens an Bedeutung gewinnt. Über stark ansteigende Börsenwerte lässt sich ein höherer Wertzuwachs für die Shareholder erzielen – allerdings nur, wenn es immer aufwärts geht.

Das Management des Unternehmens wird in diese Strategie eingebunden, indem ein attraktiver Teil ihrer Bezahlung in Form von Aktien erfolgt und damit an den Börsenwert gebunden wird. Besonders schnell und effektiv lassen sich z.B. die Aktienkurse durch Massentlassungen nach oben treiben. Schon die Ankündigung von Personalabbau wirkt sich an der Börse i.d.R. kurssteigernd aus und vergrößert so den Shareholder Value. Der Shareholder Value-Ansatz ist eine so genannte Kurzfrist-Orientierung mit vielfältigen negativen Langfrist-Folgen: Vernachlässigung von Innovationen, massive Beeinträchtigungen der ArbeitnehmerInneninteressen, der KundInnen, der Umwelt und der Standortgemeinden.

### **Spekulation**

Die Spekulation gehört zur kurzfristigen Investitionsmöglichkeit eines erfahrenen Anlegers (= SpekulantIn). Dadurch sollen möglichst hohe und schnelle Gewinne erzielt werden.

Spekulationen basieren immer auf Erwartungen und Prognosen und nie auf tatsächlichen Fakten, da man nie genau wissen kann, wie sich der Markt entwickeln wird. So verlässt sich einE SpekulantIn gerne auf Zukunftstrends in der Finanzwelt. Stehen Aktien relativ niedrig und haben einen Trend zum Ansteigen, wird der/die SpekulantIn ein Geschäft wittern. Neben der Gewinnerzielung kann man dabei auch sehr viel Geld verlieren.

### **Spekulationsblase**

Unter einer Spekulationsblase versteht man den raschen Anstieg eines Aktienkurses, der sich in der Regel im Börsen-, Rohstoff- oder Immobilienbereich völlig von der realen Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt hat.

Getrieben von Berichten über raschen und mühelosen Reichtum springen immer mehr (auch unerfahrene) AnlegerInnen auf den fahrenden Zug auf, kaufen zu schon überhöhten Preisen und rechnen dennoch mit einer raschen Wertsteigerung ihrer Investition. Die Preise scheinen unbegrenzt weiter zu steigen, bis sich irgendwann die Erkenntnis des realen Wertes des jeweiligen Spekulationsobjektes durchsetzt und KäuferInnen zu höheren Preisen plötzlich ausbleiben. Es kommt zum Krach, die Werte verfallen in kurzer Zeit und die zahlreichen Spekulanten sehen sich mit dem rapiden Verlust ihrer Investitionen konfrontiert. Der Mechanismus ähnelt einem Schneeballsystem.

Allein schon die enorme Menge des freien Kapitals weltweit, das Anlage- und Spekulationsmöglichkeiten sucht, erhöht die Gefahr von immer neuen Spekulationsblasen.

### **Staatsschulden**

Bei Staatsschulden handelt es sich um die Verschuldung des jeweiligen Landes. Sie ist der Wert für die Summe aller Forderungen von kreditgebenden Gläubigern an den Staat.

In Deutschland sind das die gemeinsamen Schulden des Bundes, der Länder, der Kommunen, der gesetzlichen Sozialversicherungen sowie des Sondervermögens.

Eine ganze Reihe verschiedener Kenngrößen zeigen die Höhe sowie die Bedeutung der öffentlichen Verschuldung. So kann man z.B. den Schuldenstand mit den Nettokreditaufnahmen messen.

Staatsschulden sind öffentlich und können auch an eine andere Währung gebunden werden – beispielsweise an den Euro oder an den US-Dollar. Bei einer Inflation wird der Wert der landeseigenen Währung von enormen Preissteigerungsraten beeinflusst, während bei einer Abwertung der Vergleichswert der Währung neu festgesetzt wird, wenn der Kurs der Währung unverhältnismäßig hoch scheint. Im Fall einer Inflation oder einer Abwertung im eigenen Land ist eine stabile fremde Währung also auch eine zusätzliche Sicherheit für den Staat bei seinen Schuldnern.

Wenn die Gläubiger der Staatsschulden daran zweifeln, ob ein Staat seinen Verpflichtungen bei fremden Staaten in der Fremdwährung auch nachkommen kann, werden die Inhaber der Schuldverschreibungen reagieren und die Schulden verkaufen. Die Aufnahme von weiteren Krediten wird für den Staat nicht möglich oder nur zu sehr teuren Bedingungen. Im schlimmsten Fall kann das zum Staatsbankrott führen.

### **Squeeze Out**

Squeeze-Out bezeichnet den Zwangsausschluss von Aktionären, d.h. eine zwangsweise Entziehung bestimmter Aktienanteile an einem Unternehmen. Der Ausschluss aus der Unternehmensbeteiligung erfolgt dabei durch einen Beschluss in der Hauptversammlung.

Die rechtliche Grundlage hierfür bildet das Aktiengesetz, in dem ein solches Verfahren der Hauptaktionäre mit dem 1.1.2002 eingeführt wurde. Die Kleinaktionäre erhalten für ihren „Rauschmiss“ eine angemessene Entschädigung für ihre Aktien. Die Höhe der Barabfindung wird vom Hauptaktionär festgelegt, muss aber die Verhältnisse der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Beschlussfassung berücksichtigen.

### **Subprime Lending**

Der Begriff Subprime Lending bedeutet „zweitklassiger Kredit“. Es geht dabei um Kreditvergabe an SchuldnerInnen oder KreditkarteninhaberInnen, die nur über eine mindere Bonität verfügen, d.h. eine mangelnde Kreditwürdigkeit aufweisen. Dadurch wird auch diesen Kreditnehmenden eine Chance auf eine Finanzierung beispielsweise für den Hausbau geboten. Auf Grund der minderen Bonität und Kreditwürdigkeit entsteht für die Darlehensgeber ein enormes Risiko, das sie durch verschiedene Maßnahmen wie Risikoaufschlag auf die Zinsen oder erhöhte Kreditkartengebühren ausgleichen.

### **Swaps**

Der Begriff Swap wird mit „Tausch“ übersetzt. In der Finanzwelt bezeichnen Swaps einen Austausch von Fälligkeiten bzw. Zahlungsströmen.

Swaps dienen dabei vorrangig der Absicherung eines Portfolios und werden häufig bei Devisentermingeschäften angewandt. Aber auch der flexiblere Handel zwischen zwei Parteien an unterschiedlichen Handelsplätzen oder der Tausch verschiedener Währungen gehören zu den Gründen für Swapgeschäfte.

### **Systemrelevanz**

Im Weltwirtschaftssystem wie auch auf nationalstaat-

licher Ebene gibt es Banken, Institutionen und Industriebetriebe, die wegen ihrer Größe und Bedeutung als „too big to fail“ – „zu groß um zu scheitern“ – bezeichnet werden.

Systemrelevanz bedeutet, dass die Insolvenz eines in Schwierigkeiten geratenen Unternehmens negative Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftssystem haben würde. Durch einen Domino-Effekt würde das Unternehmen bei seinem Untergang auch andere Betriebe mit in den Ruin reißen und das Wirtschafts- und Finanz-System zur Fall bringen.

### **Verbriefung**

Die Verbriefung von Forderungen oder Schuldverschreibungen ist eine am Finanzmarkt sehr gebräuchliche Transaktion, die es ermöglicht, die Forderungen, die ein Kreditgeber an einen Kreditnehmer hat, in handelbare Wertpapiere umzuwandeln. In der Regel sind für Verbriefungen spezielle *Zweckgesellschaften* (Special Purpose Vehicles – SPV) verantwortlich, die die Verbriefungen am Markt platzieren.

Und so funktioniert eine Verbriefung am Beispiel eines Darlehens: Der Kreditgeber gewährt dem Kreditnehmer ein Darlehen. Der Kreditnehmer überlässt dem Kreditgeber für dieses Darlehen Sicherheiten. Der Kreditgeber verkauft die Forderung (Darlehen) inklusive der Sicherheiten an die SPV. Diese verbrieft die Forderungen und gibt sie am Kapitalmarkt aus (Refinanzierung des Kaufs). Der Kreditgeber kann diese Einnahmen wieder verleihen und Zinsen dafür verlangen. An dem ursprünglichen Darlehensvertrag ändert sich nichts, und der Kreditnehmer zahlt weiterhin seine Schulden bei der Bank ab. Ansprüche der Investoren, die letztlich die verbrieften Forderungen kaufen, sind ausschließlich gegen die SPV und das verbrieft Kreditportfolio zu richten und nicht gegen den Kreditgeber.

Verbrieft bzw. gebündelt werden stets ganze Portfolios und nie einzelne Forderungen. Dabei kommen

auch Ratingagenturen zum Einsatz, die die Qualität der Forderungen analysieren und die Transaktionsstruktur überprüfen.

### **Zweckgesellschaften**

#### **(Special Purpose Vehicles – SPV)**

Zweckgesellschaften sind Gesellschaften, die zu einem bestimmten Zweck gegründet werden. Meistens werden diese Gesellschaften von Banken oder Unternehmen gegründet, in deren Auftrag sie strukturierte Wertpapiere ausgeben. Dazu lagern Banken oder Unternehmen verbrieft Forderungen, die sie an Kunden haben, in Zweckgesellschaften aus. Diese bauen dann daraus die strukturierten Wertpapiere und verkaufen sie.

Für die Bank hat das den Vorteil, dass sie die Kredite, die sie vergeben hat, nicht mehr in ihrer Bilanz führen muss. Sie erhöht dadurch künstlich ihren Eigenkapitalanteil. Für ein Unternehmen hat diese Konstruktion den Vorteil, dass es nicht von Insolvenz bedroht ist, wenn es zu Ausfällen bei den Forderungen kommt, die in die eigenständige Zweckgesellschaft ausgelagert worden sind. Ein Unternehmen hat so die Möglichkeit, ohne Bankkredit schnell an Kapital zu kommen.

Zweckgesellschaften können missbraucht werden – und wurden es – um hohe und für den Unternehmensruf schädliche Risiken aus dem eigenen Jahresabschluss auszulagern und diese gegenüber Aufsichtsbehörden zu verschleiern.



## DAS BANKENTRIBUNAL – DIE BETEILIGTEN

---

### DIE RICHTERINNEN UND RICHTER

**Dr. Jürgen Borchert** ist Sozialrichter und sitzt dem 6. Senat des hessischen Landesozialgerichts vor.

**Prof. Friedhelm Hengsbach** ist Jesuit und Wirtschaftsethiker und leitete von 1992 bis 2006 das Nell-Breuning-Institut für Wirtschaftsethik.

**Ulrike Herrmann** ist wirtschaftspolitische Korrespondentin der taz.

**Danuta Sacher** ist Entwicklungsexpertin und Geschäftsführerin der NGO „Terres des Hommes“.

**Prof. Karl Georg Zinn** ist Wirtschaftswissenschaftler und lehrte von 1970 bis 2004 Volkswirtschaftslehre an der TH Aachen mit den Schwerpunkten Makroökonomie, Geschichte der politischen Ökonomie und Außenwirtschaft.

### DIE ANKLÄGERINNEN UND ANKLÄGER

**Prof. Elmar Altvater** ist Politikwissenschaftler, Autor und emeritierter Professor für Politikwissenschaft. Er veröffentlicht regelmäßig in der Wochenzeitung „der Freitag“.

**Prof. Peter Grottian** ist Politikwissenschaftler, emeritierter Professor der FU und Mitbegründer der Bürgerinitiative Berliner Bankenskandal.

**Dr. Detlef Hensche** ist Rechtsanwalt, war von 1992 bis 2001 Vorsitzender der IG Medien und ist Mitherausgeber der Monatszeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“.

**Astrid Kraus** ist Unternehmensberaterin und war Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.

**Conrad Schuhler** ist Leiter des Instituts für Sozial-Ökologische Wirtschaftsforschung.

### DIE VERTEIDIGERINNEN UND VERTEIDIGER

**Robert von Heusinger** ist Volkswirt, Journalist und Leiter des Wirtschaftsressorts der Frankfurter Rundschau.

**Dr. Wolfgang Kaden** ist Volkswirt, Journalist und

chem. Chefredakteur von Der Spiegel und dem Manager Magazin

**Peter Wahl** ist einer der Gründer von Attac und Mitglied dessen Wissenschaftlichen Beirats. Er ist Mitarbeiter der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisation WEED (World Economy, Ecology & Development) in Berlin.

**Prof. Henner Wolter** ist Rechtsanwalt und lehrt an der Humboldt-Universität Berlin.

### DIE ZEUGINNEN UND ZEUGEN

**Sven Giegold** ist Mitbegründer von Attac und Tax Justice Network sowie Mitglied der Grünen Fraktion im Europaparlament.

**Barbara Happe** ist Campaignerin der Bankenkampagne von „urgewald“.

**Heidi Klein** ist Politikwissenschaftlerin und im geschäftsführenden Vorstand von LobbyControl.

**Tom Kucharz** ist Autor und aktiv bei Ecologistas en Acción, einem Zusammenschluss von über 300 spanischen Umweltgruppen.

**Frank Kuschel** ist Mitglied im Thüringer Landtag für Die Linke und war Geschäftsführer des kommunalpolitischen Forums Thüringen.

**Sabine Leidig** ist Mitglied des Bundestags für Die Linke und war Geschäftsführerin von Attac.

**Claus Matecki** ist Mitglied des DGB- Bundesvorstands. **Wangui Mbatia** ist Menschenrechtsaktivistin bei KENGO (Kenya Network of Grassroots Organizations).

**Paul Oehlke** ist Sozialwissenschaftler und im Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW

**Dagmar Paternoga** ist Sozialarbeiterin, aktiv in der Attac AG „Genug für Alle“ und Mitglied des Netzwerkrats des Netzwerk Grundeinkommen.

**Hellmut Patzelt** ist Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Karstadt.

**Ulla Pingel** ist Soziologin und Erwerbslosenberaterin.

**Dr. Hermann Scheer** ist Mitglied im Bundesvorstand



der SPD, Träger des Alternativen Nobelpreises und Vorsitzender des Weltrats für erneuerbare Energien.

**Dr. Gerhard Schick** ist Mitglied des Bundestags und Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

**Harald Schumann** ist Autor und investigativer Journalist und veröffentlicht regelmäßig im Tagesspiegel.

**Dr. Axel Troost** ist Bundestagsabgeordneter für Die Linke, Fraktionssprecher für Finanzpolitik und war Mitglied im HRE-Untersuchungsausschuss.

**Carl Waßmuth** engagiert sich gegen Privatisierung und für den Erhalt öffentlichen Eigentums u.a. in der Attac-Kampagne „PPP-Irrweg“

**Lucas Zeise** ist Autor und Wirtschaftsjournalist und veröffentlicht u.a. in der Financial Times Deutschland.

### DIE MODERATORINNEN UND MODERATOREN

**Silke Oetsch** ist aktiv in der Attac-AG Steuern und Finanzmärkte und Mitentwicklerin der Ausstellung „Räume der Offshore-Welt“

**Werner Rätz** ist Mitbegründer von Attac, aktiv in der Attac-AG Genug für Alle, bei der Informationsstelle Amerika und dem Netzwerk Grundeinkommen.

**Fabian Scheidler** ist freier Autor, Dramaturg und Bildender Künstler und bei Attac zuständig für die Kampagnenunterstützung.

**Jutta Sundermann** ist Bewegungsarbeiterin, aktiv und auch beratend tätig bei verschiedenen Kampagnen wie „Gendreck weg“ oder der BUKO-Kampagne gegen Plopiraterie und Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.

### DIE REFERENTINNEN UND REFERENTEN

**Dr. Michael Efler** ist Volkswirt und Sozialökonom und Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie.

**Christian Felber** ist Hochschullehrer, Tänzer, Autor, freier Publizist und Referent zu Wirtschafts- und Gesell-

schaftsfragen und aktiv bei Attac Österreich.

**Philipp Hersel** ist Polit-Ökonom, Mitarbeiter von Blue 21 und aktiv in der Attac-AG Finanzmärkte.

**Dr. Eva-Maria Hubert** ist Ökonomin und Mitglied im Fachbereich des Regiogeldverbandes e.V.

**Katharina Muhr**, ist Volkswirtin und Politologin und aktiv in der Finanz-AG von Attac Österreich

**Mag Wompel** ist Industriesoziologin und Online-Redakteurin bei LabourNet.

### MITWIRKENDE IM ABENDPROGRAMM

*Auftaktrede:*

**Albrecht Müller** ist Volkswirt, Publizist und gemeinsam mit dem Juristen Wolfgang Lieb Herausgeber des Internetjournals *Nachdenkseiten*.

*Kabarett:*

**Georg Schramm** und **Urban Priol** sind Kabarettisten, die gemeinsam seit drei Jahren die Politsatire „Neues aus der Anstalt“ umsetzen, wofür sie 2007 mit dem Deutschen Fernsehpreis ausgezeichnet wurden.

*Musik:*

**Forszpil** ist eine serbisch-kasachisch-sibirisch-deutsche Melange und spielen am Freitag jüdische Musik – Klezmer-Musik, die traditionelle jüdische Tanz- und Hochzeitsmusik aus Osteuropa und „Amerike“. Aufmerksame Beobachter werden dabei einen der Tribunal-Verteidiger auf der Bühne erspähen können.

Dota Kehr ist auch über Berlin hinaus eher bekannt als die „Kleingeldprinzessin“. Am Samstag wird sie ohne Band, aber mit Gitarre und ihren Bossa Nova- und Jazz-beeinflussten Songs die Tribunalbühne erobern.

**Bela B** ist Musiker, und das nicht nur bei Die Ärzte, Schauspieler und Synchronsprecher. Am Samstagabend gibt er den DJ und stellt sich auch gemeinsam mit **Olli Schulz** auf die Bühne. Der ist vielen nicht nur als Singer-Songwriter, sondern v.a. auch als Frontmann von „Olli Schulz und der Hund Marie“ bekannt.

# **PROGRAMM**

---

## **FREITAG, 9.4.** **TAG DER ERÖFFNUNG**

- 19.<sup>30</sup> Begrüßung durch Attac Deutschland und die Volksbühne  
Ansprache von Albrecht Müller (Nachdenkseiten)  
Lesung mit Ensemblemitgliedern der Volksbühne
- 21.<sup>15</sup> Kabarett mit Urban Priol und Georg Schramm
- 22.<sup>00</sup> Ausklang im Roten Salon mit der Klezmer-Band Forszpil

## **SAMSTAG, 10.4.** **TAG DER VERHANDLUNG**

- 9.<sup>30</sup> Anklageerhebung
- 11.<sup>00</sup> Beweisaufnahme I
- 14.<sup>30</sup> Beweisaufnahme II in 6 Anhörungen
- 17.<sup>15</sup> Beweisaufnahme III
- 20.<sup>00</sup> Konzert mit Dota, der Kleingeldprinzessin,  
anschl. Plädoyers von Anklage und Verteidigung
- 22.<sup>00</sup> Roter Salon: Konzert mit Bela B und Olli Schulz  
anschl. DJ Bela B

## **SONNTAG, 11.4.** **TAG DER URTEILSVERKÜNDUNG** **UND FORUM DER ALTERNATIVEN**

- 10.<sup>00</sup> Urteilsverkündung
- 11.<sup>00</sup> Forum der Alternativen
- 13.<sup>00</sup> Abschluss und anschließend Vernetzung weiterer Aktivitäten

Mehr Informationen zum Banktribunal unter:

**[WWW.ATTAC.DE/BANKENTRIBUNAL](http://WWW.ATTAC.DE/BANKENTRIBUNAL)**

Die filmische Dokumentation zum Banktribunal gibt´s demnächst unter:

**[WWW.ATTAC.DE/SHOP](http://WWW.ATTAC.DE/SHOP)**

